

Integrationsleitbild des Landes OÖ

Linz, Jänner 2008

Leitung und Verfassung:

Kenan Güngör, Dipl. soz. wiss.

[difference:]

Gesellschaftsanalyse. Innovation. Integration.

Wien-Herisau

Mitverfasserin: Mag.^a Edith Riepl

Projektpartner:

Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik,

Johannes Kepler Universität Linz

Projektkoordination:

Amt der Oö. Landesregierung,

Direktion Soziales und Gesundheit,

Abteilung Soziales,

Koordinationsstelle für Integration

Unter breiter Mitwirkung von ExpertInnen und MultiplikatorInnen aus öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie politischen EntscheidungsträgerInnen des Landes OÖ

Gestaltung:

medienschmiede werbeagentur gmbh, Linz

Konzept und Art-Direktion: Rainer Kargel,

Christoph Kerschner, Claudia Offner

Fotos: Elisabeth Grebe

Inhaltsverzeichnis

Einbeziehen statt einordnen – Integration in Oberösterreich leben	5
1 Integrationspolitische Leitlinien des Landes OÖ	7
Vielfalt leben	7
Teilhabe sichern	8
Zusammenhalt stärken	8
Gemeinsam Verantwortung tragen	9
2 Integrationsverständnis und Integrationsdimensionen	10
2.1 Dimensionen von Integration	10
2.2 Strukturelle Integration	11
2.3 Soziale Integration	11
2.4 Kulturelle Integration	12
2.5 Identifikative Integration	12
2.6 Wechselseitigkeit der Dimensionen	13
2.7 Zum Verhältnis von Integration und Desintegration	14
3 Allgemeiner Hintergrund zur Zuwanderung in Oberösterreich	15
3.1 Rahmen	15
3.2 Zuwanderungsdaten	15
3.3 Geschichtlicher Abriss Zuwanderung – in (Ober-)Österreich	19
3.4 Zuwanderungspolitik im Wandel – vom Gastarbeitermodell zur Integrationspolitik	22
3.5 Integrationsarbeit in Oberösterreich	23
4 Integrationsleitbildprozess OÖ	26
4.1 Hintergrund und Entstehung	26
4.2 Integrationsleitbildprozess OÖ und Projektverlauf	26
4.3 Anmerkungen zur Umsetzung	28
4.4 Projektstruktur/Organigramm	29
4.5 Ergebnisse und Wirkungsebenen	30

Maßnahmenempfehlungen zum Integrationsleitbild OÖ	33
1 Grundsätzliche Überlegungen und Hintergrund	34
2 Übergeordnete strategische Maßnahmen	36
2.1 Bekenntnis zu und Leadership für eine gesamtgesellschaftliche Integrationspolitik seitens der Politik	36
2.2 Weiterentwicklung der Koordinationsstelle für Integration als Förder-, Wissens- und Kompetenzzort	37
2.3 Proaktive, zielgruppenorientierte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	38
2.4 Ständige Landesintegrationskonferenz	39
2.5 Landesverwaltungsinternes Netzwerk für Integration	39
2.6 Regionale Bezirksplattformen für Integration	40
2.7 Monitoring, Controlling und Evaluierung	41
3 Maßnahmenempfehlungen nach Handlungsfeldern	42
3.1 Handlungsbereich Sprache	43
3.2 Bildung, Erziehung, Schule	44
3.3 Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Ausbildung	53
3.4 Verwaltung, Gleichstellung, Partizipation, Sicherheit	60
3.5 Gesundheit und Soziales	65
3.6 Wohnen, Wohnumfeld, Zusammenleben	72
3.7 Kultur und Religion	76
3.8 Freizeit und Sport	81
Anhang	87
1 Mitwirkende Integrationsleitbildprozess OÖ	88
1.1 Lenkungsausschuss – Entscheidungsgremium	88
1.2 Projektteam	89
1.3 Mitwirkende in Arbeitskreisen	90
2 Regionalveranstaltungen	99
3 Literatur und im Prozess erarbeitete Wissensgrundlagen	101
3.1 Im Rahmen des Prozesses erarbeitete Wissensgrundlagen	101
3.2 Literaturverzeichnis	101
3.3 Datengrundlagen	102
4 Regionale Betreuungs- und Beratungsstellen im Integrationsbereich	103

Einbeziehen statt einordnen – Integration in Oberösterreich leben

In Oberösterreich leben laut der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2001 Menschen aus 153 Nationen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft. 183.614 OberösterreicherInnen haben laut 2007 erstmals erhobenen Zahlen Migrationshintergrund, das entspricht einem Anteil an der Oö. Gesamtbevölkerung von 13,1%. Zuwanderung und Integration bedeuten nicht nur eine Herausforderung, sondern sind auch eine Chance für die Gesellschaft, sich die Vielfalt zu Nutze zu machen, und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes vor dem Hintergrund der soziodemographischen Entwicklung und Notwendigkeiten zu sichern. Umso wichtiger ist es, dass es eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema Migration gibt. Denn wer Integration nicht lebt, wird früher oder später die Nachteile aus diesem Verhalten erfahren.

Das Sozialressort des Landes Oberösterreich setzt deshalb schon seit geraumer Zeit einen intensiven Schwerpunkt auf den Themenbereich „Integration“. Im Herbst 2001 wurde daher die Koordinationsstelle für Integration beim Land Oberösterreich eingerichtet. 2005 wurde mit der Einrichtung des Lenkungsausschusses mit dem Projekt zur Erarbeitung eines Integrationsleitbildes für Oberösterreich begonnen. In einem mehrgliedrigen Prozess sollte dieses Leitbild mit einem integrierten strategischen Maßnahmenplan unter Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure und MultiplikatorInnen entwickelt werden.

Nach etwas mehr als zwei Jahren liegt dieses Leitbild nun fertig vor. An der Ausarbeitung waren schlussendlich mehrere hundert Personen beteiligt, die in teils sehr intensiven Auseinandersetzungen alle Aspekte des Lebens in Oberösterreich und der Möglichkeiten und Aufgaben der Integrationspolitik beleuchteten. Das fertige Leitbild ist auch zu dem geworden, was wir uns als Ziel gesetzt haben: ein Leitbild mit Maßnahmenempfehlungen zu entwickeln, das in erster Linie die oberösterreichische Gemeinschaft und die Gemeinden in ihrer positiven Grundhaltung stärkt und bei der Erfüllung ihrer Integrationsaufgaben unterstützt. Für die Mitarbeit am Leitbildprozess wollen wir allen Beteiligten, insbesondere aber dem Projektteam unter Leitung von Dipl.Soz.wiss. Kenan Güngör unseren Dank aussprechen. Integration hört aber mit diesem abgeschlossenen Prozess nicht auf, sondern beginnt jetzt erst so richtig – muss, wie wir eingangs festgestellt haben, gelebt werden. Darum hoffen wir, dass dieses Leitbild möglichst viele interessierte Leserinnen und Leser findet und dass die darin enthaltenen Empfehlungen von möglichst vielen Menschen positiv aufgegriffen werden.



Dr. Josef Pühringer
Landeshauptmann



Josef Ackerl
Sozial-Landesrat

Integrationspolitische Leitlinien des Landes OÖ

Vielfalt leben

MODERNE DURCH ZUWANDERUNG GEPRÄGTE GESELLSCHAFTEN ZEICHNEN SICH DURCH EINE ZUNEHMENDE SOZIALE UND KULTURELLE VIELFALT AUS. IM RESPEKT FÜR UNTERSCHIEDLICHE LEBENSENTWÜRFE ERKENNT DAS LAND OÖ DIESE PLURALITÄT AN UND MACHT DIE DAMIT EINHERGEHENDEN POTENTIALE UND HERAUSFORDERUNGEN FÜR DAS GEMEINSAME FORTKOMMEN FRUCHTBAR.

Vielfalt bedeutet Chancen.

Unsere modernen, ökonomisch entwickelten, durch Migration und Zuwanderung geprägten Gesellschaften kennzeichnen sich durch eine große Vielfalt an sozialen Gruppen, Schichten, Milieus, Lebensstilen und Kulturen aus. Diese Vielfalt im Sinne von Willens- und Meinungsfreiheit als auch dem Recht auf individuelle Lebensführung bildet unveräußerliche Grund- und Freiheitsrechte unserer Demokratie. Diese Grund- und Freiheitsrechte sind von allen in Österreich lebenden Menschen anzuerkennen und zu leben. Vielfalt leben bedeutet, die Pluralität unserer Gesellschaft anzuerkennen und die damit einhergehenden Potentiale für das gemeinsame Fortkommen kreativ fruchtbar zu machen. Zugewanderte bringen neues Wissen, Erfahrungen und Qualifikationen ins Land und tragen zum Erfolg des Wirtschaftsstandorts Oberösterreich sowie zu einem reichen kulturellen Leben bei. In einer modernen Gesellschaft bedeutet Vielfalt daher eine Chance, den immer wieder neuen Veränderungen, die sich aus lokalen wie auch globalen Entwicklungen ergeben, mit Mut und Kreativität zu begegnen.

Vielfalt bedeutet Herausforderung.

Vielfalt und Fremdheit stellen die einheimische und zugewanderte Bevölkerung auch vor vielschichtige Fragen und Herausforderungen. Gerade die Auseinandersetzung mit dem Fremden – häufig gekennzeichnet durch Verunsicherung und Irritationen – birgt auch die Chance, das diskursive Reflexions- und Verständigungspotential in unserer Gesellschaft zu fördern. Deshalb gilt es, diese Herausforderungen weder zu ignorieren, schönzureden, zu dramatisieren, noch für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, sondern sie mit der gebotenen Ernsthaftigkeit, Besonnenheit und Weitsicht anzugehen. Das Verharren auf Zuschreibungen, die ausgrenzen oder den Schwerpunkt nur auf Defizite legen, und Pauschalierungen behindern Verständigungsprozesse und Weiterentwicklungen, die herbeizuführen eine andauernde Aufgabe beider Seiten darstellt. Daher sollten diese Herausforderungen vor allem als Lern- und Gestaltungsfenster für Klärungsprozesse und zukunftsstützende Strategien gesehen werden. Die Integrationspolitik des Landes OÖ fühlt sich diesem ermächtigenden Ansatz verpflichtet und hat ihn daher durchgehend bei den strategischen und operativen Maßnahmen berücksichtigt.

Vielfalt bedeutet Klärung und Klarheit über die gemeinsamen Grundlagen.

Vielfalt leben bedeutet, den Blick nicht nur auf das Unterscheidende, sondern auch auf die unabdingbaren Gemeinsamkeiten zu richten und nach den Voraussetzungen eines gelingenden Zusammenlebens zu fragen. Als gemeinsame Basis einer oberösterreichischen Integrationspolitik werden ein respektvoller Umgang gegenüber dem/der Einzelnen und seiner bzw. ihrer Lebensführung sowie die inhaltlichen Grundpositionen eines aufgeklärten europäischen Staatswesens verstanden. Demokratie, Meinungsfreiheit, die Würde jedes Menschen, Gleichstellung der Geschlechter und die Sicherung sozialer Grundbedürfnisse bilden die Grundlage eines gemeinsamen Lebens in Vielfalt und stehen daher außer Frage. „Vielfalt leben“ bedeutet in diesem Sinne einen positiven und kreativen Umgang mit Differenz, von der die gesamte Gesellschaft profitieren kann.

Teilhabe sichern

DIE SICHERUNG DES GLEICHBERECHTIGTEN ZUGANGS ZU DEN GESELLSCHAFTLICHEN RESSOURCEN WIE BILDUNG, ARBEIT, GESUNDHEIT ETC. BILDET DIE ZENTRALE VORAUSSETZUNG FÜR DIE TEILHABE AM GESELLSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN LEBEN. FAIRE TEILHABECHANCEN ZU SCHAFFEN, VERWEIST AUF DIE UNTERSCHIEDLICHEN AUSGANGSSITUATIONEN DER ZUGEWANDERTEN IN DEN GESELLSCHAFTLICHEN SYSTEMEN UND ERFORDERT EINE ÖFFNUNG DER INSTITUTIONEN IM SINNE EINER BEDARFS- UND QUALITÄTSORIENTIERTEN WEITERENTWICKLUNG.

Integration ist als **andauernder und fortlaufender Prozess** zu verstehen. Integration betrifft wie kaum ein anderes Themenfeld nahezu alle Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens. Die Grundlage von Integration bildet die Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe an den gesellschaftlichen Teilsystemen: Dazu gehören vor allem eine existenzsichernde Beschäftigung, Zugang zu Bildung, geeigneter Wohnraum und ein gesicherter Zugang zu den Angeboten des Gesundheitssystems. Somit stehen die **Regelsysteme als zentrale Träger der Integrationsarbeit** – in Kooperation mit den NGOs – vor der Herausforderung, ihre Strukturen und Angebote auf die veränderten und vielschichtigen Bedürfnisse und Lebenslagen einer durch Zuwanderung mitgeprägten Gesellschaft anzupassen.

Integration als **asymmetrischer und wechselseitiger Prozess** muss einerseits Teilhabe und Partizipation durch die Öffnung von Zugängen, Entgegenwirken von Diskriminierungen und Strategien des Empowerments ermöglichen. Andererseits sind die Zugewanderten zu ermutigen, zu motivieren und aufzufordern, trotz ihrer vergleichsweise schwierigeren Ausgangslage ihren Alltag bestmöglich zu bewältigen und somit ihren Beitrag für das individuelle wie auch gesellschaftliche Fortkommen zu leisten. Deutsch als Verkehrs- und Alltagssprache in Österreich stellt einen wichtigen Schlüssel bei der Bewältigung des Alltags und dem Aufbau von Kontakten am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld oder dem Umfeld der Kinder dar. Der **Erwerb guter Deutschkenntnisse ist Voraussetzung für Integration und im eigenen Interesse der Zugewanderten**. Darüber hinaus fördern ausreichende Sprachkenntnisse gemeinsame Aktivitäten im zwischenmenschlichen Bereich. Die Forderung nach guten Deutschkenntnissen ist allerdings nur dann wirksam und sinnvoll, wenn zugleich die Mehrheitsgesellschaft samt ihren Institutionen den Zugewanderten gleiche bzw. faire Chancen zur Teilhabe einräumt.

Teilhabe sichern bedeutet, die **unterschiedlichen und ungleichen Ausgangssituationen von Zugewanderten kontextadäquat zu berücksichtigen und faire Teilhabechancen zu schaffen**. Diese qualitative Weiterentwicklung der Regelsysteme geht mit der Verbesserung ihrer Integrations- und Diversitätskompetenz einher und bildet daher eine der vorrangigen Aufgaben der kommenden Jahre.

Zusammenhalt stärken

INTEGRATION BEDEUTET DIE STÄRKUNG DES ZUSAMMENHALTS IN EINER GESELLSCHAFT. INDEM FREIHEIT, VIELFALT UND GEMEINSAMKEIT NICHT ALS GEGENSATZ, SONDERN ALS ERGÄNZUNG ZUEINANDER GESEHEN WERDEN, WIRD EIN ZUSAMMENHALT AUF ÜBERGEORDNETER EBENE GEFÖRDERT. HIERZU BEDARF ES EINES GEGENSEITIGEN RESPEKTvollen UMGANGS, DER EINLÄDT UND EINSCHLIESST UND DIE LEISTUNGEN DES/DER EINZELNEN WIE AUCH DER GRUPPEN ANERKENNT.

Gelingende Integration bedeutet zugleich auch die **Stärkung und Sicherung des Zusammenhalts in einer Gesellschaft**. Faktische wie auch gefühlte Benachteiligungen gefährden den sozialen Zusammenhalt. Daher müssen die Rahmenbedingungen für die materielle, rechtliche, soziale, politische und kulturelle Teilhabe aller laufend überprüft und bei Bedarf verbessert werden.

Die Möglichkeiten, Interessen und Anliegen in den gesellschaftlichen und politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess mit einzubringen, stützt die Legitimität und Anerkennung demokratisch-diskursiver Entscheidungen. Indem zugewanderte MitbürgerInnen **an sozialen und politischen Gestaltungsaufgaben auf den verschiedenen Ebenen wie z.B. der Nachbarschaft, des Orts- bzw. Stadtteils, der Gemeinde, in Vereinen, Parteien und sonstigen Interessensorganisationen mitwirken können**, wird die Vertrautheit und Identifizierung mit diesen Mitwirkungsprozessen verbessert und Kommunikation aufgebaut.

Der Zusammenhalt einer Gesellschaft und die Frage, ob sich alle Bevölkerungsschichten als Teil der Gesellschaft sehen, hängen auch von der Art und Weise ab, wie einbindend oder ausgrenzend über Zugewanderte und Integration gesprochen wird. **Ängste und Verunsicherungen der Einheimischen, die im Zusammenhang mit Zuwanderung und anderen Entwicklungen entstehen, müssen ernst genommen und verstanden werden, dürfen aber keinesfalls verstärkt oder instrumentalisiert werden**. Es gilt, widersprüchliche Doppelbotschaften zugunsten einer klaren, offenen und sachlichen Kommunikation zu vermeiden. Stattdessen

sollen klare positive Signale gesetzt und die mehrheitlich erfolgreich verlaufenden Integrationsprozesse in den Vordergrund gestellt werden. Dazu gehört auch, das Potential anzuerkennen und zu stützen, das Zugewanderte aufgrund ihrer Migrationsgeschichte und den damit verbundenen Kompetenzen (z.B. Umgang mit verschiedenen Sprachen, Systemen und Kulturen) einbringen können.

Zusammenhalt wird durch eine respektvolle Haltung gestärkt, die einlädt und einschließt sowie die Leistungen des/der Einzelnen und von Gruppen anerkennt. Ethnische Konflikte entstehen meist aus der Reduzierung von Menschen auf ausschließlich ethnische, religiöse und/oder kulturelle Kategorien. In der Realität treten diese Kategorien nie alleine auf, sondern sind mehr oder minder stark verknüpft mit anderen Gemeinschaftskriterien, wie sie auf unterschiedliche Bildungswege, Berufsbilder, Einkommensverhältnisse, Wohnumgebungen, Familienstrukturen, Geschlechterrollen, Freizeitinteressen etc. zurückzuführen sind. Daraus ergibt sich eine Vielfalt an Mehrfachzugehörigkeiten, die je nach Situation und Kontext unterschiedliche Gewichtungen haben können und einer differenzierten Beobachtung, Beschreibung und Herangehensweise bedürfen. Indem Freiheit, Vielfalt und Gemeinsamkeit nicht als einander entgegengesetzte, sondern als ergänzende Dimensionen gesehen werden, werden wir der Realität einer modernen Gesellschaft in Oberösterreich gerecht und ermöglichen einen Zusammenhalt auf übergeordneter Ebene.

Gemeinsam Verantwortung tragen

VERANTWORTUNG ZU ÜBERNEHMEN HEISST, SEINE FÄHIGKEITEN MIT UMSICHT UND WEITSICHT FÜR EIN GELINGENDES ZUSAMMENLEBEN EINZUBRINGEN. ALLE MENSCHEN, ZUGEWANDERTE UND EINHEIMISCHE, SOWIE ALLE PRIVATEN UND ÖFFENTLICHEN INSTITUTIONEN ÜBERNEHMEN IHRE VERANTWORTUNG IN DIESEM ANDAUERNDEN PROZESS DER INTEGRATION UND BRINGEN SICH IN DEN VERSCHIEDENSTEN GESELLSCHAFTLICHEN TEILBEREICHEN IHREN MÖGLICHKEITEN ENTSPRECHEND FÜR EINE GEMEINSAME ZUKUNFT EIN.

Oberösterreich mit seinen fünfzehn Bezirken, drei Statutarstädten, 444 Gemeinden, zahlreichen Vereinen, Interessensvertretungen, Bildungs-, Kultur-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, öffentlichen und privaten, wirtschaftlichen und gemeinnützigen Institutionen und Organisationen weist eine **große Zahl wichtiger AkteurInnen** für eine gelingende Integration in unserem Bundesland auf. MigrantInnen unterschiedlichster Herkunft und Sprache, insbesondere jene, die als MultiplikatorInnen und VermittlerInnen in den verschiedensten Bereichen (meist ehrenamtlich) tätig sind, stellen ein großes Potential für Integrationsprozesse in Oberösterreich dar und sind aufgerufen, auf allen Ebenen ebenso ihren Beitrag zu leisten.

Jede/r Einzelne, gleich welcher Zugehörigkeit und Identität, kann und muss dazu beitragen, Begegnung und gleichberechtigte Teilhabe für alle zu ermöglichen. Verantwortung zu übernehmen bedeutet in diesem Zusammenhang, dem und der Nächsten mit Respekt zu begegnen, seine bzw. ihre eigenen Fähigkeiten für gelingendes Zusammenleben einzusetzen und Bemühungen anderer anzuerkennen.

Die oberösterreichische Landespolitik verpflichtet sich mit dem Integrationsleitbild OÖ, diese Bemühungen bestmöglich zu unterstützen: durch klare wertschätzende Haltungen und durch die Förderung von Strukturen, die die Grundlagen für eine erfolgreiche Integrationspolitik schaffen.

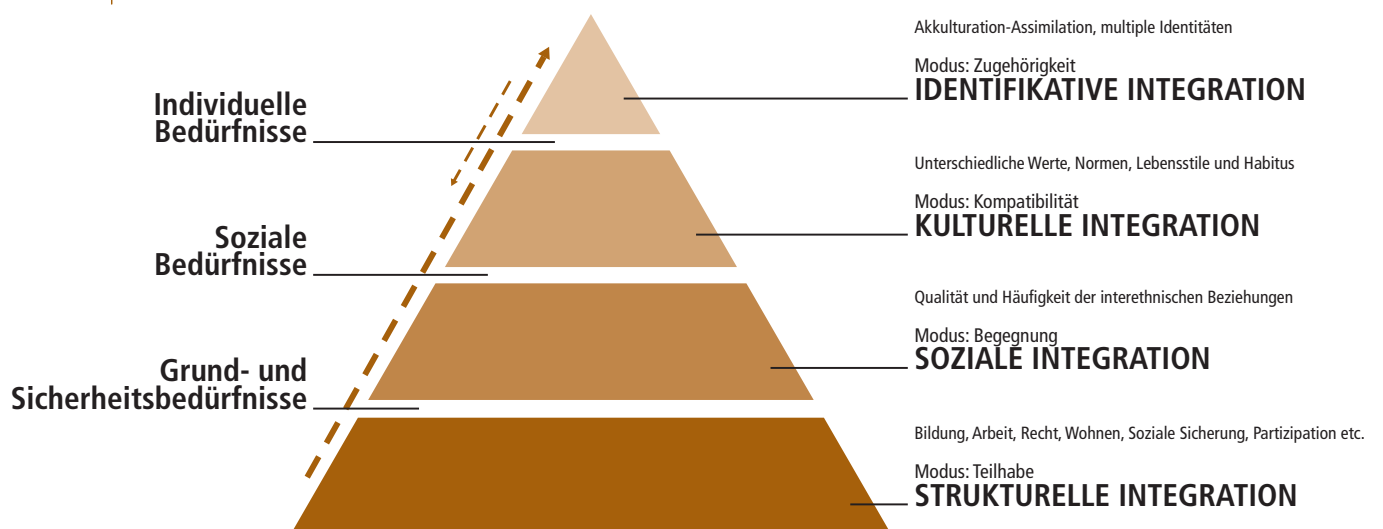
Integrationsverständnis und Integrationsdimensionen

Dimensionen von Integration

2.1

Integrationsprozesse sind vielschichtige mehrdimensionale Prozesse, die in verschiedenen Bereichen ablaufen und in einem wechselseitigen Einflussprozess zueinander stehen. Das dem Leitbild zugrunde liegende Integrationsverständnis meint die **Einbeziehung aller EinwohnerInnen auf struktureller, sozialer und kultureller Ebene**. Integration ist als dynamischer, individueller und gesellschaftlicher Prozess zu verstehen, der aktiv gestaltet werden muss. Der Prozess der Einbindung und Partizipation erfolgt auf allen Ebenen, wobei für den Erfolg der Integrationsbemühungen sowohl **individuelle als auch gesellschaftliche Faktoren entscheidend** sind.

Zum besseren Verständnis der Komplexität von Integration empfiehlt sich ein näherer Blick auf die verschiedenen Dimensionen von Integration:



Angelehnt an F. Heckmann; H. Esser; modifiziert von K. Güngör

Strukturelle Integration

2.2 Auf der **strukturellen Ebene** geht es um einen gleichberechtigten Zugang aller zu den gesellschaftlichen Teilsystemen wie Arbeit, Bildung, Schule, Politik, Wohnungsmarkt, Gesundheitswesen etc.

Die strukturelle Ebene steht im Zentrum der Integrationsbemühungen, da dort die zentralen Teilhabechancen in einer Gesellschaft verankert sind. Ziel ist es hierbei, strukturelle Barrieren und Hemmnisse aufzuheben, die zu einer sozialen Diskriminierung führen. Stattdessen soll allen ein gleichberechtigter Zugang und gleiche Aufstiegschancen ermöglicht werden. Es geht um die Teilhabe am Arbeitsleben, um die Sicherung von geeignetem Wohnraum, die Zugänge zum Bildungssystem, um soziale und gesundheitliche Sicherheit sowie um (politische) Partizipations- und Mitsprachemöglichkeiten. Die Verantwortung, geeignete Voraussetzungen für eine gelingende strukturelle Integration zu schaffen, liegt daher vorrangig beim Zuwanderungsland.

Strukturelle Integration wird unter anderem stark von gesetzlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Der österreichische Gesetzgeber legt zum Beispiel fest, welche Personengruppen in welcher Form Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, unter welchen Bedingungen bestimmte Sozialleistungen einer in Österreich wohnhaften Person zukommen und unter welchen Voraussetzungen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen wird. In einigen Bereichen orientiert sich die österreichische Gesetzgebung an EU-Richtlinien, so zum Beispiel bei der Frage des Zugangs zu Wohnungen in öffentlicher Hand.¹

Soziale Integration

2.3 Auf der **sozialen Ebene** geht es um die Verbesserung der sozialen Begegnungs- und Verständigungsmöglichkeiten zwischen Einheimischen und Zugezogenen. Dabei bestimmt die Häufigkeit wie auch die Qualität der Beziehungen den Grad der sozialen Integration. Geeignete Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten im Stadtteil bzw. in der Gemeinde können die gegenseitige Verständigung und Aufgeschlossenheit fördern und somit helfen, gegenseitige Vorurteile und Ängste abzubauen. Die Fragen lauten hier: Gibt es Kontakte zwischen ÖsterreicherInnen und Zugewanderten? Wie gestalten sich die Begegnungen am Arbeitsplatz, in der Freizeit, in der Gemeinde bzw. Stadt hinsichtlich Häufigkeit, Intensität und vor allem auch Qualität? Spielen Fragen der Herkunft in der Nachbarschaft, am Spielplatz, Sportplatz etc. eine Rolle?² Entstehen interethnische Freundschaften und Bekanntschaften?

Nicht jede Person verfügt dafür über die gleichen individuellen Voraussetzungen. Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung, kultureller Hintergrund, Einkommen, aber auch Persönlichkeitsmerkmale wie Offenheit, Aktivität, Intelligenz oder Interessen spielen eine wichtige Rolle. Begegnungen und Verständigungsprozesse hängen nicht nur mit Kultur, sondern deutlich stärker mit der sozialen Lage der Menschen im jeweiligen Stadt- bzw. Ortsteil zusammen. Je höher die Bildung und der Status aufgrund des Berufs oder des Einkommens ist, desto eher kann das Zusammenleben als Vielfalt und Bereicherung wahrgenommen werden. In sozio-ökonomisch benachteiligten Stadtteilen hingegen gestaltet sich ein bereicherndes Zusammenleben deutlich schwieriger. Damit die einzelnen Personen integrative Leistungen erbringen können, braucht es gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Integration begünstigen und fördern.

Vergleichsweise geringe ethnische Segregation in Oberösterreich

Von ethnischer Segregation wird gesprochen, wenn bestimmte ethnische Gruppen wie Zugewanderte bzw. einzelne Herkunftsgruppen oder auch „Einheimische“ in einem Orts- oder Stadtteil deutlich überproportional hoch vertreten sind. Im europäischen Vergleich lässt sich für Oberösterreich festhalten, dass die ethnische Segregation vergleichsweise sehr gering ist und sich auf den Zentralraum (v.a. Linz, Wels, Steyr) konzentriert.

Begegnungen und interethnische Kontakte nehmen mit dem Bildungshintergrund, dem ökonomischen Status wie auch der Fähigkeit, die Mehrheitssprache zu beherrschen, zu. Darüber hinaus spielt der Grad an Offenheit der Mehrheitsgesellschaft und der ZuwanderInnengruppen eine wichtige Rolle. Im Allgemeinen

¹ Siehe Richtlinie 2003/109/EG des Europäischen Rates zur „Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen“

² Es ist anzumerken, dass es hier vielfach nicht um Fragen der Herkunft geht, sondern um Vorurteile aufgrund von sichtbaren und gesellschaftlich zugeschriebenen Merkmalen wie Hautfarbe oder Kleidung, die nicht notwendigerweise mit Zuwanderung in Zusammenhang stehen.

kann festgehalten werden, dass das Zusammenleben in Oberösterreich wie auch im gesamten deutschsprachigen Raum weder stark polarisiert noch konfliktbelastet (wie z.B. in Frankreich) ist. Andererseits handelt es sich nicht um ein allzu gedeihliches Miteinander, sondern vielmehr um ein über weite Teile ruhiges, zugleich latent belastetes und teilnahmsloses Nebeneinander.

Unterschiede zwischen Stadt und Land

Vor dem Hintergrund der ländlichen wie auch städtischen Siedlungsstruktur Oberösterreichs ist zu berücksichtigen, dass sich die Art und Weise des Zusammenlebens zwischen Land und Stadt stark unterscheiden kann: Städtische Regionen sind gekennzeichnet durch größere Heterogenität, Milieubildung und Anonymität, Gemeinden eher durch Kleinräumigkeit und Übersichtlichkeit. Dadurch ist in Gemeinden zum einen die soziale Kontrolle deutlich höher und zum anderen werden auch geringste räumliche Verdichtungen erhöht wahrgenommen.³

Kulturelle Integration

2.4

Auf der **kulturell-zivilisatorischen Ebene** wird von der **Vereinbarkeit der Werte- und Normsysteme, der Deutungsschemata und Lebensauffassungen der Zugewanderten mit den sozialen und rechtlichen Standards der Zuwanderungsgesellschaft** gesprochen. Im Gegensatz dazu würde Assimilation und Homogenisierung eine Anpassung unter gänzlicher Aufgabe jeglicher kultureller Eigenheiten bedeuten. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Mehrheitsgesellschaft selbst überaus vielfältig ist und sich zudem im Wandel befindet. Somit ist kulturelle Integration keinesfalls Vereinheitlichung individueller Eigenarten, sondern ein Zusammenleben in Respekt für die/den andere/n und in Anerkennung von Differenz.

Moderne Gesellschaften sind Vielfalt

Moderne, ausdifferenzierte Gesellschaften zeichnen sich – jenseits von Zuwanderungsfragen – durch eine hohe soziale, milieubezogene und kulturelle Pluralität aus. Über Zuwanderungsprozesse wird diese Vielfalt auf ethnischer, sozialer, kultureller und religiöser Ebene weiter erhöht. In der kulturellen Dimension geht es um das in Gesellschaften sozial geteilte Wissen, sozial geteilte Bewertungen und Einstellungen und die damit verknüpften Symbole, die dieses Wissen und diese Einstellungen erkennbar machen.

Kulturelle Fragen berühren in dieser Dimension demnach neben Glaubens- und Wertvorstellungen, Geschlechterrollen und Bräuchen vor allem auch ein großes Spektrum an informellem Alltagswissen, Deutungsmuster und Fähigkeiten (soft skills), die in der alltäglichen Lebenswelt benötigt werden. Die Aneignung von Wissen, Umgangsformen etc. und die Auseinandersetzung mit Unterschieden (und der Bewertung dieser Unterschiede) geschehen dabei im Alltag großteils halbwegs bewusst. Forschungen gehen davon aus, dass ein gewisses Maß an Anpassung und Akkulturation⁴ bei jeder Zuwanderung auftritt, da es für die Bewältigung des Alltags in der neuen Umgebung von hoher Bedeutung ist.

Identifikative Integration

2.5

In engem Zusammenhang damit stehen Fragen der Identifikation und Identität: Inwieweit empfinden sich Zugewanderte als der Mehrheitsgesellschaft samt ihrer Pluralität zugehörig? Inwieweit werden sie von der Mehrheitsgesellschaft als zugehörig gesehen? Es geht hierbei jedoch nicht um Entweder-Oder-Entscheidungen:

In einer zunehmend globalisierten, transnational verschränkten und differenzierten Welt, in der Unterscheidungsmerkmale immer weniger entlang nationaler Grenzen verlaufen, sondern sich Lebenswelten transnational ähneln, sind Mehrfach-Identitäten vielfach der Normalzustand. Gerade die EU-Integration

³ Während die diesbezüglichen Forschungen sich vor allem auf ein (groß-)städtisches Umfeld konzentrierten, wird erst in den letzten Jahren zum Beispiel in Deutschland begonnen, auch ländlichere Regionen und die Integrationskraft von kleineren Gemeinden zu untersuchen. Für Österreich fehlen allerdings noch umfangreichere und vergleichende Studien. Einen ersten Ansatz bildet die Gemeindestudie, die im Rahmen des Leitbildentwicklungsprozesses OÖ vom Büro [difference:] durchgeführt wurde. Die Studie ist bei der Koordinationsstelle für Integration, Abt. Soziales, Direktion Soziales und Gesundheit, Amt der Oö. Landesregierung, erhältlich bzw. im Internet unter www.ooe.gv.at abrufbar.

⁴ Darunter versteht man einen Prozess, bei dem Elemente einer Kultur von einer anderen Kultur (oder von einzelnen KulturträgerInnen) übernommen werden, mit dem Ergebnis, dass sich beide Kulturen einander annähern.

fördert die Entwicklung von Mehrfach-Identitäten. Es wird als positiv beschrieben, sich sowohl als ÖsterreicherIn UND EuropäerIn zu sehen. Das Phänomen von Bindestrich-Identitäten (z.B. Deutsch-Türke oder kroatische Österreicherin), das der Zuwanderungsgesellschaft zugeschrieben wird, ist ein grundsätzliches Phänomen der globalisierten Moderne und beschränkt sich nicht nur auf Zuwanderungs- und Integrationsfragen.

Desintegrative Effekte, die Integration behindern oder ihr entgegenwirken, können auf allen Ebenen zum Tragen kommen. Auf der sozialen und kulturell-zivilisatorischen Ebene ist festzuhalten: Während Akkulturation und über einen längeren Zeitraum auch Angleichungs- und Assimilationsprozesse als mögliche und natürliche Begleiterscheinung von Integrationsprozessen auftreten, wirkt sich Assimilationszwang eher gegenteilig aus. In dem Maße, in dem Assimilation als politische Forderung verstärkt wird, nehmen latente kulturelle Abwertungsmechanismen zu und fördern identitäre Bedrohungs- und somit Abschottungstendenzen seitens der Zugewanderten.

Wechselseitigkeit der Dimensionen

2.6

Wie die Auf- und Abwärtspfeile in der Grafik am Beginn des Kapitels veranschaulichen, stehen die einzelnen Integrationsdimensionen in Wechselwirkung zueinander. Aspekte identitärer und kultureller Integration haben eine Wirkung auf die Dimension sozialer und struktureller Integration und umgekehrt. So verändert etwa intensiver Kontakt und Austausch zwischen „alteingesessenen“ ÖsterreicherInnen und Zugewanderten (soziale Dimension) Selbst- und Fremdbilder der beiden Gruppen (identitäre Dimension), was wiederum Auswirkungen auf die kulturelle Dimension von Integration hat.

Die zentrale Frage ist, wie die zunehmende Pluralität unserer Gesellschaft fruchtbar gemacht und der Zusammenhalt gestärkt werden kann. Diskussionen über Unterschiede und gemeinsame Grundlagen sowie die Vereinbarkeit festgestellter Vielfalt sind elementare Bestandteile von Integrationsprozessen. Es gilt, diese Diskurse so zu gestalten und zu unterstützen, dass keine Ausgrenzungsmechanismen und Marginalisierungen, die Teile einer Gesellschaft zu Randgruppen machen, in Gang gesetzt werden.

Die Herausforderung besteht demnach weniger in der Begrenzung von Auseinandersetzungen, sondern in der Klärung der Art und Weise dieser Auseinandersetzungen. Die Grenzen der Toleranz und Akzeptanz sind dabei dort zu setzen, wo das kritische Minimum universalisierbarer zivilisatorischer Standards wie Menschenwürde, körperliche und geistige Integrität, Meinungsfreiheit etc. Gefahr liefe, angetastet zu werden – egal von welcher Seite.

Sprache als Schlüsselfaktor für Integrationsprozesse auf allen Ebenen

Einen Schlüssel zur gelingenden Integration aller Dimensionen betreffend stellt Bildung, insbesondere Sprache, dar. Auf der strukturellen Ebene schaffen ausreichende Deutschkenntnisse und Maßnahmen zur Überwindung von Sprachbarrieren die Voraussetzungen für die Wahrnehmung von Chancen und Möglichkeiten. In der sozialen Dimension spielt Sprache als ein zentrales Mittel der Verständigung eine entscheidende Rolle. Kulturelle Fragen wie auch Fragen der Identität schließlich sind mit Sprache eng verbunden, da Sprache(n) ein wichtiger Baustein des Selbstverständnisses des/der Einzelnen, aber auch von Gruppen ist bzw. sind.

Die Förderung von Deutschkenntnissen, der Abbau von Sprachbarrieren und eine wertschätzende Haltung gegenüber Mehrsprachigkeit bilden daher eine wichtige Größe und finden ihre Entsprechung in den Maßnahmenempfehlungen des Oö. Integrationsleitbildes.

Zum Verhältnis von Integration und Desintegration

2.7

Integration und Desintegration sind dynamische und nicht abschließbare offene Prozesse. Sie beziehen sich grundsätzlich nicht nur auf Zugewanderte, sondern ebenso auf Gruppen der einheimischen Bevölkerung. Auch können bestimmte MigrantInnengruppen relativ gut integriert sein, während einzelne Gruppen der österreichischen Bevölkerung zum Beispiel aufgrund niedriger Bildungsabschlüsse etc. aus dem Bildungssystem oder dem Arbeitsmarkt und somit aus weiteren Teilbereichen der Gesellschaft ausgeschlossen bzw. desintegriert sein können. Integration bzw. Desintegration findet weniger ganzheitlich statt, im Sinne einer vollständigen Ein- bzw. Ausschließung, sodass jemand entweder völlig integriert bzw. desintegriert ist. Meistens handelt es sich eher um Fälle von partieller Integration bzw. Desintegration, die ihrerseits wiederum Wechselwirkungen nach sich ziehen. Dies bedeutet, dass Menschen in einem Teilbereich integriert, aber in einem anderem Feld eher des- bzw. weniger integriert sein können.

Der Integrationsprozess ist ein vielschichtiger und zugleich auch mit Ambivalenzen einhergehender Prozess, bei dem graduelle Integrationsleistungen nicht nur positive, sondern – kurz- und mittelfristig – auch negative Folgen wie beispielsweise eine Zunahme von Konflikten und Gewalt nach sich ziehen können. Konflikte sind dann nicht nur wie gemeinhin angenommen ein Phänomen der Desintegration. Vielmehr können sie auch als Teil einer nur partiell erfolgten Integration gesehen werden, die mit starken Dissonanzen und Konflikten behaftet ist. So lässt sich beobachten, dass beispielsweise die Distanzierung von einem Ehrkonzept, das ursprünglich stark traditionell patriarchalisch und großfamilienbezogen ausgeprägt ist, zu schmerzhaften Ablösungsprozessen und Konflikten insbesondere zwischen den Generationen und Geschlechtern führen kann. Auf den ersten Blick würden diese Prozesse als Desintegration gewertet werden, während sie im Grunde eine Folge der Übernahme moderner Lebensentwürfe und Wertvorstellungen, also Zeichen einer fortschreitenden Integration, sind. Im Falle der zweiten und dritten Generation besteht die Möglichkeit bzw. Gefahr, dass Frustrations- und Konfliktpotentiale gerade durch das erlebte Auseinanderklaffen zwischen objektiv gelungenen Integrationsritten und Erfahrungen von Ungleichbehandlungen entstehen bzw. verstärkt werden.

Migrations- und Integrationsprozesse gehen mit mannigfaltigen Umbrüchen, Problemen, Herausforderungen und Chancen einher. Der historische Blick zeigt jedoch, dass klassische Zuwanderungsprozesse mittelfristig zwar massive Probleme und Konflikte implizieren können, es längerfristig gesehen aber immer Erfolgsgeschichten waren, von denen die ganze Gesellschaft profitierte. Über eine frühzeitige und potentialorientierte, befähigende Integrationspolitik sind solche Prozesse gestaltbar und somit zu bewältigen. Im Wissen darum möchte das Land OÖ dazu beitragen, dass die notwendigen Bedingungen geschaffen werden, die allen Menschen die Integration in die Gesellschaft ermöglichen und erleichtern.

Integrationspolitische Kernpunkte des Leitbildes:

- » Integration wird als ein gesamtgesellschaftlicher, andauernder Prozess verstanden, der Zugewanderte wie auch Einheimische betrifft. Daher ist Integration als Querschnittsaufgabe bei allen Überlegungen öffentlichen Handelns mit einzubeziehen.
- » Im Zentrum stehen Bemühungen zur Beseitigung jener strukturellen Barrieren, welche zu sozialer Ungleichheit führen, ungeachtet der nationalen Zugehörigkeit. Es geht dabei um die bestmögliche Förderung der Chancengleichheit für alle BürgerInnen unseres Landes.
- » Integration hat die Entwicklung einer gesellschaftlichen Kultur des bewussten Umgangs mit Vielfalt und Differenz zum Ziel.
- » Integration ist individuelle Befähigung nach dem Prinzip des Förderns und Forderns zum Wohl des einzelnen Menschen und der Gesellschaft.

Das dem Leitbild zugrunde liegende Integrationsverständnis ist somit:

- » zukunftsgerichtet, d.h. nicht vergangenheitsbezogen
- » gesamtgesellschaftlich und regional, d.h. nicht nur Sache einzelner Ressorts oder Zentren
- » als Daueraufgabe zu verstehen, d.h. ein Prozess, der nie abgeschlossen ist
- » auf das Individuum ausgerichtet, d.h. nicht auf ethnische Kollektive konzentriert
- » leistungs- und potentialorientiert, d.h. auf Stärken, nicht auf Defizite fokussiert
- » befähigend, fördernd und fordernd, d.h. nicht neue Abhängigkeiten schaffend

Allgemeiner Hintergrund zur Zuwanderung in Oberösterreich

Rahmen

3.1

Die Zuwanderungsbevölkerung in Europa stellt weder in sozialer, historischer noch rechtlicher Hinsicht eine einheitliche Gruppe dar. **Migration hat viele Facetten: Formen, Verläufe, Migrationsgruppen, Motivationen und Ursachen sind zahlreichen Einflüssen unterworfen.** Die traditionelle Unterscheidung von Push-Faktoren (Gründe, die Menschen von ihrem Heimatland wegtreiben) und Pull-Faktoren (Anziehungspunkte des Ziellandes) zur Beschreibung, warum Menschen ihr Heimatland verlassen, ist zum Verständnis von Migrationsursachen hilfreich, stellt aber an sich keine Einteilung in Migrationsformen dar, da bei Aus- bzw. Einwanderungsentscheidungen von Einzelpersonen oder ganzen Familien in der Regel mehrere Push- und Pullfaktoren zusammenspielen.

Der Großteil von Integrationsfragen und damit verbundenen Handlungsfeldern, Problemen und Herausforderungen setzt jenseits von Zuwanderungs- und Asylentscheidungen nach erfolgter Klärung des Aufenthaltsstatus an. Vom Standpunkt der Integrationsthematik empfiehlt sich eine **operationale Trennung von Integrations- und Zuwanderungs-, aber auch von Zuwanderungs- und Asylfragen.** Übergangsbereiche, also zum Beispiel die Frage von Sprachfördermaßnahmen bereits während laufender Asylverfahren, bedürfen allerdings sehr wohl eines genauen abstimmenden Augenmerks zwischen den Trägern des Bundes, Landes und der Gemeinde.

Zentrale Referenzbegriffe des Leitbildes sind die **Begriffe** „Zuwanderung/Migration“ und „ZuwanderIn/MigrantIn“, nicht „InländerIn“ oder „AusländerIn“. Diskurse unserer Zeit, die sich ausschließlich entlang nationalstaatlicher Linien wie etwa der Frage der Staatsbürgerschaft bewegen, zeichnen ein zunehmend verzerrtes Bild von Integrationsprozessen und werden insbesondere den Entwicklungen auf europäischer Ebene nicht gerecht. War die rechtliche Trennung zwischen In- und AusländerInnen in den 1980er- und 1990er-Jahren noch die dominante Trennlinie, so hat sich im Zuge der Entwicklung der Europäischen Union einiges radikal geändert: Zum einen wurde mit der nahezu völligen Gleichstellung der EU-BürgerInnen mit inländischen StaatsbürgerInnen eine rechtliche Dreigliederung der nationalen Wohnbevölkerung eingeführt (InländerInnen, EU-BürgerInnen, Drittstaatsangehörige). Zum anderen hat sich in den letzten Jahren der rechtliche Abstand langansässiger MigrantInnen und inländischer StaatsbürgerInnen durch die EU-Richtlinien zur Rechtsstellung von langansässigen Drittstaatsangehörigen sowie durch die Antidiskriminierungsrichtlinien deutlich verringert.

Zuwanderungsdaten

3.2

Bevölkerungsdaten Österreich

Gemäß einer aktuellen Veröffentlichung der Statistik Austria (2007) haben rund 16% der in Österreich lebenden Bevölkerung (1,353 Mio.) einen Migrationshintergrund, sind also entweder selbst zugewandert oder stammen aus einer Familie mit zumindest einem zugewanderten Elternteil. Damit gehört Österreich – prozentual gesehen – weltweit zu den großen Einwanderungsländern. Von den in Österreich lebenden Zugewanderten haben rund 826.000 eine ausländische Staatsbürgerschaft und ca. 400.000 sind eingebürgert

oder in Österreich geborene Kinder mit (zumindest) einem ausländischen Elternteil¹. Vor diesem Hintergrund kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass die auf Basis der Staatsangehörigkeit erhobenen sozialstatistischen Daten der amtlichen Statistiken ein realitätsnahes Bild über die Lebenssituation der MigrantInnen zeichnen.

Bezüglich des realen Integrationsstandes gibt es zudem auch qualitative Verzerrungen: Eingebürgert werden vor allem MigrantInnen, denen schon ein gewisser sozialer Aufstieg gelang und deren Integration schon weit fortgeschritten ist. Diese verschwinden durch die Einbürgerung jedoch auch aus den Datensätzen über AusländerInnen, die mit zunehmender Einbürgerungstendenz immer weniger Aufschlüsse über die soziale Lage der MigrantInnen geben, sondern verstärkt zum Abbild der Situation der neu Zugewanderten werden. Pointiert formuliert: Den MigrantInnen geht es besser, als es die AusländerInnendaten zeigen.²

Nach Herkunftsland betrachtet, werden die beiden größten Gruppen ausländischer Staatsangehöriger weiter von BürgerInnen des ehemaligen Jugoslawiens und der Türkei gestellt: 36% (297.000 Personen) der in Österreich lebenden ausländischen Staatsangehörigen per 1.1.2007 stammen aus dem Raum des ehemaligen Jugoslawiens, 13% (109.000 Personen) der AusländerInnen besitzen die türkische Staatsbürgerschaft.³

Personen mit Migrationshintergrund – Verteilung auf die Bundesländer

Die Zuwanderung verteilt sich sehr unterschiedlich auf die Bundesländer und auf Gemeinden unterschiedlicher Größenordnung. Mit 31,4% hat das Bundesland Wien den größten Anteil, gefolgt in absoluten Zahlen von Oberösterreich mit 183.614 Menschen mit Migrationshintergrund (Definition s. weiter unten). In den Bundesländern sind es vor allem die größeren Städte und Gemeinden, in denen es einen relativ hohen MigrantInnenanteil gibt. Allerdings lebten gemäß der Volkszählung 2001 auch rund ein Drittel der zugewanderten Wohnbevölkerung in Gemeinden mit weniger als 10.000 EinwohnerInnen und etwa 18% in Gemeinden mit einer EinwohnerInnenzahl zwischen 10.000 und 100.000 Personen.⁴ Partizipation und Integration sind also in Österreich nicht nur großstädtische Themen, sondern auch für kleinere und mittlere Gemeinden relevant.

Tabelle 1: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern

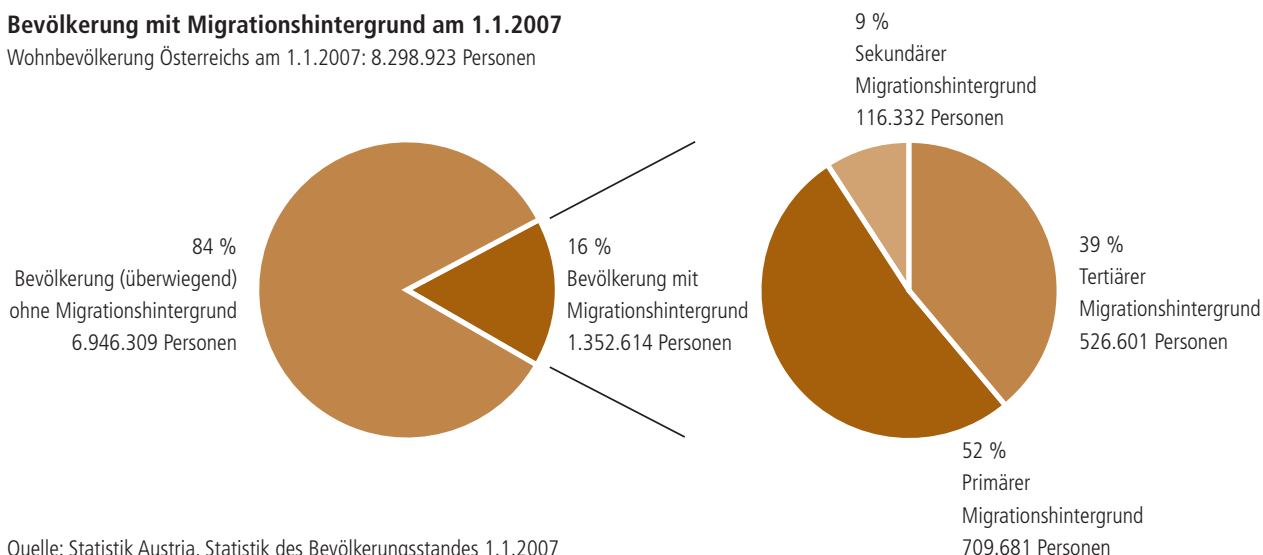
	Gesamt	Migrationshintergrund		in %
	abs.	NEIN abs.	JA abs.	
Österreich	8.298.923	6.946.309	1.352.614	16,3
Wien	1.664.146	1.141.245	522.901	31,4
Oberösterreich	1.405.674	1.222.060	183.614	13,1
Niederösterreich	1.589.580	1.415.994	173.586	10,9
Steiermark	1.203.918	1.085.819	118.099	9,8
Tirol	700.427	591.276	109.151	15,6
Salzburg	529.574	435.092	94.482	17,8
Vorarlberg	364.940	293.881	71.059	19,5
Kärnten	560.407	503.956	56.451	10,1
Burgenland	280.257	256.986	23.271	8,3

Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes 1.1.2007

- 1 Siehe Richtlinie 2003/109/EG des Europäischen Rates zur „Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen“.
- 2 Vgl. hierzu H. Fassmann, I. Stacher: Einleitung. In: H. Fassmann, I. Stacher (Hrsg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (2003), S. 11 bzw. einschlägige Fachliteratur wie zum Beispiel K. Salentin, F. Wilkening: Ausländer, Eingebürgerte und das Problem einer realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (2003), 2, S. 278–298.
- 3 Statistik Austria: Bevölkerung am 1.1.2007 nach detailliertem Geburtsland und Bundesländern, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstand_jahres-_und_quartalswerte/bevoelkerung_zu_jahres-_quartalsanfang/index.html, download vom 9.10.2007, eigene Berechnungen.
- 4 Statistik Austria: Sonderauswertung der Volkszählung 2001 für B. Perchinig, 3.5.2003.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund am 1.1.2007

Wohnbevölkerung Österreichs am 1.1.2007: 8.298.923 Personen



Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes 1.1.2007

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund setzt sich nach Definition der Statistik Austria⁵ aus drei Gruppen zusammen:

- » Primärer Migrationshintergrund: Wohnbevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft
- » Sekundärer Migrationshintergrund: in Österreich geborene Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft
- » Tertiärer Migrationshintergrund: österreichische Staatsangehörige, die im Ausland geboren wurden, also vorwiegend eingebürgerte StaatsbürgerInnen

Nicht erfasst werden durch diese Definition allerdings Teile der sogenannten zweiten Generation, nämlich ÖsterreicherInnen mit einem österreichischen Geburtsort, deren Eltern im Ausland geboren wurden.

Bevölkerungsdaten Oberösterreich

Aus der „Bevölkerungsstatistik 2007“ der Statistik Austria geht hervor, dass von 1.301.144 OberösterreicherInnen 7,4% (= 104.530 Personen) eine nicht-österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. **Betrachtet man hingegen nicht das Staatsbürgerschaftskriterium, sondern die wesentlich aussagekräftigere Kategorie des Migrationshintergrundes, so zeigt sich, dass sich der Migrationsanteil mit 183.614 (13,1%) um ca. 50.000 erhöht.** Der Großteil der Zugewanderten, aber auch der InländerInnen wohnt im Zentralraum: Vier von zehn OberösterreicherInnen haben rund um Linz und Wels ihren Wohnsitz.⁶

Herkunftsländer

Mehr als zwei Drittel der AusländerInnen in Oberösterreich stammen aus Nicht-EU-Ländern, sogenannten Drittstaaten: 43,4% aus dem Raum des ehemaligen Jugoslawien und 13% aus der Türkei, allerdings mittlerweile bereits 14,4% aus Deutschland. Insgesamt leben in Oberösterreich Menschen aus über 160 Nationen – bezogen auf Menschen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft.⁷ In absoluten Zahlen führt Linz vor den Bezirken Linz-Land, Wels und Vöcklabruck.⁸ Genauere Informationen über die AusländerInnenanteile der einzelnen Bezirke und Gemeinden bieten Informationen der Abteilung Statistik des Landes Oberösterreich, der „Integrationsbericht OÖ 2006“⁹ sowie die „Gemeindestudie OÖ“¹⁰ zum Thema Integration.

⁵ „1,353 Mio. Menschen in Österreich mit Migrationshintergrund“ Statistik Austria Pressemitteilung Nr. 8.980-229/07, 8. 11.2007.

⁶ Definition „Migrationshintergrund“ wie auf Seite 19 erläutert. Stichtag 1.1.2007. Aus: Statistik Austria „Bevölkerungsstand 2007“, S. 94.

⁷ Oö. Wohnbevölkerung mit Hauptwohnsitz per 1.1.2002 bis 2007 nach Staatsbürgerschaft (laut ZMR-Populationsregister von Statistik Austria).

⁸ Volkszählung 2001 (Daten Statistik Austria).

⁹ Integrationsbericht 2006 – eine Bestandsaufnahme der IST-Situation zur Erarbeitung des Integrationsleitbildes in Oberösterreich. Erstellt von Studierenden der Sozialwissenschaften am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz. Hrsg. vom Sozialressort des Landes OÖ (Juli 2006).

¹⁰ Empirische Studie zu den integrationsrelevanten Handlungsfeldern, Aktivitäten und Perspektiven in den Gemeinden Oberösterreichs. Befragung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister inkl. Ergebnisdokumentation der Regionalveranstaltungen in den Oö. Bezirken. Durchgeführt von Dipl.Soz.wiss. Güngör (Büro [difference] Gesellschaftsanalyse. Innovation. Integration.) (Basel/Wien: September 2006).

Bevölkerungsentwicklung

Wirft man einen Blick auf die Bevölkerungsentwicklung Oberösterreichs, wird ein kontinuierlicher Bevölkerungszuwachs deutlich, allerdings sind die Zuwächse marginal und zudem in den letzten Jahren immer schwächer geworden. Im Laufe des Jahres 2006 wuchs die oberösterreichische Bevölkerung aufgrund eines geringen Geburtenüberschusses (0,1%) und der Zuwanderung aus dem Ausland (0,3%) trotz Abwanderungsbewegungen in andere Bundesländer (0,2%) geringfügig um 0,26%. **Im Durchschnitt der letzten Jahre lässt sich sagen, dass etwas mehr als die Hälfte des jährlichen Bevölkerungswachstums auf Zuwanderung zurückzuführen ist.**¹¹

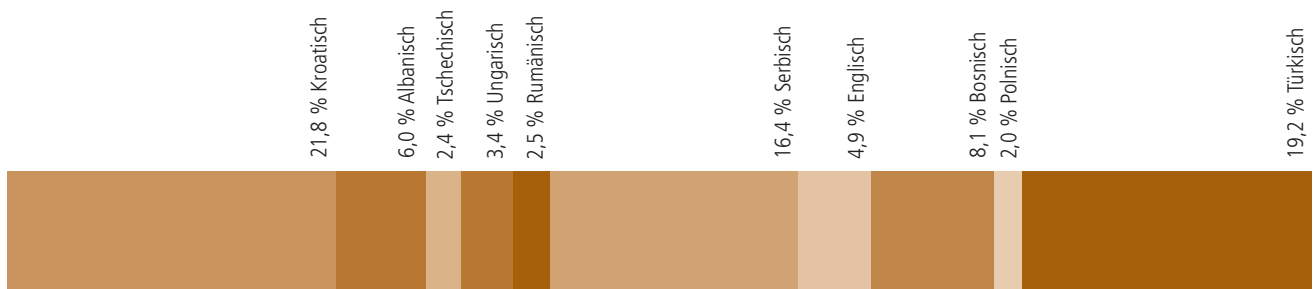
Die Verteilung nach Herkunftsländern sieht in der Gruppe der Menschen mit einem nicht-österreichischen Geburtsort etwas anders aus als beim Anteil nicht-österreichischer StaatsbürgerInnen: Deutsche (22%) führen vor Tschechen (14%), Rumänen (12%) und Personen mit einem Geburtsort in Serbien oder Montenegro (11%). Umgekehrt wiederum lässt sich feststellen, dass rund 17.000 Personen mit einer nicht-österreichischen Staatsbürgerschaft in Oberösterreich geboren wurden. Den größten Anteil weisen türkei-stämmige Personen auf, also Kinder von Eltern, die die türkische Staatsbürgerschaft besitzen.¹² Der große Anteil von in Österreich geborenen nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen ist zwar auch auf höhere Geburtenraten von MigrantInnen zurückzuführen, aber auch eine Konsequenz dessen, dass Österreich eines jener Länder ist, welche die Staatsbürgerschaft nicht mit dem Geburtsort (ius solis) wie etwa in den USA, sondern mit der Staatsbürgerschaft der Eltern (ius sanguinis) verknüpfen.

Einbürgerungen

Die Einbürgerungszahlen sind in den letzten Jahren in Oberösterreich ebenso wie in ganz Österreich gesunken: Gegenüber dem Vorjahr wurden 2006 um 1.023 bzw. um fast 20% weniger neue Staatsbürgerschaften verliehen. Der Rückgang an Einbürgerungen hängt vor allem mit Gesetzesänderungen zusammen, die den Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft in einigen Punkten erschweren. Dazu kommt, dass die Gruppe der MigrantInnen aus EU-Ländern gewachsen ist und diese aufgrund ihrer rechtlich bevorzugten Stellung seltener einen Antrag auf Einbürgerung stellen. Das Gros der Einbürgerungen entfiel auf StaatsbürgerInnen aus Ex-Jugoslawien (2.320 bzw. 56,2%) und türkischen StaatsbürgerInnen (1.012 bzw. 24,5%). Insgesamt wurden im Jahr 2006 4.130 AusländerInnen in Oberösterreich eingebürgert.¹³ Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Kluft zwischen Wohnbevölkerung und wahlberechtigten BürgerInnen diskutieren einzelne Städte und Bundesländer in Deutschland aus demokratiepolitischen Überlegungen, wie der Förderung der Teilhabe, Partizipation und Identifikation, mittlerweile entgegengesetzte Wege und führen unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen vereinzelt bereits Kampagnen, um für die Einbürgerung zu werben.¹⁴

Umgangssprachen

Ein Blick auf die Frage nach Umgangssprachen der oberösterreichischen Wohnbevölkerung zeigt, dass **91,8% Deutsch als einzige Umgangssprache im Alltag** angeben. 5,8% sprechen sowohl Deutsch als auch eine andere Sprache im Alltag und 2,4% gaben an, als Umgangssprache nicht Deutsch zu sprechen. Unter den Umgangssprachen führt damit Deutsch vor Kroatisch, Türkisch, Serbisch, Bosnisch, Albanisch und Englisch.¹⁵



Bevölkerung nach Umgangssprache (ohne „nur Deutsch“, inkl. Kombinationen mit Deutsch)
Prozentanteile der zehn häufigsten Umgangssprachen 2001 (Zahlen basierend auf den Ergebnissen der Volkszählung 2001¹⁶)

11 Information der Abteilung Statistik des Amtes der Oö. Landesregierung: OÖ Bevölkerung im Jahre 2006 – demographische Lage, S. 2.

12 Quelle: Statistik Austria 2003. Zitiert nach: Integrationsbericht OÖ 2006, S. 14.

13 Information der Abteilung Statistik des Amtes der Oö. Landesregierung: OÖ Bevölkerung im Jahre 2006 – demographische Lage, S. 8.

14 Siehe zum Beispiel die Berliner Einbürgerungskampagne „Du PASSst zu mir“, die 2006 gestartet wurde: <http://www.berlin.de/lb/intmig/presse/archiv/20060109.1535.36348.html>

15 Volkszählung 2001. Quelle: Statistik Austria (2003), S. 19. Zitiert nach: Integrationsbericht OÖ 2006, S. 13.

16 Quelle: Landeskorrespondenz Nr. 302 vom 30. 12.2005.

Ein großes Anliegen einer zielgruppenorientierten Integrationspolitik ist eine detailliertere und durchgängigere Datenerhebung, damit konkrete Aussagen zu Fragen von Migration und Integration getroffen und spezifische Maßnahmen entwickelt werden können.

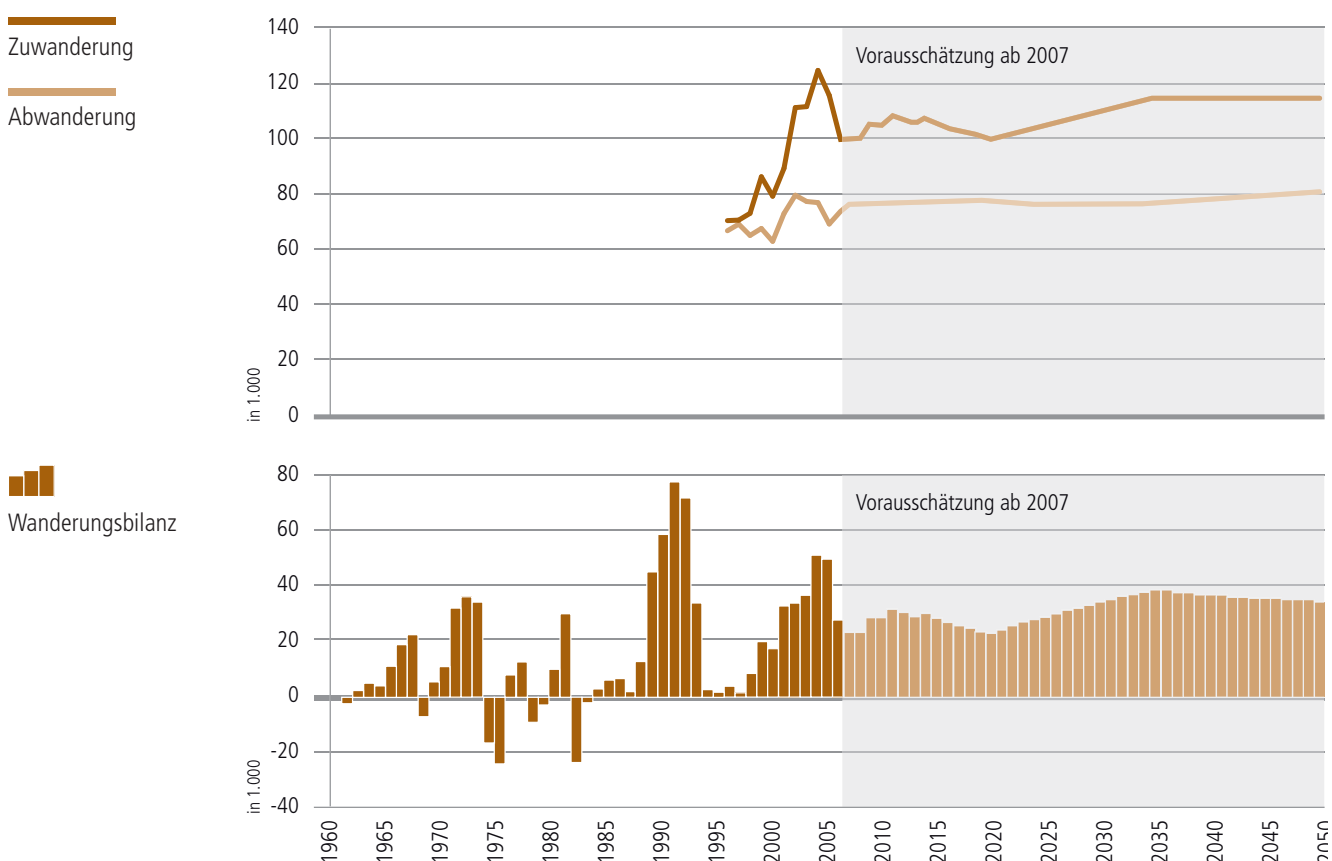
Geschichtlicher Abriss Zuwanderung – in (Ober-)Österreich¹⁷

3.3

Österreich, wie der Großteil Europas, war lange von einer Auswanderungstradition geprägt. Starkes Bevölkerungswachstum, Armut, religiöse Unterdrückung, politische Konflikte und Kriege trieben unzählige EuropäerInnen dazu, ihre Heimat zu verlassen: Zwischen 1750 und 1960 wanderten ca. 70 Millionen EuropäerInnen nach Übersee aus, allen voran in die USA und nach Kanada, aber auch in großer Zahl nach Lateinamerika, Algerien, Südafrika, Australien, Neuseeland und Palästina bzw. Israel.¹⁸ Auswanderungsgeschichten wurden von den in der Heimat Verbliebenen überwiegend als Erfolgsgeschichten überliefert, man schrieb den AuswanderInnen Mut, Entscheidungsstärke, Zielstrebigkeit und Kraft zu.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann sich der Migrations-Trend langsam umzukehren und Österreich wandelte sich wie etliche andere Länder Europas vor allem dank eines starken Wirtschaftswachstums schrittweise vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland.

Internationale Wanderungen nach und aus Österreich 1961 bis 2050 (mittlere Variante der Vorausschätzung)



Quelle: Statistik Austria, Prognose aus dem Jahr 2007, www.statistik.at

¹⁷ R. Bauböck, B. Perchinig: Migrations- und Integrationspolitik in Österreich (2003). www.okay-line.at

¹⁸ R. Münz: Migration in Europa – gestern, heute, morgen. Vortrag im Rahmen des Symposiums „Migration – Demographie“ in Linz am 17.12.2004.

Um die Migrationsströme des 20. Jahrhunderts nach Europa bzw. Österreich zu beschreiben, unterscheidet man in der Regel zwischen Zuwanderung im Zuge größerer Flüchtlingswellen und klassischer Arbeitsmigration.

Flüchtlingsmigration

Eine Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Fragen sowie Flüchtlingsfragen wird nicht nur im Hinblick auf die Ursachen von Migrationsströmen deutlich, sondern auch in Bezug auf die Hintergründe der Einwanderungs- und Asylpolitik der aufnehmenden Länder, wie zum Beispiel Österreich. Die Handhabung der Anerkennung von Asylsuchenden zum Beispiel veränderte sich beobachtbar im Laufe der Zeit: Während den Ungarnflüchtlingen 1956 noch pauschal Asyl gewährt wurde, mussten die tschechoslowakischen Flüchtlinge 1968 bereits einzeln um Anerkennung als Flüchtling ansuchen; allerdings wurden die Asylanträge keiner Einzelprüfung der Fluchtgründe unterzogen. Viele der damals erteilten positiven Asylbescheide würden nach heutiger Gesetzeslage und aktuellem Rechtsgebrauch nicht erteilt werden. Bei allen Flüchtlingswellen ist zudem zu bemerken, dass Flüchtlinge nicht nur über den Weg eines Asylantrags ins Land kamen und kommen, sondern auch durch ursprüngliche Touristenvisa, Arbeitsverträge oder im Zuge des Familiennachzugs.

Arbeitsmigration

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ab Mitte der 1950er-Jahre begann die Nachfrage das Angebot an verfügbaren Arbeitskräften langsam zu übersteigen. Diese Entwicklung war in Deutschland und der Schweiz vor Österreich bemerkbar, weshalb anfangs eine größere Zahl österreichischer Arbeitskräfte in die deutschsprachigen Nachbarländer abwanderte. 1961 vereinbarten die Sozialpartner auf Druck der Unternehmen zum ersten Mal ein Kontingent an 47.000 ausländischen Arbeitskräften, für welche nicht nachgewiesen werden musste, dass für den gewünschten Arbeitsplatz kein(e) Inländer(in) zur Verfügung stand.¹⁹ Die Zustimmung der Gewerkschaft war an bestimmte Bedingungen geknüpft: Es hatten dieselben Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gelten; AusländerInnen mussten vor InländerInnen gekündigt werden und Beschäftigungsbewilligungen wurden nur für ein Jahr ausgestellt.

Rotationsprinzip

Das so genannte „Rotationsprinzip“, demzufolge die GastarbeiterInnen nach kurzer Zeit wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, versprach von seiner Idee her einen Vorteil sowohl für die Wirtschaft des GastarbeiterInnen-Ziellandes als auch des Herkunftslandes: Während die Aufnahmeländer keine Konjunkturerbußen aufgrund eines mangelnden Arbeitskräfteangebots fürchten und die GastarbeiterInnen in wirtschaftlich schlechteren Zeiten theoretisch wieder nach Hause zurückkehren mussten, konnten die Entsende-Länder ihre Arbeitslosenquoten senken und profitierten vielfach indirekt von den Investitionen der höheren Löhne ihrer Staatsangehörigen in deren Heimatland.

Um auch tatsächlich ausreichende Arbeitskräfte für die heimische Wirtschaft zu gewinnen, wurden spezielle Abkommen mit anderen Ländern geschlossen:

- 1962 Erstes Abkommen zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte (mit Spanien) – es hatte kaum Migration zur Folge
- 1964 Anwerbeabkommen mit der Türkei (Gründung einer Anwerbestelle in Istanbul)
- 1966 Anwerbeabkommen mit Jugoslawien

Die Anwerbestellen spielten allerdings mit der Zeit eine geringe Rolle, gegen Ende der 1960er-Jahre kamen die meisten Gastarbeiter, aber auch viele Gastarbeiterinnen, bereits über die Vermittlung von Verwandten und FreundInnen als TouristInnen nach Österreich und erhielten dank der guten Konjunktur vor Ort meist rasch eine Beschäftigungsbewilligung.

¹⁹ Das sogenannte Raab-Olah-Abkommen ist benannt nach dem damaligen Bundeskanzler Julius Raab und dem damaligen ÖGB-Präsidenten Franz Olah. Bis 1961 galt das Inlandarbeiterschutzgesetz von 1925, das die Bevorzugung inländischer vor ausländischen Arbeitskräften gesetzlich fest schrieb und die Beschäftigung von AusländerInnen bewilligungspflichtig machte.

Verfestigung von Arbeitsverhältnissen und Aufenthaltsstatus

Das theoretisch ausgeklügelte Rotationsprinzip erwies sich in der Realität bald als unpraktisch: ArbeitgeberInnen lehnten es vielfach als ineffizient ab, immer wieder neue Arbeitskräfte anzuwerben, und auch die GastarbeiterInnen hatten häufig ein Interesse an sich aneinanderreihenden Beschäftigungsverhältnissen. Interessanterweise wird das Rotationsprinzip unter dem Begriff der „zirkulären Migration“ seitens der Weltbank auch heute noch als erfolgreiches Modell und als „Dreifach-Gewinn“ für das Entsendeland, für das Aufnahmeland und für den oder die einzelne(n) Arbeitsmigrant(in) für bestimmte Regionen (z.B. China und Russland) beschrieben.²⁰

1974 wurde das höchste Kontingent an ausländischen Arbeitskräften (162.789) zwischen den Sozialpartnern vereinbart. Mit dem wirtschaftlichen Rückgang Mitte der 1970er-Jahre wurden jedoch wieder strengere gesetzliche Regelungen beschlossen und die aktive Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften staatlicherseits beendet.

Das Ausländerbeschäftigungsgesetz von 1975 trug entgegen der eigentlichen Intention dazu bei, dass aus GastarbeiterInnen verstärkt EinwanderInnen wurden. Während ursprünglich das „Pendeln“ zwischen Heimatland und Arbeitsort attraktiv war, weil man sicher sein konnte, bei seiner Rückkehr an den Arbeitsort wieder eine Beschäftigung zu finden, und gleichzeitig dem Heimatland nicht vollständig den Rücken kehren musste, war es nun in vielen Fällen sinnvoller im Aufnahmeland zu bleiben, eine möglichst durchgehende Beschäftigung aufzuweisen und möglichst rasch die Familie nachzuholen.

Familiennachzug

Das Recht auf Schutz des Privat- und Familienlebens, das in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert ist, ist der Kern der rechtlichen Möglichkeit der Zuwanderung mittels „Familienzusammenführung“. Beim Familiennachzug wird unterschieden, ob die Person, die Familienmitglieder nach Österreich holen möchte, EWR-BürgerIn, ÖsterreicherIn oder Drittstaatsangehörige ist. Während Angehörige von ÖsterreicherInnen und EWR-BürgerInnen quotenfrei nach Österreich ziehen können, benötigen Familienangehörige (= EhegattInnen und minderjährige Kinder) von Drittstaatsangehörigen dafür einen Quotenplatz.²¹ Gegenwärtig (Stand 2008) liegt die Quote für den Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen zum Zweck der Familienzusammenführung für Oberösterreich bei 540 Personen.²²

Bezogen auf die Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern ist der Zuzug über den Weg der Familienzusammenführung mittlerweile die größte Quelle von Zuwanderung: Die Hälfte bis zwei Drittel der Zuwanderung aus Drittstaaten geht auf Familiennachzug zurück. Dies hat zwar zum einen mit dem Wunsch nach und dem Bedarf an Familienzusammenführung zu tun, ist aber auch als Folge der Zuwanderungspolitik der letzten Jahre zu sehen. Da sonstige legale Möglichkeiten, aus einem Nicht-EU-Land nach Österreich einzuwandern, beinahe völlig beschränkt wurden, bleiben an relevanter Zuwanderung nur jene beiden Bereiche, die an grundlegende Menschenrechte geknüpft sind: Asyl und Familienzusammenführung.

Migration begann im Laufe der letzten zehn Jahre immer stärker von der Zuwanderung von Frauen geprägt zu werden. Mittlerweile beträgt der weibliche Anteil an ausländischen StaatsbürgerInnen in Österreich bereits 47,3%. Neben einer wachsenden selbstständigen Zuwanderung von Frauen hat sich dieser Anteil insbesondere durch den verstärkten Familiennachzug erhöht.²³

20 A. Mansoor; B. Quillin u.a. (im Auftrag der Weltbank 2007): Migration and Remittances. Eastern Europe and the Former Soviet Union. <http://web.worldbank.org>

21 § 46 des NAG (Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes – Fremdenrechtspaket 2005).

22 „Hauptausschuss genehmigt Niederlassungsverordnung 2008. Bis zu 8.050 Personen dürfen nach Österreich zuwandern.“ Aussendung der Parlamentskorrespondenz (OTS0115 5 II 1695 NPA0001), 12.12.2007.

23 Daten basierend auf der Volkszählung 2001: 710.926 ausländische StaatsbürgerInnen, davon 374.389 Männer und 336.537 Frauen. Aus: Migrantinnenbericht 2007. Hrsg. vom österreichischen Bundeskanzleramt und der Bundesministerin für Frauen.

Zuwanderungspolitik im Wandel – vom Gastarbeitermodell zur Integrationspolitik

3.4

Der Wandel von GastarbeiterInnen hin zu EinwanderInnen vollzog sich schrittweise. In den meisten Fällen stand dahinter keine bewusste Entscheidung, sich dauerhaft in Österreich niederzulassen, sondern dies ergab sich aus einer Aneinanderreihung von Beschäftigungsverhältnissen und damit jahrelangem Aufenthalt. Durch stärkere Hürden für das „Pendeln“ zwischen Heimatland und Arbeitsort und durch verstärkten Familiennachzug verfestigte sich der Aufenthalt der ursprünglichen GastarbeiterInnen weiter. Österreich wie auch Deutschland reagierten jedoch erst sehr spät auf die veränderte gesellschaftliche Realität und setzten integrationsfördernde Maßnahmen vor allem für anerkannte Flüchtlinge, nicht jedoch für ArbeitsmigrantInnen. **Ein Großteil der gegenwärtigen Fragen und Problemstellungen ist zum Teil auf das historische Versäumnis einer frühzeitig ansetzenden aktiven Integrationspolitik zurückzuführen.**

Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Ende der 1980er- bzw. Anfang der 1990er-Jahre wurden das Fremdenpolizeigesetz von 1954 und das Passgesetz von 1969 novelliert bzw. letztlich durch das Aufenthaltsgesetz von 1993 ersetzt bzw. ergänzt. Damit verlagerte sich der Schwerpunkt der staatlichen Regulierung vom Sozialministerium hin zum Innenministerium und Einwanderungsfragen wurden vom rein sozialpartnerschaftlichen Thema zu einem öffentlichen und kontroversiellen Thema der Innenpolitik. Das Fremdenrechtsgesetz 1997 wurde entgegen ursprünglichen Plänen kein umfassendes „Integrationspaket“, enthielt aber wichtige Verbesserungen im Bereich Aufenthaltsverfestigung von Drittstaatsangehörigen.²⁴

Der sich in den 1990er-Jahren etablierende Slogan „Integration vor Neuzuzug“ spiegelte sich nur bedingt in den gesetzlichen Bestimmungen wider: Die jährlich vereinbarte Bundeshöchstzahl an ausländischen Arbeitskräften führte nicht vorrangig dazu, Neuzuzug zu verhindern, sondern den Gesamtbestand an ausländischen Arbeitskräften niedrig zu halten. Anträge auf Einwanderung konnten nur mehr vom Ausland aus gestellt werden. Auf diese Weise sollte verhindert werden, dass über den Umweg von Touristenvisa Arbeitskräfte ins Land gelangten.

Nach dem EU-Beitritt Österreichs 1995 folgte im Laufe der darauf folgenden Jahre eine Reihe von Gesetzesnovellierungen im Bereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, des Staatsbürgerschaftsgesetzes und des Asylgesetzes. Neben der eingeführten dreistufigen Differenzierung zwischen InländerInnen, EU-BürgerInnen und Drittstaatsangehörigen wurden einige Verbesserungen der Aufenthaltsverfestigung und sozialen Absicherung für bereits im Land lebende AusländerInnen eingeführt. Das Rotationsprinzip wurde in einer veränderten Form durch die Schaffung des Saisonierstatus für die Bereiche Landwirtschaft und Fremdenverkehr weiter fortgeschrieben.

Mit der Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1998 wurde Integration, vor allem gemessen an ausreichenden Deutschkenntnissen, als Einbürgerungskriterium in den Vordergrund gerückt. Der zeitliche Rahmen für Ermessenseinbürgerung (10 bzw. 6 Jahre) wurde belassen, der Rechtsanspruch auf Einbürgerung wurde von 30 Jahren auf 15 Jahre gesenkt. Mit dem Regierungsbeginn der Koalition von ÖVP und FPÖ 2000 wurde anfangs die bereits bisher restriktive Politik in den Bereichen Zuwanderung und Ausländerbeschäftigung fortgeführt. Das „Fremdenrechtspaket 2002“ brachte schließlich weitreichende Novellierungen. Der arbeitsmarktbezogene Neuzuzug wurde weitestgehend auf „Schlüsselkräfte“²⁵ beschränkt.

Das „Fremdenrechtspaket 2005“, das mit Jänner 2006 in Kraft getreten ist, enthält einige Novellierungen im Bereich des Asylgesetzes, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (AuslBG), des Fremdenpolizeigesetzes (FPG) und des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes (NAG). Unter anderem wurde das Ausländerbeschäftigungsgesetz in einigen Punkten den Bestimmungen des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes angeglichen. Andererseits wurde allerdings das erst 1997 eingeführte System der stufenweisen „Aufenthaltsverfestigung“ von Drittstaatsangehörigen wieder abgeschwächt.²⁶

²⁴ R. Bauböck, B. Perchinig: Migrations- und Integrationspolitik (2003). www.okay-line.at

²⁵ Als Schlüsselkraft definiert der Gesetzgeber eine/n Ausländer/in mit einer besonderen, am inländischen Arbeitsmarkt nachgefragten beruflichen Qualifikation oder beruflichen Erfahrung und mit einer monatlichen Bruttoentlohnung von 60% der Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 108 Abs 3 ASVG (das sind 2008 € 2.358,-) zuzüglich Sonderzahlungen. Zusätzlich zu diesen Bedingungen muss die Beschäftigung eine besondere Bedeutung für den österreichischen Arbeitsmarkt haben. Nähere Informationen zum Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG) erteilt zum Beispiel das Arbeitsmarktservice Österreich: www.ams.or.at

²⁶ Integrationsbericht OÖ 2006, S. 16f. Die jeweiligen Gesetzestexte sind im österreichischen Online-Rechtsinformationssystem unter www.ris.bka.gv.at abrufbar.

Integrationsvereinbarung

Mit der „Integrationsvereinbarung“ ab 1.1.2003 wurden einem europäischen Trend folgend schließlich für alle ab 1998 zugewanderten Drittstaatsangehörigen verpflichtende Sprach- und Integrationskurse eingeführt. Aufgrund gesenkter Einwanderungszahlen und einiger Ausnahmeregelungen war die tatsächliche Zielgruppe letztlich sehr klein. Mit der Novellierung 2005 wurde der Personenkreis, für den die Integrationsvereinbarung verpflichtend gilt, daher erweitert.

Abgesehen von diesen rechtlichen Bestimmungen blieben **Integrationsfragen lange Zeit lokale und regionale Angelegenheiten**. Unterstützung im Umgang mit Behörden, ausreichende Sprachförderangebote, Hilfe bei der Arbeitssuche, Kampf gegen Diskriminierung am Arbeits- oder Wohnungsmarkt wurde über Jahrzehnte hinweg vor allem als Aufgabe von NGOs oder anderen Initiativen gesehen. Aufgrund der Erkenntnis, dass die zugewanderten Menschen auch hier bleiben werden und dies einer gesellschaftspolitischen Gestaltung bedarf, wurden in den vergangenen zehn Jahren in verschiedenen Gemeinden und Bundesländern integrationspolitische Zuständigkeitsstrukturen geschaffen. Dies ging zugleich auch mit einem öffentlichen Bekenntnis der Gemeinden und Bundesländer zu einer aktiven Integrationspolitik einher. Damit wurden auch die ersten wichtigen Weichen gestellt, welche die Integrationspolitik von ausgelagerten Sonderschienen in die Regelsysteme überführen sollten.

Die Entwicklung hin zu einer aktiven Integrationspolitik in Österreich erfolgte aus zwei Richtungen. Einerseits bildete die EU in Sachen Integrationspolitik samt ihrer Debatten, Diskurse und rechtssetzenden Maßnahmen, wie Entscheidungen des Gerichtshofes oder die Schaffung von Richtlinien, einen wichtigen Impulsgeber. Andererseits waren es die Gemeinden und die Bundesländer, die hier eine Vorreiterrolle einnahmen und damit auf die Bundesebene wirkten. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund lassen sich die aktuellen Bemühungen auf Bundesebene, Integration als gesellschaftspolitisches Thema aktiv anzugehen (z.B. Integrationsplattform), verstehen.

Integrationsarbeit in Oberösterreich

3.5

Integrationsarbeit hat viele Gesichter. Institutionen, Organisationen, Vereine und Einzelpersonen fördern und unterstützen Integration in Oberösterreich. Der Integrationsleitbildprozess OÖ hat dazu beigetragen, diese Arbeit sichtbarer zu machen, die vorhandenen AkteurInnen zu stärken und zu vernetzen sowie integrationspezifisches Wissen in Institutionen zu tragen, die noch wenig Erfahrung mit der Thematik hatten. Dies kann lediglich als erster Schritt angesehen werden. Es bleibt Aufgabe der kommenden Jahre, Integrationsarbeit weiter auszubauen und zu professionalisieren.

Regelsysteme als Integrationsakteure

Das Bewusstsein, dass die Regelsysteme zentrale Integrationsakteure darstellen, setzt sich erst langsam in den einzelnen Institutionen fest. Handlungsbedarf wird von den jeweiligen Führungsebenen vielfach zwar bereits gesehen, konkrete Maßnahmen werden allerdings bisher – ausgenommen im Bildungsbereich – noch eher selten gesetzt. Integrationsförderung ist vielmehr zurzeit noch stark von engagierten Einzelpersonen aus einzelnen Ressorts und Regelsystemen des öffentlichen Bereiches sowie aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich (v.a. NGOs) abhängig.

Die Berücksichtigung von MigrantInnen als KundInnen der Regelsysteme ist dabei jedoch nicht als zusätzliche Sonderaufgabe zu sehen, sondern als zielgruppenorientierte Weiterentwicklung hinsichtlich einer zunehmend vielfältigen Gesellschaft. Elemente und Strategien des Diversitätsmanagements mit besonderem Augenmerk auf sprachliche und kulturelle Vielfalt werden für Regelsysteme wie zum Beispiel die öffentliche Verwaltung in zunehmendem Maße relevant, als Zuwanderung kein Randthema mehr darstellt.

Um das langfristige Ziel einer präventiven (im Gegensatz zur aktuellen vielfach nachholenden) Integrationspolitik zu erreichen, sind seitens der Regelsysteme „Integrationskompetenzen“ in verschiedenen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen zu entwickeln. Das Integrationsleitbild OÖ zeigt mit den Maßnahmenempfehlungen auf strategischer und operativer Ebene Handlungsfelder und mögliche Umsetzungsvarianten auf.

NGOs als IntegrationsakteurInnen

Aufgrund der vergleichsweise schwach ausgeprägten Verantwortlichkeit seitens der Regelsysteme im Bereich integrationsunterstützender Maßnahmen und aufgrund fehlender Möglichkeiten für neu zugewanderte MigrantInnen, selbst SprecherInnenrollen und Interessensvertretungsaufgaben zu übernehmen, entwickelten sich NGOs (nicht-staatliche Organisationen) zu expliziten Trägern von Integrationsarbeit und Interessensvertretungen für MigrantInnen. Vielfach entstanden so NGOs als Kompetenz- und Innovationsorte in Bezug auf Integrationsfragen. **Im Vergleich zu anderen Bundesländern (Wien ausgenommen) weist Oberösterreich ein gut ausgebautes Netz an expliziten IntegrationsakteurInnen auf, wie zum Beispiel regionale Integrationszentren, Integrationsbüros oder mehrsprachige Beratungsangebote im Rahmen regelmäßiger Sprechstage** (siehe dazu die Übersichtsgrafik zu den vom Land OÖ unterstützten Angeboten von Caritas, Volkshilfe, migrare, Familienbund und SOS-Menschenrechte im Anhang).

Die Aufgabenkataloge vieler NGOs haben sich im Laufe der Zeit verändert. Klassische Aufgaben wie (mehrsprachige) sozial-rechtliche Beratung, Unterstützung im Umgang mit Behörden sowie Antirassismus-, Antidiskriminierungs- und Sensibilisierungsarbeit bilden zwar nach wie vor wichtige Arbeitsschwerpunkte, allerdings haben in den letzten Jahren Aufgaben im Bereich Gemeinwesenarbeit (z.B. Projekte im Wohnbereich) an Bedeutung und Umfang zugenommen. Auf der anderen Seite werden zum Beispiel Sprachfördermaßnahmen (Alphabetisierungskurse, Deutschkurse, muttersprachlicher Unterricht für Kinder ...) mittlerweile überwiegend von den regulären Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen angeboten. Der Bedarf an niederschweligen Angeboten für bildungsferne MigrantInnen fordert allerdings nach wie vor NGOs jeweils vor Ort, da ihnen gegenüber weniger Schwellenängste und -vorbehalte bestehen. Projekte und Bemühungen, die die speziellen Rahmenbedingungen von Frauen mit Migrationshintergrund (v.a. von Müttern mit Kinderbetreuungspflichten) berücksichtigen, sind hier besonders hervorzuheben.

Neue Kooperationsformen zwischen NGOs und Regelsystemen

In dem Maße, in dem Integrationsthematik als ein Querschnittsthema verstanden wird, sind nicht nur ressortübergreifende Ansätze innerhalb der Regelsysteme gefragt, sondern es ist auch eine bessere und professionalisierte Zusammenarbeit zwischen NGOs und Regelsystemen erforderlich. Die gegenwärtig zum Teil bestehende Dichotomie „entweder NGO oder Regelsystem“ ist zugunsten eines konstruktiven und sich ergänzenden Zusammenspiels weiterzuentwickeln – wie dies auch in Ansätzen bereits zu beobachten ist. Die anstehende interkulturelle Öffnung der Regelsysteme kann vom Wissen und den Erfahrungen der NGOs profitieren und darauf aufbauen: Umgang mit interkulturellen Teams, Mehrsprachigkeit als Wert, erprobte Strukturen und Modelle etc. Strategisch ausgerichtete Integrationspolitik bedeutet daher auch verstärkten Wissens- und Kompetenzaustausch zwischen NGOs und Regelsystemen und damit verbunden eine fortgesetzte Professionalisierung, mehr Reflexion und das Finden neuer Kooperationsformen.

BrückenbauerInnen und Vernetzungsformen

In einigen Bezirken und Gemeinden sind in den letzten Jahren bereits verschiedene Kooperations- und Vernetzungsformen entstanden. Vereinzelt wurden themenspezifische Arbeitsgruppen gebildet, um sich über Integrationsfragen auszutauschen und gemeinsame Projekte umzusetzen.

Integrationsbeiräte

Integrationsbeiräte, die in einigen Gemeinden ins Leben gerufen wurden, verstehen sich insbesondere als **Brückenbauer zwischen Migrations- und Mehrheitsbevölkerung**. Sie sind unterschiedlich organisiert, teilen aber mehrheitlich die Ziele und Aufgaben: Austausch, Vernetzung und Vermittlung – zwischen politischer und behördlicher Ebene (z.B. Gemeinde) und zivilgesellschaftlicher Ebene (z.B. Vereine, NGOs aus dem Integrationsbereich) sowie zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Die meisten dieser Gremien bestehen erst seit relativ kurzer Zeit, daher können derzeit noch keine Aussagen über die langfristige Wirkung ihrer Tätigkeit getroffen werden. VertreterInnen der vorhandenen Integrationsbeiräte in Oberösterreich berichten jedenfalls von einem Gewinn für die Zusammenarbeit in Integrationsbelangen und das Zusammenleben in der Gemeinde.

AusländerInnenbeiräte

Von Integrationsbeiräten zu unterscheiden sind AusländerInnenbeiräte, also **gewählte Vertretungen von MigrantInnen ohne kommunalem Wahlrecht**. Die ihnen ursprünglich zugedachte Relevanz wird in den letzten Jahren aus mehreren Gründen in Frage gestellt. In den meisten Fällen ist die vorgenommene Organisationsform ein beratendes, nicht aber mitbestimmendes Gremium der Stadt- bzw. Gemeindepolitik. Dies führt vielfach zu einem geringeren Interesse, sich als Mitwirkende/r eines AusländerInnenbeirates zu engagieren. Zudem hat sich der Kreis potentieller VertreterInnen von AusländerInnenbeiräten durch die EU-Osterweiterung verringert, da EU-BürgerInnen das kommunale Wahlrecht besitzen, also auf andere Formen der Mitbestimmung zurückgreifen können. Vorstöße, ein kommunales Wahlrecht für länger ansässige MigrantInnen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft (eine Art Wohnbürgerschaft) einzuführen, wurden bisher vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt. Ein AusländerInnenbeirat besteht in Oberösterreich nur in Linz, die Organisation zum Beispiel der Sitzungen übernimmt das AusländerInnen-Integrationsbüro der Stadt Linz.²⁷

MigrantInnenvereine

Wichtige Akteure der Integrationsarbeit sind auch die zahlreichen MigrantInnenvereine. Sie fungieren in vielen Fällen als **Multiplikatoren zwischen Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen**. Für die Mehrheitsgesellschaft sind sie wiederum oft die ersten Ansprechpersonen, um Kontakt zu MigrantInnen herzustellen, wenn es darum geht, Projekte zu lancieren oder Informationen publik zu machen. Der Forderung nach möglichst starker Einbindung von MigrantInnenvereinen von offizieller Seite bzw. nach starkem Engagement seitens der Vereine wird also bereits vielerorts Rechnung getragen. Hierbei gilt es jedoch folgende Punkte und Rahmenbedingungen mitzubedenken:

- » MigrantInnenvereine werden überwiegend als Kulturvereine gegründet und verstehen sich sowohl als Unterstützer ihrer Mitglieder als auch als Bewahrer der Sprache und Kultur der jeweiligen Herkunftsländer. Ähnlich oberösterreichischen Blasmusikkapellen, Trachtenvereinen, Chören, Literaturkreisen stehen sie vor der Herausforderung, Traditionen zu bewahren und zu pflegen, ohne aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zu ignorieren.
- » MigrantInnenvereine werden fast ausschließlich von ehrenamtlichen Tätigkeiten getragen. Vereinsmitglieder engagieren sich in ihrer Freizeit, also zusätzlich zu ihrem – meist erschwerten – (Arbeits-)Alltag (Schichtarbeit etc.). VermittlerInnen-, Informations- und SprecherInnenaufgaben können daher nur in eingeschränktem (Zeit-)Ausmaß erfüllt werden, zumal gesellschaftspolitisches Engagement und Partizipation eher ein Mittelschichts- als ein Unterschichtphänomen ist und stark mit dem Bildungshintergrund und den Sprach- und Systemkenntnissen zusammenhängt.
- » MigrantInnenvereine und Religionsgemeinschaften erreichen nur einen Teil der Migrationsbevölkerung. Der Wirkungskreis von Vereinen geht zwar in der Regel über ihre eingetragenen Vereinsmitglieder hinaus, er ist aber im Vergleich zur Größe der Migrationsbevölkerung dennoch klein. Vereinzelt gibt es bereits Arbeiten zu diesem Thema²⁸, genauere Untersuchungen zur Zusammensetzung von Vereinen, der Erreichbarkeit ihrer formulierten Zielgruppen, Aufgaben etc. fehlen aber noch.

Aus diesen Einschränkungen der Möglichkeiten von MigrantInnenvereinen ergibt sich die Notwendigkeit, auch MultiplikatorInnen zu stärken, die außerhalb von Vereinen eine gewisse VermittlerInnenrolle übernehmen können. MigrantInnen werden als besonders wichtige Schlüsselfiguren genannt, es fehlt allerdings vielfach noch an aktiver Einbindung bzw. am Wissen um geeignete Ansätze.

²⁷ Näheres siehe auf der Homepage des Magistrats Linz unter <http://www.linz.at/Soziales/AIB.asp>

²⁸ Siehe zum Beispiel N. Yilmaz-Huber: Die Rolle von MigrantInnenvereinen bei der Integration. In: Manfred Oberlechner (Hrsg.): Die missglückte Integration? (Wien 2006). Siehe auch: Wiener Integrationsfonds (Hrsg.): Wiener Handbuch der Integration. Vereine, Initiativen, Gruppen (2002).

Integrationsleitbildprozess OÖ

Hintergrund und Entstehung

4.1

Zu Beginn der 1990er-Jahre forderte der Oö. Landtag aufgrund des zunehmend gegebenen Handlungsbedarfs in Fragen der Migration und Integration die Landesregierung auf, eine Stelle zur Koordination von Integrationsmaßnahmen ins Leben zu rufen. Nach einer längeren Anlaufphase wurde 2001 die Koordinationsstelle für Integration in der Abteilung Soziales des Amtes der Oö. Landesregierung eingerichtet.

Um der Integrationspolitik einen programmatischen Rahmen zu geben, fasste die Oö. Landesregierung im Dezember 2003 einen Grundsatzbeschluss zur Erstellung eines partizipativen und breit abgestützten Integrationsleitbildes für Oberösterreich. Im Mai 2004 wurde diese Idee bei einer Informationsveranstaltung einem breiten Publikum vorgestellt und positiv aufgenommen. Im März 2005 fand ein Hearing statt, bei dem die Entscheidung für die Projektleitung zugunsten Herrn Dipl.Soz.wiss. Kenan Güngör vom Büro „[difference:] Gesellschaftsanalyse. Innovation. Integration.“ (ehem. „base – Büro für Angewandte Sozialforschung und Entwicklung“) fiel.

Integrationsleitbildprozess OÖ und Projektverlauf

4.2

Erarbeitung von Wissens- und Informationsgrundlagen

Um für die Mitwirkenden am Integrationsleitbildprozess und andere an der Thematik interessierte OberösterreicherInnen eine gemeinsame Wissensgrundlage zur Verfügung stellen zu können, erarbeiteten Studierende der Studienrichtung Sozialwirtschaft des Instituts für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz innerhalb eines einsemestrigen Seminars einen Integrationsbericht OÖ. **Der Integrationsbericht OÖ 2006** stellt vor allem eine sekundär-statistische IST-Analyse zu den Themen Integration & Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit und Recht dar.

Eine wichtige Informationsgrundlage zu den integrationsrelevanten Handlungsfeldern, Aktivitäten und Perspektiven in den Gemeinden Oberösterreichs im Bereich Integration lieferte im Frühsommer 2006 die **Gemeindestudie OÖ zum Thema Integration**, die auf einer schriftlichen Befragung sämtlicher BürgermeisterInnen Oberösterreichs basiert.

Die Fachtagung „Integration ist gestaltbar“, die das Sozialressort des Landes OÖ in Kooperation mit dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz am 30. Oktober 2007 veranstaltete, war ein weiterer wichtiger Meilenstein des Integrationsleitbildprozesses OÖ. Das Ziel war die Verbindung von akademischem Wissen zu Integrationsfragen mit Erfahrungen aus der Praxis unter Einbindung von ExpertInnen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz.¹

¹ Nähere Informationen zu Tagung, Programm und Vorträge erhalten Sie bei der Koordinationsstelle Integration, Abt. Soziales, Direktion Soziales und Gesundheit, Amt der Oö. Landesregierung, und am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz. Im Sommer 2008 erscheint im Braumüller Verlag ein Tagungsband unter der Herausgeberschaft des Instituts für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz.

Regionale Einbindung

Ein zentrales Ziel und eine wichtige Herausforderung des Integrationsleitbildprozesses OÖ war die Einbindung der Bezirke und Gemeinden Oberösterreichs, um zu gewährleisten, dass das Integrationsleitbild OÖ im Ergebnis ein Leitbild für das gesamte Bundesland Oberösterreich darstellt. Zur Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen der Regionen wurden daher verschiedene Maßnahmen gesetzt:

- » Im **Lenkungsausschuss**, dem Steuerungsgremium, waren jeweils ein Vertreter des Gemeindebundes, des Städtebundes sowie der Bezirkshauptleute-Konferenz vertreten.
- » Die **Gemeindestudie OÖ** zum Thema Integration verfolgte neben den primären Untersuchungszielen (integrationsrelevante Handlungsfelder, Aktivitäten und Perspektiven in den Gemeinden Oberösterreichs im Bereich Integration) auch folgende Subziele: Sensibilisierung der Gemeinden zu integrationsrelevanten Fragestellungen, Information der Gemeinden über den Leitbildentwicklungsprozess sowie Bedarfs- und Problemformulierung der Gemeinden in Bezug auf Integration.
- » Im Herbst 2006 wurden zwölf **Regionalveranstaltungen** in den Bezirken durchgeführt, zu denen MitarbeiterInnen verschiedener Abteilungen der Bezirkshauptmannschaften, BürgermeisterInnen, VertreterInnen von Schulen, dem AMS, Volkshochschulen und NGOs aus dem Integrationsbereich eingeladen waren. Das Ziel der Veranstaltungen war die Vorstellung des Integrationsleitbildprozesses, die Diskussion der Ergebnisse der Gemeindestudie sowie das Einholen von Informationen über die jeweilige Situation in den einzelnen Regionen. Die Veranstaltungen wurden überwiegend positiv und als Unterstützung für die Arbeit vor Ort von den Teilnehmenden wahrgenommen. (Nähere Informationen siehe im Anhang.)
- » Nach Abschluss des Prozesses ist eine zweite Reihe von Regionalveranstaltungen (voraussichtlich für das zweite Quartal 2008) geplant, im Rahmen derer das Integrationsleitbild vorgestellt und die jeweilige Umsetzung vor Ort diskutiert werden soll.

Maßnahmenentwicklung unter Mitwirkung eines breiten AkteurInnenkreises

Der Integrationsleitbildprozess OÖ bestand wesentlich aus der Einbindung und Beteiligung möglichst vieler wichtiger AkteurInnen. Nur auf diese Weise war eine sinnvolle Verfolgung zentraler Ziele möglich: zum einen das Erzielen eines qualitätsvollen und praxisnahen Ergebnisses und zum anderen eine Vorbereitung der auf die Leitbilderstellung folgenden Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmenvorschläge.

Bei der Einladung zur Mitarbeit in den thematischen Arbeitskreisen wurde daher darauf geachtet, möglichst viele relevante AkteurInnen aus Politik, Verwaltung und NGOs anzusprechen. Das Echo auf die Einladungen war beachtlich, insgesamt waren **von Oktober 2006 bis Mai 2007 über 200 Personen an der Erarbeitung von operativen Maßnahmenempfehlungen beteiligt**. Es ist besonders positiv, dass viele Institutionen für die Mitarbeit gewonnen werden konnten, die sich bisher noch wenig mit Integrationsthemen auseinandergesetzt haben, hier aber eine wichtige gesellschaftliche Funktion erfüllen.

Nach der Übergabe der von den Arbeitskreisen entwickelten Maßnahmenempfehlungen nahm das Projektteam die **Zusammenführung und Redaktion des „Gesamtpaketes“** vor, um eine Vereinheitlichung von Form, Struktur und Sprache und eine inhaltliche Abstimmung zu erreichen. Während des Prozesses wurde immer wieder klar kommuniziert, dass mit einem Beschluss des Maßnahmenempfehlungspaketes durch den Lenkungsausschuss kein Automatismus der Umsetzung verbunden ist, sondern dass aufgrund der Querschnittsmaterie Integration Gespräche mit den jeweils ressortverantwortlichen PolitikerInnen, Trägern und AkteurInnen sowie die Berücksichtigung aktueller Fragen und regionaler Besonderheiten eine zentrale Rolle spielen werden.

Als notwendige Basis für die Umsetzung der operativen Maßnahmenempfehlungen wurden **gemeinsam mit den Mitgliedern des Lenkungsausschusses von Juli bis September 2007 strategische Maßnahmen für die Bereiche politische Verankerung, Öffentlichkeitsarbeit, Aufbau von Vernetzungsstrukturen, Evaluierung sowie für eine strategisch ausgerichtete Weiterentwicklung der Koordinationsstelle für Integration erarbeitet**.

Abfassung und Abstimmungsprozess

Unter der Federführung der Projektleitung wurden gemeinsam mit dem Projektteam und dem Lenkungsausschuss im Herbst 2007 die programmatischen Leitlinien des Leitbildes OÖ formuliert. Im vierten Quartal 2007 wurde der programmatisch-inhaltliche Teil mit grundlegenden Informationen zu Integrationsverständnis, Migration, Integration sowie aktuellen Entwicklungen und Perspektiven im Integrationsbereich abgefasst. Gleichzeitig wurde begonnen, erste Schritte für die Überleitung zum an den Integrationsleitbildprozess anknüpfenden Entscheidungsprozess zu setzen.

Der Beschluss des Integrationsleitbildes OÖ (Jänner 2008) durch den Lenkungsausschuss setzte den Schlusspunkt für den Gesamtprozess. Der Beschluss eröffnete aber auch gleichzeitig die erste Umsetzungsphase mit intensiven Gesprächen zu möglichen Verwirklichungen der erarbeiteten Empfehlungen in Abstimmung mit den Leitzielen und den jeweils im Laufe der Zeit variierenden Bedürfnislagen. Einen offiziellen und feierlichen Abschluss fand der Integrationsleitbildprozess OÖ mit der Abschlussveranstaltung im April 2008.

Anmerkungen zur Umsetzung

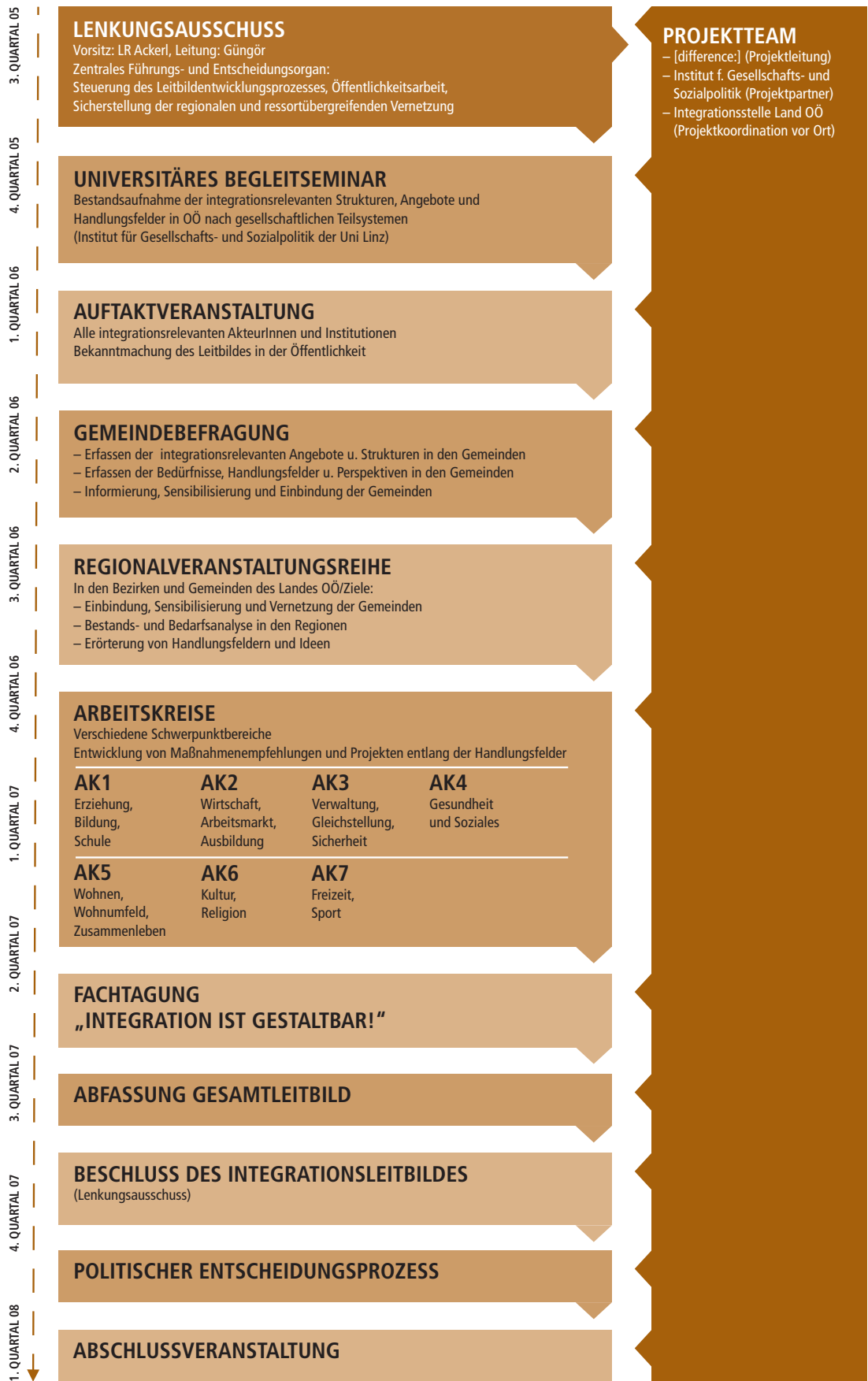
4.3 Das Integrationsleitbild OÖ ist als Orientierung und Aufforderung für eine bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Integrationspolitik zu sehen. Die Umsetzung des Integrationsleitbildes hängt von vielen Faktoren ab und kann daher nicht linear, gesamthaft und automatisch erfolgen, sondern muss in jedem Fall flexibel auf gesellschaftliche Veränderungen, etwaige geänderte Bedarfslagen und neu auftretende Fragestellungen reagieren.

Vor dem Hintergrund der Vielschichtigkeit des Themenfeldes Integration bedarf es zur Umsetzung sowohl verschiedener Träger, Fördergeber und AkteurInnen als auch unterschiedlichster Aktivitäten und Prozesse. Diese können etwa Strukturänderungen, Initiativen und Entwicklungen innerhalb von Institutionen, verschiedenste Kooperationsformen, Orientierung bei Projektplanungen und Förderentscheidungen etc. umfassen. Eine Umsetzung des Integrationsleitbildes OÖ ist daher als Herausforderung und Aufgabe des gesamten Bundeslandes und nicht nur einzelner Ressorts der Landesverwaltung zu verstehen.

Zentrale Bedeutung für eine nachhaltige Umsetzung des Integrationsleitbildes OÖ kommt dabei den in den strategischen Maßnahmen berücksichtigten Fragestellungen zu. Es benötigt politisches Commitment, zentrale strategische vernetzende und koordinative Strukturen – und den zielgerichteten Einsatz von Personal- und Finanzressourcen, um eine nachhaltige Gültigkeit zu gewährleisten.

Projektstruktur/Organigramm

4.4



30 Ergebnisse und Wirkungsebenen

4.5 Bei der Integrationsleitbilderarbeitung stand neben dem Endprodukt, dem Leitbild selbst, vor allem auch der Entwicklungsprozess im Zentrum. Der Integrationsleitbildprozess OÖ wurde daher strukturell und thematisch so konzipiert, dass die Bedeutung von Integration als gesamtgesellschaftliche Materie im Vordergrund stand. **Die Gewinnung von AkteurInnen, Sensibilisierung, Information, Vernetzung und Sicherung der Akzeptanz der Beteiligten bei gleichzeitiger Einbindung verschiedener Interessen und Meinungen wurden als zentrale Anliegen des Prozesses verstanden** und es wurden entsprechende Schritte zur Erreichung dieser Ziele gesetzt.

Durch die Mitwirkung gesellschaftlicher AkteurInnen in den Gremien des Integrationsleitbildprozesses, eine intensive Kooperation zwischen Landesverwaltung und Universität Linz, Veranstaltungen in den Bezirken und eine der Öffentlichkeit zugängliche Fachtagung mit ExpertInnen aus dem deutschsprachigen Raum war über den gesamten Prozess hinweg eine sehr große Zahl von Oberösterreichern am Integrationsleitbildprozess OÖ beteiligt. Dem Aspekt der Einbeziehung der Regionen kam dabei während des gesamten Prozesses eine wichtige Bedeutung zu.

Im Rahmen einer begleitenden Informations- und Öffentlichkeitsarbeit wurden Pressekonferenzen zu den „Meilensteinen“ des Prozesses organisiert, Präsentationen und Diskussionen auf Anfrage durchgeführt, Artikel verfasst und zahlreiche schriftliche Anfragen bearbeitet. Diese Bemühungen wurden von vielen am Prozess beteiligten MultiplikatorInnen in ihrem jeweiligen Umfeld in Gremien, informellen Gesprächen und bei offiziellen Veranstaltungen verstärkt. Der Pressespiegel zum Integrationsleitbildprozess gibt einen Überblick über Artikel unterschiedlichster AutorInnenschaft in Zeitungen, Fachzeitschriften und Informationsblättern.

Vernetzungsprozesse und Stärkung von AkteurInnen

Die Initiierung eines Integrationsleitbildprozesses und das damit verbundene Signal, dass seitens des Landes verstärkte Bemühungen um eine gelingende Integration gesetzt werden sollen, wurden von den Mitwirkenden in Bezug auf das Endergebnis des Prozesses begrüßt. In den Arbeitskreisen und bei den während des Prozesses stattgefundenen Veranstaltungen wurden unterschiedliche Standpunkte, Probleme und Lösungsansätze teilweise sehr intensiv diskutiert. Dennoch wurde mehrheitlich bei den Beteiligten eine Haltung sichtbar, die von einer aktiven Gestaltbarkeit von Integration ausgeht und den Spielraum des/der Einzelnen betont.

Den Alltag vieler Mitwirkenden prägt nach eigener Aussage die Erfahrung, sich ohne wirkliche Unterstützung durch das Umfeld für sachbezogene und potentialorientierte Integrationsmaßnahmen einzusetzen. Mehrfach wurde daher im Zuge des Integrationsleitbildprozesses das positive Erstaunen beschrieben, „MitsreiterInnen“ gefunden zu haben. In mehreren Bezirken stellten die Teilnehmenden an den Regionalveranstaltungen den Bedarf fest, sich häufiger in dieser Zusammensetzung zu treffen. Einige dieser neuen Allianzen entfalten bereits vor Abschluss des Integrationsleitbildprozesses vielfältige Wirkungen. In einzelnen Fällen sind ganz konkrete Kooperationen bei neuen Projekten oder Veranstaltungen zu beobachten.

Des Weiteren zeichnete sich bei den Arbeitskreisen zudem eine graduelle Auflösung der vorhandenen Denkmuster in isolierten Kategorien von Berufsgruppen bzw. entlang der Dichotomie Regelsysteme und NGOs ab. Im Zuge teils intensiver Diskussionen und durch das gemeinsame Ziel der Erarbeitung von Maßnahmenempfehlungen entstand schließlich in vielen Fällen Verständnis für unterschiedliche Strukturen und Aufgaben. **Das Kennenlernen von Ansprechpersonen aus den verschiedensten Institutionen, Organisationen und Vereinen wurde als gewinnbringend für den eigenen Arbeitsalltag bewertet.**

Der begonnene Wissens- und Vernetzungsprozess wird auf Wunsch der Beteiligten weitergeführt. Die Koordinationsstelle für Integration (Abteilung Soziales, Direktion Soziales und Gesundheit, Amt der Oö. Landesregierung) verwaltet verschiedene E-Mail-Verteilerlisten, an welche Ankündigungen von Veranstaltungen und Hinweise zu Informationsmaterial ausgesandt werden können. Auf diese Weise werden auch weiterhin Austausch und informelle Gespräche zwischen unterschiedlichen Institutionen ermöglicht.

Begonnener Prozess der Weiterentwicklung der Integrationsstelle des Landes OÖ

Von dem beschriebenen Wissensaustausch und dem begonnenen Vernetzungsprozess profitierte natürlich auch die Koordinationsstelle für Integration in der Abteilung Soziales, Direktion Soziales und Gesundheit, Amt der Oö. Landesregierung. Das Wissen aus den im Zuge des Prozesses erarbeiteten Studien und Informationen aus den Diskussionen der Arbeitskreise und aus den zahlreichen Veranstaltungen soll in der täglichen Arbeit umgesetzt werden und zur Weiterbildung der MitarbeiterInnen in den Integrationsstellen beitragen.

Beobachtbar ist zudem ein gesteigener Bekanntheitsgrad der Koordinationsstelle für Integration des Landes OÖ. Inhaltliche Anfragen, aber auch Förderansuchen nahmen deutlich zu, zusätzlich gewinnen die Aspekte Koordination und strategische Entscheidungen an Bedeutung. Der Prozess der Weiterentwicklung steht allerdings erst am Anfang und bedarf zukünftig auch struktureller Änderungen (s. Teil B – Strategische Maßnahmenempfehlungen).

Klärung der Faktoren gelingender Integrationspolitik in Oberösterreich

Ein zentrales Ziel des Integrationsleitbildes OÖ ist die Schaffung einer gemeinsamen Basis in Bezug auf die angestrebte Entwicklung von Integration in Oberösterreich und die Klärung der Faktoren einer gelingenden Integrationspolitik. Dies betrifft wissenschaftlich fundiertes Wissen zu Integrationsdimensionen und -prozessen, themenspezifischen Fragestellungen und rechtlichen Grundlagen ebenso wie Informationen über vorhandene Integrationsangebote und -akteurInnen.

Der durch die Mitwirkenden des Integrationsleitbildprojektes bereits begonnene Prozess (wie oben beschrieben) muss, soll er gelingen, weiterhin fortgesetzt werden. **Eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre stellt die Erreichung einer breiteren Öffentlichkeit dar.** Entscheidende Bedeutung hat dabei auch die Art und Weise, wie über Migration und Integration gesprochen wird. Das Integrationsleitbild OÖ bezieht hier klar Stellung und steht für einen positiven und konstruktiven Umgang mit Vielfalt und Differenz.



Maßnahmen- empfehlungen

zum Integrationsleitbild OÖ

Grundsätzliche Überlegungen und Hintergrund

Bedarfsorientierter Ansatz nach dem Gleichheits- und Befähigungsprinzip

Den Ausgangspunkt für die im Rahmen des Leitbildes unter breiter Mitwirkung der relevanten AkteurInnen erarbeiteten Maßnahmen bildet die Analyse der migrations- und integrationsbedingten Herausforderungen und Chancen. **Grundlegend gilt dabei das Gleichheitsprinzip, die Bedarfsorientierung und der Befähigungsansatz: Mit diesem Ansatz werden die Zielgruppen nicht mehr über ethnische, sondern über soziale und strukturelle Kriterien wie zum Beispiel soziale Benachteiligung oder Desintegration bestimmt.** Diese Haltung erlaubt eine Ent-Ethnisierung und somit auch eine sachliche und transparente Begründung, wo und wie Handlungsbedarf geortet wird. Gleichmaßen angesprochen sind somit nicht nur Zugewanderte, sondern alle Gruppen, die Diskriminierung oder Desintegration erfahren.

Mit dem Fokus auf die strukturelle Dimension kann in einem ersten Schritt objektiv und transparent danach gefragt werden, welche Zielgruppen in einem bestimmten Bereich wie zum Beispiel der Schule benachteiligt sind bzw. schlechtere Chancen haben. **In den Blick geraten damit nicht nur Teile der Migrationsbevölkerung, sondern auch benachteiligte Gruppen der Mehrheitsbevölkerung.** Auch wenn der Fokus bei diesem bedarfsorientierten Ansatz auf Menschen mit Migrationshintergrund liegt, wird es somit möglich, die Maßnahmen so anzulegen, dass betroffene Teile der „einheimischen“ Bevölkerung auch einbezogen werden können. Je nach Handlungsfeld und erarbeitetem Maßnahmenvorschlag kann eine genauere Differenzierung nach einzelnen Zielgruppen sinnvoll sein, beispielsweise nach älteren Menschen, MigrantInnen, MultiplikatorInnen mit spezifischen muttersprachlichen Kenntnissen oder Berufsausbildungen. Umgekehrt bewegen sich einige Maßnahmenempfehlungen rund um Fragestellungen, wo allgemeiner Handlungsbedarf besteht und Migrationsbelange „nur“ eines zusätzlichen professionellen Augenmerks bedürfen (z.B. Jugendarbeitslosigkeit).

Zielgruppen

Nicht nur in sozialer, sprachlicher, kultureller und religiöser Hinsicht stellen Zugewanderte eine sehr heterogene Zielgruppe dar, sondern vor allem auch rechtlich. Für das Integrationsleitbild OÖ sind vor allem Menschen mit Migrationshintergrund die primäre Zielgruppe, deren Aufenthalt in Österreich bereits verfestigt ist, bzw. Personen mit einer langfristigen Niederlassungsperspektive: österreichische StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund der ersten und zweiten Generation, Asylberechtigte (= anerkannte Flüchtlinge) und AusländerInnen, insbesondere Drittstaatsangehörige (= Nicht-EU-BürgerInnen), mit einem verfestigten bzw. absehbar sich verfestigenden Aufenthaltsstatus.

Nicht vorrangig zu den Zielgruppen zählen AsylwerberInnen, Saisoniers und ausländische Studierende, da für diese Personengruppen gilt, dass die Frage eines langfristigen Aufenthalts in Österreich ungeklärt bzw. der Aufenthalt per Gesetz auf eine bestimmte Zeit beschränkt ist. Übergangsfragen, insbesondere im Asylbereich, berühren jedoch in vielen Fällen Integrationsbelange und sollten daher im Rahmen von Integrationsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Breite Einbindung wichtiger AkteurInnen bei der Maßnahmenentwicklung

Ein zentrales Element bei der Konzeption des Integrationsleitbildprozesses OÖ war und ist die möglichst breite Einbindung wichtiger AkteurInnen, da nur auf diese Weise einerseits ein qualitätsvolles, praxisnahes Ergebnis erzielt und andererseits die nach der Leitbilderstellung geplante Umsetzung der zu erarbeitenden Maßnahmenvorschläge gesichert werden kann.

Bei der Entwicklung von Maßnahmenvorschlägen wurden daher möglichst viele relevante Institutionen zur Mitwirkung eingeladen. Eine Einbindung einer möglichst hohen Zahl an ExpertInnen mit Migrationshintergrund war den Projektverantwortlichen dabei ein besonderes Anliegen. In sieben thematischen Arbeitskreisen (Bildung, Erziehung, Schule – Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Ausbildung – Verwaltung, Gleichstellung, Partizipation, Sicherheit – Gesundheit, Pflege und Versorgung – Wohnen, Wohnumfeld, Zusammenleben – Kultur, Religion – Freizeit, Sport) führten insgesamt über 200 ExpertInnen eine IST- und SOLL-Analyse für die einzelnen Bereiche durch und entwickelten auf diesen Ergebnissen aufbauend konkrete Maßnahmenempfehlungen (Liste der Mitwirkenden im Anhang). Die erarbeiteten Maßnahmenempfehlungen machen in ihrer thematischen Vielfalt deutlich, wie sehr Integration als Querschnittsmaterie in jedem Aspekt gesellschaftlichen Lebens eine Rolle spielt.

Ergebnisse und Umsetzungsmöglichkeiten

Neben dem vorliegenden Maßnahmenempfehlungskatalog kann der entstandene Informations- und Vernetzungsprozess, dessen positive Wirkung bereits an vielen Stellen sichtbar wird, als ein wichtiger und gewünschter Zusatznutzen der Tätigkeit der Arbeitskreise gesehen werden.

Die Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen wird im Einzelnen von vielen Faktoren abhängen: von aktuellen Entwicklungen, regionalen Besonderheiten und Bedarfslagen, Einbindung und Anpassung vorhandener Strukturen, konkreten Kooperationen, Vereinbarungen zwischen Trägern u.a. Seitens des Lenkungsausschusses, dem Steuerungsgremium des Integrationsleitbildprozesses, sowie seitens der Arbeitskreisleitungen werden insbesondere jene Maßnahmen als prioritär betrachtet, die die Grundlage für die Umsetzung weiterer Maßnahmen bilden, ein ausgezeichnetes Aufwand-Ertrags-Verhältnis aufweisen bzw. eine starke Signalkraft haben.

Übergeordnete strategische Maßnahmen

2.0

Für die erfolgreiche Implementierung einer gesamtgesellschaftlich ansetzenden Integrationspolitik in Oberösterreich bedarf es neben der klaren inhaltlich-programmatischen Ausrichtung und den operativen **Maßnahmen übergeordneter strategischer Maßnahmen und Weiterentwicklungen, welche erst die Voraussetzungen für eine abgestimmte Umsetzung umfassender Integrationsmaßnahmen schaffen**. Dabei gilt für alle Maßnahmenvorschläge und strategische Überlegungen, dass die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern im Sinne des Gender-Mainstreamings zu berücksichtigen sind.

Im Integrationsleitbild OÖ werden daher Maßnahmenvorschläge für eine strategische Weiterentwicklung der Integrationspolitik in Oberösterreich formuliert, die darauf abzielen:

- » Integration als Querschnittsmaterie zu verankern und die jeweilige Verantwortung der einzelnen zuständigen Stellen sichtbar zu machen
- » eine systematische Koordination, Qualitätssicherung und Innovation von Integrationsmaßnahmen zu ermöglichen
- » vorhandene Strukturen zu vernetzen und zu stärken
- » den Informations- und Kommunikationsbedarf der verschiedenen Gruppen innerhalb von Einheimischen und innerhalb von Zugewanderten zu decken

Bekenntnis zu und Leadership für eine gesamtgesellschaftliche Integrationspolitik seitens der Politik

2.1

Ein klares Bekenntnis zu einer aktiven, gesamtgesellschaftlich ansetzenden Integrationspolitik seitens der Politik bedeutet, ein sichtbares Zeichen für ein anderes, differenziertes und inkludierendes Denken und Reden über das Zusammenleben zu setzen. **Unter der Voraussetzung einer grundsätzlichen Anerkennung der Leistung, die Zugewanderte wie auch die Zuwanderungsgesellschaft erbringen, kann ein integrationsfreundliches Klima geschaffen werden, das die Minderheits- wie auch Mehrheitsbevölkerung ermuntert, sich für eine gemeinsam gedachte Zukunft einzubringen.**

Pauschalisierungen, Doppelbotschaften, Kriminalisierungs- und Ausgrenzungssemantiken, wie sie gegenwärtig vielfach politisch und auch medial betrieben werden, verstärken einerseits Ressentiments, Vorurteile und ablehnende Haltungen der ÖsterreicherInnen, und können andererseits dazu führen, dass sich weite Gruppen innerhalb der Migrationsbevölkerung ausgeschlossen fühlen und sich von der Mehrheitsgesellschaft entfernen. Ein solches Klima verstärkt die interethnischen Ab- und Ausgrenzungsmechanismen und bestärkt die wechselseitigen Ängste und Schuldzuschreibungen – was wiederum weitere desintegrierende Effekte nach sich zieht. Erst auf der Grundlage einer allgemeinen Wertschätzung ist ein konstruktiv-kritischer Diskurs über die verschiedenen Chancen, Probleme und Potentiale, die mit Zuwanderungs- und Integrationsprozessen einhergehen, fruchtbringend möglich.

Mit dem Integrationsleitbild sind die politischen Kräfte auf Landes-, Regional- und Kommunalebene in ihrer Verantwortung gefordert, Integrationsprozesse konstruktiv zu stützen. Es gilt, mit der Verbindlichkeit des Leitbildes für das Land OÖ zielführend zusammenzuarbeiten und den zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum aktiv zu nutzen. Somit könnte auch die Vielzahl von AkteurInnen und Trägern aus dem zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Bereich in Oberösterreich, die sich – beruflich und insbesondere auch ehrenamtlich – für das Zusammenleben von Einheimischen und ZuwanderInnen einsetzen, in ihrer Arbeit gestützt und die Wirksamkeit der Maßnahmen erhöht werden.

Weiterentwicklung der Koordinationsstelle für Integration als Förder-, Wissens- und Kompetenzzort

2.2

Ein steter Lernprozess, die Entwicklung neuer (auf regionale Gegebenheiten abgestimmter) Handlungskonzepte, die Initiierung struktureller Weiterentwicklungen und die Koordination von Projekten bilden die strategische Grundlage für die Wahrnehmung der vielfältigen Aufgaben, mit denen die Koordinationsstelle für Integration des Landes OÖ konfrontiert ist.

Erwartungen hinsichtlich bzw. der Bedarf von verstärkter Koordination, Information und Vernetzung in Integrationsfragen äußert sich in den einzelnen Bereichen in ganz konkreten Fragestellungen, für die je nach vorhandenen Ressourcen und Strukturen individuelle Lösungen gefunden werden müssen. Grundsätzlich geht es vielfach darum, von bereits entwickelten Projekten zu lernen bzw. neue Lösungsansätze zu entwickeln, Wissen aus relevanten Studien u.Ä. zugänglich zu machen und AkteurInnen miteinander zu vernetzen. Zudem müssen begleitende Maßnahmen im Bereich Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit gesetzt werden, um alle Anstrengungen nachhaltig zu fördern.

Die 2001 eingerichtete Koordinationsstelle für Integration in der Abteilung Soziales, Direktion Soziales und Gesundheit, Amt der Oö. Landesregierung, nimmt einen Teil dieser Aufgaben wahr, wobei der Schwerpunkt gegenwärtig auf der Abwicklung des Förderwesens im Integrationsbereich liegt. **Um den an sie gestellten aktuellen Anforderungen gerecht werden zu können, bedarf es einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Koordinationsstelle für Integration des Landes OÖ** in mehrfacher Hinsicht:

- a. *Profiliertere strategische Positionierung*
Die Verankerung von Integration als Querschnittsmaterie in den Regelsystemen ist ein zentrales Ziel moderner Integrationspolitik. Die für Entscheidungen notwendigen Sensibilisierungs- und Sondierungsgespräche setzen voraus, dass die Koordinationsstelle für Integration nicht nur als fachliche Expertin auftreten kann, sondern auch mit entsprechenden funktionellen Kompetenzen seitens der Landesverwaltung ausgestattet ist. Eine Erweiterung des Handlungsspielraums der Koordinationsstelle für Integration durch eine profiliertere, strategische Positionierung trägt dazu bei, dass auf aktuelle Problemstellungen rasch reagiert werden kann und Ressourcen, die bisher aufgrund komplexer Entscheidungsprozesse gebunden sind, anderweitig eingesetzt werden können.
- b. *Entwicklung zu einem Förder-, Wissens- und Kompetenzzort*
Das Sozialressort des Landes OÖ fördert eine Vielzahl an Projekten und unterstützt Träger im Integrationsbereich in ihrer Arbeit. Die Prüfung der Projektanträge, die Abwicklung der Förderungen und die Kontrolle der bewilligten Mittel führt die Koordinationsstelle für Integration, Abteilung Soziales, Direktion Soziales und Gesundheit, Amt der Oö. Landesregierung, durch. Ergänzend dazu wurde begonnen, die Entwicklung zu einer umfassenden Anlaufstelle für Integrationsfragen voranzutreiben. Zukünftig sollen die Bereiche Informationsmanagement, Vernetzung und Entwicklung neuer Handlungskonzepte an Gewicht gewinnen und die Koordinationsstelle soll zu einem Förder-, Wissens- und Kompetenzzort weiter ausgebaut werden.
- c. *Ausreichend personelle Ressourcen*
Die derzeit vorhandenen Personalressourcen der Koordinationsstelle für Integration (3,5 Personaleinheiten) orientieren sich nicht im notwendigen Maße an den aktuellen Anforderungen einer koordinierenden Integrationspolitik für das gesamte Bundesland Oberösterreich. Die Wahrnehmung der beschriebenen vielfältigen Aufgaben und das Vorantreiben der Umsetzung des Katalogs an operativen Maßnahmenempfehlungen kann nur gewährleistet werden, wenn zusätzliche Personaleinheiten mit entsprechenden Qualifikationen (s. unten) geschaffen werden.

d. *Inhaltliche Anpassung und qualitative Weiterentwicklung des Anforderungsprofils für MitarbeiterInnen*

Das Anforderungsprofil für MitarbeiterInnen der Integrationsstelle wurde bisher vor allem vom Schwerpunkt des Förderbereichs bestimmt. Entsprechend den zunehmenden Aufgaben in den Bereichen Koordination, Vernetzung, Sensibilisierung und Promoting bedarf es einer strategischen Personalplanung – sowohl hinsichtlich einer inhaltlichen Anpassung von Anforderungsprofilen für zukünftige MitarbeiterInnen als auch hinsichtlich einer kontinuierlichen Weiterbildung für die bestehenden MitarbeiterInnen.

e. *Sicherstellung entsprechender finanzieller Ressourcen*

In eine präventive, proaktive und gesamtgesellschaftlich ansetzende Integrationspolitik zu investieren bedeutet auch, entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen und diese bedarfs- und wirkungsoptimiert einzusetzen. Eine frühzeitige Investition in Integrationsmaßnahmen bedeutet zugleich auch eine Reduktion der ökonomischen und sozialen Folgekosten einer nicht gelungenen Integration, die um ein Vielfaches höher sind.

Proaktive, zielgruppenorientierte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

2.3

Integration ausländischer Zugewanderter ist vielfach ein „Bauchthema“, das abseits von sachlichen Differenzierungen stark emotional diskutiert wird. Verallgemeinerungen, Zuschreibungen und falsche Informationen führen seitens der Einheimischen und Zugewanderten zu Ressentiments und prägen das falsche Bild zweier sich gegenüberstehender homogener Gruppen. **Die Aufgabe einer proaktiven und zielgruppenorientierten Öffentlichkeitsarbeit muss es daher sein, eine Versachlichung von Integrationsdebatten sowie eine Sensibilisierung für Migrations-, Integrations- und Diskriminierungsfragen mittels vielfältiger Kommunikationsformen herbeizuführen.**

Maßgeblich dabei ist, die zu setzenden Maßnahmen auf den jeweiligen Wissens- und Erfahrungshorizont der diversen Zielgruppen abzustimmen. Zielgruppen sollten demnach nicht nur als „Einheimische“ und „Zugewanderte“ definiert werden: Erst eine genauere Differenzierung (z.B. nach Alter, politischer Einstellung, Bildungsniveau, ländlichem/städtischem Umfeld) trägt zur Effizienz eines möglichst breit ausgerichteten und dauerhaft angelegten Konzepts bei. Neben der verstärkten Nutzung bereits vorhandener Informationskanäle wird die Suche nach neuen Kommunikationsformen eine zentrale Aufgabe sein.

Ein wichtiger Schritt hin zu einer verstärkten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit wird das in Planung befindliche Wissensportal für Migrations- und Integrationsfragen im Internet darstellen. Mit Hintergrundwissen zu den Themen Migration und Integration sowie mit Informationen zu Integrationsangeboten, Good Practice Beispielen und AnsprechpartnerInnen aus den jeweiligen Bereichen (auch auf regionaler Ebene) würde nicht nur ein vielfach geäußerter Informationsbedarf gedeckt, sondern auch die Vernetzung von AkteurInnen und Trägern gefördert und unterstützt werden.

WISSENSPORTAL FÜR MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSFRAGEN IN OBERÖSTERREICH

KURZBESCHREIBUNG:	Themenfelder: Aufenthalt, Beschäftigung, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Freizeit, Politisches System, Sicherheit inkl. Verlinkung zu Gesetzestexten, Studien ...
	Zentrale und regionale Kontaktadressen: Erstanlaufstellen, Beratungseinrichtungen (öffentliche Stellen, NGOs), Deutschkursanbieter
	Übersetzung maßgeblicher Informationen in die Sprachen der größten MigrantInnengruppen (im Idealfall: Türkisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Englisch, Arabisch, Spanisch, Russisch, Französisch)
	Für ein Informationsportal mit möglichst hoher Qualität ist vor allem die Zusammenarbeit mit relevanten Stellen entscheidend, um die Richtigkeit der bereitgestellten Informationen, eine laufende Aktualisierung sowie die Qualität der Übersetzungen sicherzustellen.
ZIELGRUPPE:	Verwaltungspersonal mit hohem Anteil an MigrantInnen als KundInnen, NGOs, MultiplikatorInnen, Beratungsstellen, MigrantInnen und sonstige Interessierte

AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE:	<ul style="list-style-type: none"> » Klärung von Verantwortung und Kooperationsformen: Es ist zu überlegen, die Erstellung und Wartung des Informationsportals an eine Stelle/Einrichtung/Firma außerhalb der Landesverwaltung zu vergeben, da diese flexibler auf Entwicklungen reagieren kann. Geeignete Kooperationsformen zwischen den einzelnen Trägern (u.a. Koordinationsstelle für Integration, Land OÖ) sind jedenfalls zu entwickeln. » Zusammenstellung der Informationen: Welche Informationen werden benötigt? Wie sollen diese aufbereitet werden? (gelungenes Beispiel: okay-line des Bundeslandes Vorarlberg) » Übersetzungen » Design, Entwicklung einer EDV-Lösung (Datenbank, Server ...) » Praktische Erprobung und Einführung » Öffentlichkeitsarbeit u.a. Rundbrief an relevante Träger/AkteurInnen » Laufende Aktualisierung
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN:	<p>Inhaltliche, technische, politische Verantwortung zu klären Land OÖ oder im Auftrag des Landes Informationsbereitstellung durch Abteilungen der Landesverwaltung, Bezirkshauptmannschaften, NGOs u.a.</p>
ZEITRAHMEN	Errichtung der deutschen Fassung inkl. Übersetzungsarbeiten ca. 1 Jahr, Aktualisierungsarbeiten
RESSOURCENBEDARF	<p>Hardware/Software, Personal (Technik, Design, Koordination, Informationsaufbereitung u.a.), Übersetzungskosten Für laufende Aktualisierungen ist bei der angegebenen Größenordnung mit mind. 0,5 Personaleinheiten zu rechnen</p>

Ständige Landesintegrationskonferenz

2.4

Eine entscheidende Wirkungsebene des Integrationsleitbildprozesses, die von Mitwirkenden als durchwegs positiv wahrgenommen wurde, betrifft den Austausch zwischen VertreterInnen unterschiedlichster Institutionen, den wechselseitigen Wissenszuwachs und das Kennenlernen von Ansprechpersonen für jeweils relevante Themenbereiche.

Der bereits begonnene Vernetzungsprozess soll weitergeführt und im Rahmen einer ständigen Landesintegrationskonferenz verankert werden. VertreterInnen der Politik, der Verwaltung, der MigrantInnen, der Interessensvertretungen, der im Bereich Integration tätigen NGOs sowie sonstiger wichtiger Träger tauschen sich in diesem Gremium in regelmäßigen Abständen über aktuelle Fragen aus. Die Mitglieder der Konferenz berichten von Entwicklungen in ihren Bereichen und beraten über gemeinsame Aktivitäten für spezifische Problemstellungen.

Neben dem allgemeinen Informationsaustausch steht also bei den Sitzungen der Landesintegrationskonferenz die Bearbeitung ganz konkreter Handlungsbereiche im Vordergrund. Als Voraussetzung für diese Aufgabe steht das Gremium mit Unterstützung der Koordinationsstelle für Integration in laufendem Kontakt mit den geplanten Bezirksplattformen und dem landesverwaltungsinternen Netzwerk für Integration. Auf diese Weise wird gesichert, dass die Landesintegrationskonferenz über alle relevanten Entwicklungen im Integrationsbereich in Oberösterreich informiert ist und gegebenenfalls auf Veränderungen und aktuelle Problemstellungen reagieren kann.

Idealerweise findet zudem alle zwei Jahre auf Initiative des Gremiums eine Evaluierung der Integrationspolitik und der Umsetzung des Integrationsleitbildes des Landes OÖ statt (in Form eines Berichts und/oder einer Veranstaltung), deren Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Landesverwaltungsinternes Netzwerk für Integration

2.5

Integrationsrelevante Fragen betreffen unterschiedlichste Themenbereiche des Lebens: Aufenthalt, Wohnen, Arbeit, Gesundheit, soziale Unterstützung, Bildung etc. Integration ist daher nicht Aufgabe einer einzigen Stelle der Verwaltung, sondern muss als Querschnittsmaterie in allen relevanten Abteilungen verankert werden.

Angesichts der wachsenden Gruppen von KundInnen mit Migrationshintergrund stehen die Regelsysteme vor der Herausforderung, sich eigenverantwortlich und aktiv der eigenen Weiterentwicklung zu widmen, um dem formulierten Anspruch eines kundInnenorientierten Dienstleistungsapparats gerecht zu werden.

Maßnahmen können und sollen auf verschiedenen Ebenen gesetzt werden, wobei ein Veränderungsschritt auf einer Ebene jeweils auf allen drei Ebenen wirkt:

- a. *programmatisch-prozessorientierte Ebene*
Die Verankerung von Integration als Querschnittsmaterie bedarf eines Prozesses nach dem Prinzip des Top-Down-Ansatzes. Hinsichtlich des Erfolgs der interkulturellen Öffnung der Verwaltung bedeutet dies, dass die Entscheidung für einen dementsprechenden Entwicklungsprozess von oberster Verwaltungsebene getroffen und von den einzelnen AbteilungsleiterInnen getragen werden muss.
- b. *organisatorisch-strukturelle Ebene*
In organisatorisch-struktureller Hinsicht empfiehlt das Integrationsleitbild OÖ für die Landesverwaltung als ersten Schritt die **Einrichtung eines landesverwaltungsinternen Netzwerkes**. Dieses ermöglicht einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen den Abteilungen der Landesverwaltung und schafft bei Bedarf die Möglichkeit zur gemeinsamen Erarbeitung von abteilungsübergreifenden Lösungen. Als Mitglieder des Netzwerkes sollen EntscheidungsträgerInnen der einzelnen Abteilungen gewonnen werden, die bei ihrer Tätigkeit von einer fachgerechten Koordination und Moderation (z.B. seitens der Koordinationsstelle für Integration) unterstützt werden, um den unmittelbaren und kontinuierlichen Nutzen für die Mitwirkenden auf einem hohen Niveau zu halten.
- c. *personelle Ebene*
Neben der verstärkten Berücksichtigung von Qualifikationen, die Personen mit Migrationserfahrung als Verwaltungspersonal einbringen können, ist der Aus- und Fortbildung von bestehenden MitarbeiterInnen in sprachlicher und interkultureller Hinsicht ein verstärktes Augenmerk zu schenken (s. auch Maßnahmenempfehlungen „Verstärkung der Diversitätskompetenz in der Verwaltung“ und „Schulungsmaßnahmen für Verwaltungspersonal“).

Regionale Bezirksplattformen für Integration

2.6

Oberösterreich weist im Vergleich zu anderen Bundesländern eine hohe Zahl an speziellen integrationsfördernden Stellen in den einzelnen Regionen auf. Diese Einrichtungen (v.a. Integrationsbüros, Integrationszentren und regelmäßige Sprechstage von Caritas, Volkshilfe und dem Verein migrare) werden vom Land OÖ finanziell gefördert und stellen einen großen Vorteil für aktuelle und zukünftige regionale Integrationsmaßnahmen dar. Gleichzeitig liegt eine Chance in der von mehreren Bezirkshauptmannschaften geäußerten Bereitschaft, mit entsprechender Unterstützung verstärkt als Drehscheibe für Integrationsfragen in den Regionen zu agieren.

Diese Ressourcen sollen in Form von geeigneten Gremien genutzt werden, nämlich in Form von **regionalen Bezirksplattformen, deren Mitglieder (Träger und AkteurInnen in integrationsrelevanten Bereichen) von der Vernetzung und vom Informationsaustausch profitieren und selbst wiederum als MultiplikatorInnen in ihren jeweiligen Bereichen wirken**.

In einem zu erarbeitenden Grundkonzept werden die Funktionen, Aufgaben und der einzuladende Kreis von Mitwirkenden (z.B. VertreterInnen von Bezirkshauptmannschaften, Gemeindevorständen, MigrantInnenvereinen, Kindergärten, Schule, AMS-Regionalstellen, Erwachsenenbildungseinrichtungen) beschrieben und Hilfestellungen für Fragen der Aufbauarbeit und Vernetzung mit anderen Trägern und Netzwerken gegeben. Je nach regionalen Gegebenheiten (MigrantInnenanteil, Infrastruktur, Konjunktur, Anteil an AkteurInnen und bereits vorhandenen Netzwerken, lokalen Problemstellungen etc.) kann dieses Konzept von den regionalen Verantwortlichen angepasst und spezifiziert werden.

Als Aufgaben des Landes OÖ werden das Vorantreiben der Konzeptentwicklung, die Unterstützung bei der jeweiligen Aufbau- und Sondierungsarbeit sowie später der laufende Informationsaustausch mit den Plattformen gesehen. In einer ersten Phase sollen in zwei/drei Modellregionen entsprechende Plattformen geschaffen werden. Für die Wahl wird sowohl der Bedarf vor Ort als auch das Potential von lokalen AkteurInnen entscheidend sein.

Auf Gemeindeebene wurde im Rahmen des Integrationsleitbildprozesses OÖ angeregt, in Gemeinden mit einem erhöhten MigrantInnenanteil Integrationsausschüsse einzurichten bzw. eine andere Form der spezifischen Verankerung von Integrationsfragen zu wählen (s. Maßnahmenempfehlung „Verankerung der Integrationsthematik auf Gemeindeebene“). Mit der Oö. Gemeindeordnungsnovelle 2007 wurde dieser Vorschlag bereits Gesetzesmaterie: Es ist nun mehr festgelegt, dass Integrationsangelegenheiten auf

Gemeindeebene in Zukunft zum Aufgabengebiet eines Ausschusses zählen müssen. Aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit der Gemeinden ist allerdings kein eigener Pflichtausschuss für jede Gemeinde vorgeschrieben.¹

Monitoring, Controlling und Evaluierung

2.7

Monitoring von Integration ist ein relativ junges Feld, da zum einen das Bewusstsein um die Notwendigkeit einer aktiven Steuerung von Integrationspolitik erst in den letzten zehn Jahren gewachsen ist und zum anderen Integration als fortlaufender Prozess schwer in Zahlen abgebildet werden kann. Zudem stellen sich für die einzelnen Dimensionen von Integration (strukturell, sozial, kulturell, identifikatorisch) jeweils andere Fragen.

Gegenwärtig gibt es jedoch in zunehmendem Maße **Bemühungen auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene, Kennzahlen und Mechanismen zu entwickeln, um Integrationsprozesse besser beobachten und Maßnahmen effizient auf den konkreten Bedarf abstimmen zu können**. Dabei setzt sich die Erkenntnis durch, dass mit Statistiken zur Staatsbürgerschaftsverteilung nur ein Teil der Migrationsbevölkerung abgebildet wird. Je nach Bereich werden daher bereits vereinzelt kombinatorische Erhebungen durchgeführt – nach Aufenthaltsstatus, Umgangs- bzw. Muttersprache, Geburtsland, Herkunft der Eltern, Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt –, jedoch bisher weder flächendeckend noch fortlaufend.²

Eine Zusammenarbeit der jeweils zuständigen Stellen und Einrichtungen in den einzelnen Bereichen ist eine grundlegende Voraussetzung, um zu aussagekräftigen Kennzahlen zu gelangen, wobei in einigen Fällen Gespräche mit Bundesbehörden notwendig sind.

Neben der Entwicklung geeigneter Kennzahlen gewinnt seitens des Landes OÖ die strategische Bewertung von Förderanträgen sowie die Dokumentation und Evaluation von durchgeführten Projekten an Bedeutung. Ein Evaluierungsbericht soll alle zwei Jahre den aktuellen Stand der Umsetzung des Integrationsleitbildes OÖ feststellen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Organigramm zur strategischen Organisationsentwicklung



¹ Beilage 1313/2007 zum kurzschriftlichen Bericht des Oö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode Bericht des Ausschusses für allgemeine innere Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Gemeindeordnung 1990 geändert wird (Oö. Gemeindeordnungs-Novelle 2007) zu Art. 1 Z. 6 (§ 18b Abs. 1). Abrufbar unter: www.ooe.gv.at

² Siehe auch den Integrationsbericht Oberösterreich 2006 und Oö. Gemeindestudie zum Thema Integration.

Maßnahmenempfehlungen nach Handlungsfeldern

36

MASSNAHMEN- EMPFEHLUNGEN

ARBEITSKREISE

3.1 HANDLUNGSFELD SPRACHE	(Maßnahmenempfehlungen: siehe in den übrigen Handlungsfeldern)
3.2 HANDLUNGSFELD BILDUNG, ERZIEHUNG, SCHULE	3.2.1 Integrationsfachdienst Bildung 3.2.2 Einbindung und Empowerment von Eltern 3.2.3 Arbeitskreise PädagogInnen Kinderbetreuungseinrichtungen 3.2.4 Lehrgang „interkulturelle Pädagogik“ Kinderbetreuungseinrichtungen 3.2.5 Interkulturelle Bildung für alle (Schule) 3.2.6 Muttersprachlicher Unterricht 3.2.7 Lehrgang Deutsch als Fremdsprache (f. Lehrende) 3.2.8 Hauptschulexternistenlehrgänge
3.3 HANDLUNGSFELD WIRTSCHAFT, ARBEITSMARKT, AUSBILDUNG	3.3.1 Mehrsprachige Beratung „Arbeit“ 3.3.2 Clearing und Chance 3.3.3 Vermittlungscoaching 3.3.4 Implacment-Stiftung(en) 3.3.5 Berufsorientierung/ Arbeitstraining Jugendliche 3.3.6 Integrationsgütesiegel für Betriebe
3.4 HANDLUNGSFELD VERWALTUNG, GLEICHSTELLUNG, PARTIZIPATION, SICHERHEIT	3.4.1 Willkommensinfomappe für Zugewanderte 3.4.2 Diversitätskompetenz in der Verwaltung 3.4.3 Schulungsmaßnahmen für Verwaltungspersonal 3.4.5 Verankerung Integrationsthematik auf Gemeindeebene
3.5 HANDLUNGSFELD GESUNDHEIT, PFLEGE, VERSORGUNG	3.5.1 Interkult. Öffnung Gesundheits- u. Sozialeinrichtungen 3.5.2 Pflege älterer Menschen m. Migrationshintergrund 3.5.3 Studie „Gesundheit und Migration in OÖ“ 3.5.4 Überregionale Standards Gesundheitsförderung 3.5.5 Angebote interkulturelle Frauengesundheit 3.5.6 Zugangssicherung Psychosoziale Dienste
3.6 HANDLUNGSFELD WOHNEN, WOHNUMFELD, ZUSAMMENLEBEN	3.6.1 Begegnungsmöglichkeiten schaffen 3.6.2 Ausbau mobile Sozialarbeit 3.6.3 Integrationsplattform Wohnen
3.7 HANDLUNGSFELD KULTUR, RELIGION	3.7.1 Begegnungszentrum – Infodrehscheibe – Kulturstation 3.7.2 Open Source – Internat. Wissen für den Alltag 3.7.3 Interkulturelle Bezirksfeste von MigrantInnen für alle 3.7.4 Religionsbeirat
3.8 HANDLUNGSFELD FREIZEIT, SPORT	3.8.1 Landespreis für gelungene Integrationsprojekte 3.8.2 MigrantInnen in Freizeitorganisationen 3.8.3 MultiplikatorInnenschulung Jugendarbeit 3.8.4 Soziale Vernetzung – Elternarbeit 3.8.5 Multikulturelle Sportveranstaltungen

Handlungsbereich Sprache

3.1

Ausreichende Kenntnisse der Landessprache stehen als Basis einer gelingenden Integration außer Frage, da eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben in Österreich in seinen vielfältigen Anforderungen unmittelbar an die Beherrschung der deutschen Sprache geknüpft ist. Dies bedeutet, dass dem Aspekt eines bedarfsgerechten Angebots von Sprachkursangeboten für Zugewanderte und der Erreichbarkeit aller Zielgruppen eine zentrale Rolle für einen nachhaltigen Erfolg zukommt.

Hierbei ist darauf zu achten, dass die Betonung der Wichtigkeit von Deutschkenntnissen den Blick auf die integrationsrelevanten Mechanismen nicht einengt. Das Integrationspotential des Erwerbs der deutschen Sprache entfaltet sich erst dann, wenn es mit den damit verbundenen, strukturellen, sozioökonomischen, rechtlichen und politischen Fragen in Zusammenhang gebracht wird und als Teil einer erweiterten Strategie gesehen wird.

Im vorschulischen und schulischen Bereich haben Sprachförderungsangebote eine besonders wichtige Bedeutung, da sie den Grundstein für den individuellen Bildungsweg und spätere Beschäftigungschancen legen. Studien belegen, dass dabei der Zweitspracherwerb in engem Zusammenhang mit guten Kenntnissen der Erstsprache steht: So werden zum Beispiel die notwendigen grammatikalischen Grundstrukturen für weiteren Spracherwerb in der Erstsprache (= für viele Kinder aus Zuwandererfamilien eine nicht-deutsche Muttersprache) gebildet. In Oberösterreich wurde aus diesem Grund im Schuljahr 2006/07 muttersprachlicher Unterricht in insgesamt 831 Unterrichtsstunden von 42 Lehrenden (größtenteils als Ergänzung zum Regelunterricht und hauptsächlich im Pflichtschulbereich) angeboten.¹ In vielen Fällen werden hier auch herkunftsbezogene kulturelle Themen vermittelt.

Neben dem Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts und dem Qualitätsmanagement der Angebote (Weiterbildung der MuttersprachenlehrerInnen, intensivierete Zusammenarbeit mit RegelschullehrerInnen ...) ist zu empfehlen, Datenerhebung und Forschung in diesem Bereich voranzutreiben. Neben bereits vorhandenen Statistiken, die Auskunft über die „Muttersprache“ der SchülerInnen geben, wären auch zum Beispiel Daten hinsichtlich der Erstsozialisierung in Deutsch oder in einer nicht-deutschen Muttersprache, dem Alter, in dem der Zuzug nach Österreich erfolgt ist, und des Bildungsstands/Berufs der Eltern relevant.²

Im Erwachsenenbildungsbereich bieten eine Vielzahl an Institutionen in Oberösterreich Sprachförderungsangebote an – von Alphabetisierungskursen über allgemeine Deutschkurse unterschiedlicher Niveaus bis zu speziellen Kursen für Mütter mit Kinderbetreuungspflichten oder Kursen mit dem Fokus auf bestimmten Fachsprachebereichen.³ Die Anzahl jener Zugewanderten, die einen Deutschintegrationskurs nach dem Gesetz besuchen müssen, ist zwar mit der Integrationsvereinbarung Neu⁴ gestiegen, die Mehrheit der TeilnehmerInnen stellt jedoch nicht diese Gruppe dar, sondern Personen, die unabhängig von der gesetzlichen Verordnung den Bedarf eines Deutschkurses für sich sehen.⁵

Um die laut AnbieterInnen hohe Nachfrage nach geeigneten Kursen mit entsprechenden Angeboten abdecken zu können, ist eine Anpassung an unterschiedliche Lebenssituationen anzustreben: in inhaltlicher, zeitlicher und finanzieller Hinsicht, aber auch die Infrastruktur betreffend (z.B. Erreichbarkeit, Kinderbetreuung). Sowohl auf nationaler als auch auf Bundesländerebene wird zudem derzeit diskutiert, ob und in welcher Form in diesem Zusammenhang auch Unternehmen als Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden könnten.

Die Komplexität des Themas „Sprache“ je nach Bereich und Problemstellung spiegelt sich in den Maßnahmenempfehlungen der Arbeitskreise wider: So finden sich etwa in den Bereichen Verwaltung und Gesundheit verschiedene Maßnahmenvorschläge zum Abbau von Sprachbarrieren im Kontakt zwischen Regelsystemen und Zugewanderten, während im Bildungsbereich unter anderem der Bedarf einer oberösterreichischen Ausbildung für „Deutsch als Fremdsprache“-Lehrende festgestellt wurde, um ein ausreichendes Angebot an Deutschkursen gewährleisten zu können.

1 Nähere Informationen zu Sprachförderung von Kindern mit einer anderen Erstsprache als Deutsch und zum muttersprachlichen Unterricht (auch zur Datengrundlage und etwaigen Unschärfen) sind in den Informationsblättern des Referats für interkulturelles Lernen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur enthalten.

2 Vgl. H. Weiß: Die zweite Generation. Erfolge im Bildungsweg? In: Barbara Herzog-Punzenberger (Hrsg.): Bildungsbe/nach/teiligung und Migration – in Österreich und im internationalen Vergleich. KMI Working Paper 10/2006. http://www.oew.ac.at/kmi/Bilder/kmi_WP10.pdf

3 Die Einstufung des jeweiligen Sprachniveaus orientiert sich in der Regel am Europäischen Referenzrahmen für Fremdsprachenkenntnisse: Dieser unterscheidet zwischen Fähigkeiten beim Verstehen, Sprechen und Schreiben und beschreibt, welche Fähigkeiten ab welchem Niveau beherrscht werden sollte. Siehe www.wien.gv.at/integration/pdf/europaeischer-referenzrahmen.pdf

4 Integrationsvereinbarung Neu: Verordnung, die mit 1.1.2006 in Kraft getreten ist, und ähnlich der Integrationsvereinbarung aus dem Jahr 2003 Drittstaatsangehörige (d.h. Nicht-EU-BürgerInnen) zum Erwerb von Grundkenntnissen der deutschen Sprache in einem Zeitraum von drei Jahren verpflichtet. Siehe www.bmi.gv.at/downloadarea/niederlassung/Allgemein/Integrationsvereinbarung.pdf

5 Informationen seitens Volkshochschule Linz und BFI OÖ.

Über die Rolle eines grundlegenden Alltagsmediums hinaus haben Sprachen und Sprachakzente eine wichtige Bedeutung als Symbole von sozialem Status, von Zusammengehörigkeit und Fremdheit. Projekte, die sich etwa der Thematisierung unterschiedlicher Wertigkeit von Fremdsprachenkenntnissen (z.B. Englisch und Deutsch gegenüber anderen Sprachen), dem Kulturtransfer mittels mündlicher, bildlicher, körpersprachlicher, schriftlicher Kommunikation oder der Relevanz herkunftsbezogener Akzente widmen, leisten in diesem Sinne einen wertvollen Beitrag zur Verständigung zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen und damit für Integration.

Bildung, Erziehung, Schule

3.2

Der Bereich der Bildung stellt einen der zentralen Bausteine für das individuelle und soziale Fortkommen in unserer modernen Wissensgesellschaft dar. Der Bildungsstand der nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen ist in Oberösterreich ebenso wie in Österreich durchschnittlich niedriger als jener der österreichischen. Dabei ist zu beachten, dass die mitgebrachten, aber nicht anerkannten bzw. nostrifizierten Bildungsabschlüsse der Zugewanderten nicht berücksichtigt sind. Da die Zugewanderten überdurchschnittlich jung sind, befindet sich ein im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung höherer Anteil in den oberösterreichischen Pflichtschulen: Im Schuljahr 2002/03 hatte jede/r zehnte Schüler/in eine andere Erstsprache als Deutsch.⁶ Aufgrund des sehr früh selektierenden Schulsystems in Österreich erscheint der Ausbau der sprachlichen Förderung sowie intensivierete Bildungs- und Berufsberatung weiterhin vorrangig, um einen gleichen Zugang zu allen Schulformen und zur berufsbezogenen Ausbildung gewährleisten zu können.

Positiv ist der Rückgang des Anteils der SchülerInnen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch in den Sonderschulen seit dem Schuljahr 2000/01. Zudem besuchen immer mehr Jugendliche der Minderheitsgesellschaft auch höherbildende Schulen, die mit einer Matura abschließen – auch wenn der Anteil nach wie vor geringer ist als jener der Mehrheitsgesellschaft.

Oberösterreich hat vor allem im Bereich der Mehrsprachigkeit und sprachlichen Integration in den Volksschulen eine gute Ausgangsposition. Im Schuljahr 2004/05 wurde in über 130 Volksschulen Unterricht in einer anderen Erstsprache als Deutsch angeboten. Ein Großteil dieses sprachlichen Ergänzungsunterrichtes wurde in Bosnisch/Kroatisch/Serbisch abgehalten.

Trotz all dieser Maßnahmen ist der gleichberechtigte Zugang bzw. Aufstieg von SchülerInnen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem nicht hinreichend gesichert. Hierbei kommt neben der Festigung der Erst- bzw. Muttersprache und der verstärkten Elterneinbindung insbesondere dem Erwerb der deutschen Sprache eine zentrale Stellung zu. Im Zuge der Diskussionen des Arbeitskreises „Bildung, Erziehung, Schule“ wurde vielfach auf bereits vorhandene Maßnahmen seitens der Regelsysteme sowie auf herausragende Projekte von engagierten Einzelpersonen hingewiesen. Nach Meinung der im Arbeitskreis vertretenen ExpertInnen bedarf es jedoch vor allem einer Vertiefung, Ausweitung, Professionalisierung und stärkeren Unterstützung dieser Bemühungen von offizieller Seite sowie einer verbesserten Schnittstellenarbeit, insbesondere zwischen Kindergarten und Schule.

Fragen der Sprache und des Spracherwerbs spielen jedoch auch im Erwachsenenalter eine wichtige Rolle. Im Basisbereich Sprache sollten daher die jeweiligen (mutter)sprachlichen Kompetenzen unabhängig vom Alter verstärkt wahrgenommen und genutzt werden. Auf der anderen Seite gilt es, die Deutschkurse an die spezifische Lebens- und Alltagssituation der Betroffenen anzupassen. Internationale Erfahrungen zeigen, dass in dem Maße, in dem die Kurse den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Zielgruppe entsprechen, diese überaus gut besucht und angenommen werden.

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Frage dar, wie das Bildungssystem auf die veränderte Gesellschaft reagieren und entsprechende Kompetenzen entwickeln kann. Diese reichen von interkulturellen Ausbildungsschwerpunkten in pädagogischen Ausbildungscurricula über die Schaffung einer zentralen Stelle, wo koordinierende und informationsvermittelnde Aufgaben übernommen werden, bis hin zu der Frage, wie die verschiedenen Übergänge zwischen Kindergarten – Schule, Volksschule – höhere Schule, Pflichtschule – Arbeitsmarkt etc. gut vernetzt und aufeinander abgestimmt werden können. Einige zentrale Empfehlungen des Integrationsleitbildes OÖ im Bereich Bildung betreffen konkret Bundesmaterie, hier gilt es kontinuierliche Überzeugungsarbeit für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung zu leisten.

⁶ Als „Erstsprache“ wird jene Sprache bezeichnet, die in der Kindheit hauptsächlich verwendet wird, in der das Kind seine Erstsozialisierung erfährt. In der Praxis können die Begriffe „Muttersprache“ (Sprache, die durch die Eltern erlernt wird) und „Erstsprache“ meist synonym verwendet werden, für manche Kinder stimmen „Muttersprache“ und „Erstsprache“ jedoch nicht überein. Zum Beispiel kann ein Kind aus einer fremdsprachigen Zuwandererfamilie unter bestimmten Umständen dennoch Deutsch als Erstsprache haben.

Integrationsfachdienst Bildung, Schule, Familie und Erziehung

3.2.1

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Zusammenführung von Informationen für den Bereich Bildung, Schule, Familie und Erziehung » Erleichterte Orientierung für im Bildungswesen tätige AkteurInnen sowie Eltern » Verstärkte Vernetzung der verschiedenen Einrichtungen und Bündelung von Ressourcen » Unterstützung von Aktivitäten vor Ort im Bereich Bildung und Integration
KURZBESCHREIBUNG	<p>Integration ist ein Prozess gemeinsamen Handelns von Gesellschaft und öffentlichen Institutionen. Für den Bereich Bildung bedeutet dies, Aktivitäten zu setzen, um die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu verbessern und die Beteiligung von Müttern und Vätern am Bildungsprozess zu verstärken. Es gilt, die vor Ort befindlichen Institutionen und Menschen zusammenzuführen und zu unterstützen. Der Integrationsfachdienst soll dabei Beiträge für eine wirksame Integration vor Ort anregen, Bewusstsein für die Aufgaben schaffen, Potentiale aktivieren, zusammenführen und interkulturell kompetent begleiten.</p> <p>Folgende Aufgabenbereiche sollte der Integrationsfachdienst wahrnehmen:</p> <p>Bildungseinrichtungen vor Ort zu unterstützen, bestehende Angebote für Zugewanderte zu öffnen, bekannt zu machen sowie zielgruppenspezifische Angebote zu entwickeln, und mit Unterstützung des Fachdienstes zu koordinieren und umzusetzen. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei durchgängig auf die jeweiligen Übergänge (Kindergarten – Volksschule – Pflichtschule – höhere Schule bzw. Arbeitsmarkt) gelegt werden, da sie Kinder und Eltern vor besondere Herausforderungen stellen.</p> <ul style="list-style-type: none"> » Erstellung einer Leistungsübersicht von Beratungsangeboten für den Bildungsbereich (Internet und/oder Broschüre) – s.a. Maßnahmenempfehlung „Wissensportal“ » Aufbau eines Pools von geschulten (möglichst mehrsprachigen) Kontakt- und Unterstützungspersonen aus den/für die verschiedenen Bereiche des Bildungssektors » Beratung und Begleitung von Projekten, die ein spezifisches Hintergrundwissen erforderlich machen, bis hin zu Beratung von Einrichtungen zur Entwicklung einer zielgruppenspezifischen Öffentlichkeitsarbeit und Angebotsausrichtung » Vernetzung der einzelnen Stellen, die Nostrifizierungsberatung anbieten bzw. für Nostrifizierungsverfahren zuständig sind; Unterstützung von Prozessen, die erleichterte Nostrifizierungsverfahren zum Ziel haben » Interkulturelle Sensibilisierung und Qualifizierung von MitarbeiterInnen in den verschiedenen Einrichtungen » Förderung, Unterstützung, Qualifizierung und Vernetzung der Eigeninitiativen von Vereinen und Organisationen » Integrationsmanagement vor Ort: Dies beinhaltet die Mitarbeit in relevanten Netzwerken und die Erschließung von Netzwerken für Integrationsthemen, die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen mit außerschulischen Fördereinrichtungen, Familienzentren, Erwachsenenbildungseinrichtungen (WIFI/BFI) » Bündelung von Ressourcen/Vernetzung von Institutionen: <ul style="list-style-type: none"> » Zielgerichtetes gemeinsames Engagement » Flächendeckender, nachhaltiger Einsatz von Ressourcen » Abstimmung der Angebote » Entwicklung perspektivischer Integrationsmaßnahmen mit passenden Angeboten » Koordinierte Information der Öffentlichkeit » Im Sinne eines Gender-Mainstreaming sollten auch Gleichstellungsziele definiert werden (Vermeidung der Segregation von Buben und Mädchen nach der Pflichtschule, Zugang zu Mädchen und Buben, Kontakt mit Müttern und Vätern, Unterstützungsleistungen für Alleinerziehende etc.)
ZIELGRUPPE	<p>Bildungseinrichtungen – Kindergarten, Schule, außerschulische Betreuungsmaßnahmen, VHS, Jugendorganisationen PädagogInnen, Eltern, MigrantInnenorganisationen Regionale Beratungseinrichtungen (öffentlicher Sektor und NGO-Bereich)</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Durchführung einer Situationsanalyse: Welche Aufgaben im Bereich „Bildung & Integration“ werden zurzeit durch welche Institutionen wahrgenommen? Welche vorrangigen Bedarfslagen gibt es? » Erstellung eines Konzeptes durch ein interdisziplinäres Team für eine zentrale Anlaufstelle, optimierte Vernetzungsstrukturen sowie für geeignete Modelle zur Qualifizierung, Unterstützung und Vernetzung von AkteurInnen und Trägern » Eine engere Zusammenarbeit zwischen der Abt. Bildung und Gesellschaft (Land OÖ) und der Koordinationsstelle für Integration (Abt. Soziales, Land OÖ) sowie zwischen Bildungseinrichtungen und regionalen NGOs im Integrationsbereich wird als zentrales Ziel gesehen. » Umsetzung der Einzelschritte des erarbeiteten Konzeptes
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Land OÖ, Gemeinden, Bildungseinrichtungen, Regionale Beratungseinrichtungen (öffentlicher Sektor und NGO-Bereich)</p>
ZEITRAHMEN	<p>Situationsanalyse, Bedarfserhebung, Auswertung, Teamfindungsphase, Konzepterstellung, Umsetzung</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Eine Angabe von notwendigen Ressourcen ist erst nach Durchführung der Situationsanalyse sowie der detaillierten Konzepterstellung möglich. Es ist jedenfalls anzustreben, vorhandene Strukturen und Ressourcen optimal einzubinden.</p>

Einbindung und Empowerment von Eltern mit Migrationshintergrund

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Verstärkte Zusammenarbeit aller LehrerInnen mit Eltern von SchülerInnen mit Migrationshintergrund » Ausführliche Informationen (nach Bedarf und Möglichkeit in der Muttersprache) über die Rechte, Möglichkeiten und Pflichten von Eltern » Förderung der Bildungschancen der SchülerInnen mit Migrationshintergrund
KURZBESCHREIBUNG	<p>Für den Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen ist eine geeignete Unterstützung durch die Eltern ein wichtiger Faktor. Zurzeit stellen LehrerInnen in vielen Fällen eine große Diskrepanz zwischen der Bildungsaspiration von Eltern mit Migrationshintergrund und der tatsächlichen (Möglichkeit zur) Bildungsbeteiligung fest. Ein Teil der Mütter und Väter mit Migrationshintergrund kann ihre Kinder, in der von der Schule geforderten Art und Weise, nicht unterstützen.</p> <p>Es gilt daher einerseits die Eltern über die Elternrechte, -möglichkeiten und -pflichten wie auch über jene der SchülerInnen zu informieren, ihnen das Bildungssystem (sowie z.B. Praxis, Hintergrund von „Elternheft“) und die Bedeutung von Bildung zu erläutern und gleichzeitig Rahmenbedingungen zu schaffen, die auch den SchülerInnen mit Migrationshintergrund eine erfolgreiche Bildungslaufbahn ermöglichen. Idealerweise werden in diesem Zusammenhang Schritte für eine aktive Einbindung der Eltern nicht erst bei auftretenden Problemen gesetzt, sondern bereits im Rahmen des Erstkontakts mit Müttern und Vätern mitbedacht und umgesetzt.</p> <p>Es wird empfohlen, dem Übergang Kindergarten – Schule sowie dem Übergang Schule – Arbeitswelt besonderes Augenmerk zu schenken und gegebenenfalls entsprechende interinstitutionelle Kooperationen zu verstärken.</p>
ZIELGRUPPE	<p>Erziehungsberechtigte SchulleiterInnen LehrerInnen</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Organisation und Durchführung sowohl von Elterninformationsabenden, die auf die Lebenslagen von MigrantInnen angepasst sind, als auch von gemeinsamen Elternabenden <ul style="list-style-type: none"> › Die Erfahrung zeigt, dass es zum Gelingen von Veranstaltungen oder anderer Formen der Elterneinbindung zu Beginn eines aktiven Zugehens auf die Eltern bedarf. Schriftliche Einladungen erreichen den gewünschten Effekt nur in eingeschränktem Maße. Einrichtungen, die für die erste Kontaktherstellung den Weg der direkten mündlichen Ansprache (idealerweise mittels Zugangspersonen aus der jeweiligen MigrantInnengruppe) gewählt haben, berichten von nachhaltigen Erfolgen bei der Zusammenarbeit mit Eltern. › Im Sinne des Gender-Mainstreaming ist auf die Einbindung von Müttern und Vätern gleichermaßen hinzuwirken. » Aufbau eines schulinternen Netzwerkes, AnsprechpartnerInnen aus der Gruppe aus- und inländischer Eltern und VertrauenslehrerInnen » Außerschulische kostenlose bzw. kostengünstige Lernbetreuung (gemeinsam oder individuell) am Nachmittag, damit Bildungschancen erhöht bzw. gewahrt bleiben (vgl. von Land OÖ gefördertes Angebot von Arcobaleno, VHS OÖ Inst. Interkulturelle Pädagogik)
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Land OÖ (Abt. Bildung und Gesellschaft, Abt. Soziales) und Gemeinden: Finanzierung Schule, Eltern, relevante Träger: Organisation und Durchführung</p>
ZEITRAHMEN	<p>Ab sofort, fortwährend</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Zeitliche Ressourcen der Lehrenden und Eltern Anlaufstelle zur Vermittlung von Kontaktpersonen mit Erfahrungen in diesem Bereich und Beispielen zur Umsetzung – s. dazu auch Maßnahmenempfehlung „Integrationsfachdienst Bildung, Schule, Familie und Erziehung“ Kosten für Angebote außerschulischer Lernförderung</p>

3.2.3

Regionale interkulturelle Arbeitskreise für PädagogInnen in Kinderbetreuungseinrichtungen

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Austausch und Unterstützung von PädagogInnen in Kinderbetreuungseinrichtungen » Qualitätssicherung von Kinderbetreuung für multikulturell gemischte Gruppen
KURZBESCHREIBUNG	<p>PädagogInnen sind in der Krabbelstube, im Kindergarten und Hortalltag mit unterschiedlichen Situationen in multikulturellen Gruppen konfrontiert, die Wissen oder Kompetenzen erfordern, welche in den herkömmlichen Ausbildungsplänen bisher zu wenig Berücksichtigung fanden. Es wird daher angeregt, regionale Arbeitskreise zu initiieren, in denen sich PädagogInnen regelmäßig über interkulturelle und interreligiöse Themen aus ihrer pädagogischen Praxis austauschen. Dabei werden Erfahrungen und Anfragen aus der täglichen Praxis besprochen und reflektiert sowie konkrete unterstützende Maßnahmen erarbeitet.</p> <ul style="list-style-type: none"> » Erfahrungsaustausch » Erweiterung der sozialen Kompetenzen für integrationsrelevante Fragen » Persönliche Auseinandersetzung mit eigenen Wertvorstellungen, Haltungen, Standpunkten und Vorurteilen – hierbei spielen neben kulturellen, ideologischen und Gender-Aspekten vor allem soziale Fragen eine zentrale Rolle » Gemeinsame Erarbeitung von unterstützenden Maßnahmen für die pädagogische Arbeit » Austausch über gelungene Praxismodelle, Arbeitsmaterialien, Literatur etc. » Kontakte für interreligiösen und interkulturellen Dialog initiieren » Punktuell können auch ExpertInnen für einzelne Themenbereiche eingeladen werden. <p>Es wird empfohlen, dem Übergang Kindergarten – Schule besonderes Augenmerk zu schenken und gegebenenfalls entsprechende interinstitutionelle Kooperationen zu verstärken. In diesem Sinne ist zu überlegen, in einem weiteren Schritt bzw. im Bedarfsfall PädagogInnen des Grundschulbereichs mit einzubeziehen.</p>
ZIELGRUPPE	PädagogInnen und Kinderbetreuungseinrichtungen
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Erarbeitung eines inhaltlichen Konzeptes » Aufbau eines Pools von ExpertInnen für die Leitung und Begleitung der regionalen Arbeitskreise (Anknüpfungspunkt durch AbsolventInnen des Lehrgangs „Interkulturelle Pädagogik in Kinderbetreuungseinrichtungen“ s. entsprechende Maßnahmenempfehlung) » Pilotphase in 2 Bezirken OÖ » Nach erfolgter Evaluation stufenweise Ausweitung auf die einzelnen Bezirke
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Erhaltervertreter (Trägerorganisationen, Magistrate, Gemeinden) in Zusammenarbeit mit Land OÖ (Abt. Bildung und Gesellschaft) sowie den Pädagogischen Hochschulen und regionalen Integrationsbüros (NGOs)
ZEITRAHMEN	<p>1/2 Jahr für Konzepterarbeitung 1 Jahr Pilotphase Anschließend Evaluation und Ausbau</p>
RESSOURCENBEDARF	<ul style="list-style-type: none"> » Personelle Ressourcen für Konzeptentwicklung » Koordination, Begleitung und Fortbildung der Arbeitskreis-LeiterInnen » Abdeckung der anfallenden Honorarkosten für die ArbeitskreisleiterInnen, anfallende Materialien, bei entsprechendem Bedarf Deckung der Honorarkosten für ExpertInnenvorträge

Lehrgang „Interkulturelle Pädagogik in Kinderbetreuungseinrichtungen“

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Erweiterung interkultureller Kompetenzen des Fachpersonals in Kinderbetreuungseinrichtungen zur Sicherstellung guter Bildungsqualität bei der Umsetzung interkultureller Bildungsziele und Inhalte für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund » Vermittlung von aktuellen entwicklungspsychologischen Erkenntnissen zum Zweitspracherwerb und zu altersgemäßen Ansätzen der Sprachförderung im Kontext der Kindergruppe. » Erweiterung des persönlichen und fachlichen Handlungsrepertoires bei der Gestaltung der interkulturellen Elternzusammenarbeit und der interreligiösen Erziehung » Erfahrungsaustausch, Bearbeitung eigener Praxisbeispiele, Vernetzung mit anderen TeilnehmerInnen und ReferentInnen
KURZBESCHREIBUNG	<p>PädagogInnen aus Kinderbetreuungseinrichtungen sollen befähigt werden, die Rolle von MultiplikatorInnen für interkulturelle Pädagogik zu übernehmen und ihr Fachwissen in ihr jeweiliges Team einbringen. Ein entsprechender Lehrgang zur Fortbildung sollte daher folgende Inhalte umfassen – ein Aufbau in Modulform bietet sich an:</p> <ul style="list-style-type: none"> » Mehrsprachigkeit/Sprachförderung » (interkulturelle) Elternzusammenarbeit » Interreligiöse und interkulturelle Pädagogik in der Praxis » Geschlechtergerechte Erziehung » Kommunikation/Konfliktlösung » Schnittstelle Kinderbetreuungsbereich und Volksschule bzw. Hauptschule <p>Der Lehrgang soll in Kooperation mit den Pädagogischen Hochschulen von der Fortbildungsstelle für Kindergärten und Horte des Amts der Oö. Landesregierung angeboten werden.</p> <p>Mittelfristig ist zu überlegen, ähnliche Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für PädagogInnen des Grundschulbereichs anzubieten.</p>
ZIELGRUPPE	Alle in Kinderbetreuungseinrichtungen (Krabbelstuben, Kindergärten, Horte) tätigen PädagogInnen
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Aufbau und inhaltliche Konkretisierung des Lehrgangs » Auswahl geeigneter ReferentInnen » Aufnahme in das Fortbildungsprogramm für Kinderbetreuungseinrichtungen
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Land OÖ (Abt. Bildung und Gesellschaft – Fortbildungsstelle des Kindergarten- und Hortreferats) Pädagogische Hochschulen
ZEITRAHMEN	Ein entsprechender Lehrgang wurde als Modellversuch seitens der Fortbildungsstelle für Kindergarten und Hort (Abt. Bildung und Gesellschaft) im Arbeitsjahr 2007/08 mit ca. 20 TeilnehmerInnen durchgeführt. Eine Fortführung hängt u.a. von Fragen der Organisationsform, der zeitlichen Ressourcen geeigneter ReferentInnen und entsprechender Nachfrage ab.
RESSOURCENBEDARF	Ressourcen für Konzeption des Lehrganges Honorare für Lehrende, Unterrichtsmaterialien, Raummieten etc. Öffentlichkeitsarbeit, Information

3.2.5 „Interkulturelle Bildung für alle“ – Integrations- und Diversitätskompetenz an Schulen

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Verankerung von interkulturellem Lehren und Lernen als ein Anliegen aller LehrerInnen » Vermittlung interkultureller Kompetenzen für alle SchülerInnen » Qualitätssicherung des Unterrichts und Gewährleistung eines adäquaten Unterrichts durch interkulturell geschulte LehrerInnen » Einbeziehung in- und ausländischer Eltern in dieses gesamtheitliche Lernen
KURZBESCHREIBUNG	<p>Die zunehmend vielfältiger werdende gesellschaftliche Realität zeigt, dass es in Zukunft immer wichtiger sein wird, über interkulturelle Kompetenzen zu verfügen. Diese kann nur die/der vermitteln, die/der auch selbst in diesem Bereich entsprechende Kompetenzen erworben hat. Daher richtet sich die vorliegende Maßnahmenempfehlung sowohl an SchülerInnen als auch an LehrerInnen. Es ist anzustreben, auch Mütter und Väter in die Maßnahmenüberlegungen mit einzubeziehen, da das Elternhaus als Sozialisationsfeld eine große Rolle spielt. Dabei ist jeweils zu überlegen, wie geeignete aktive Einbindungsformen gefunden werden können.</p> <p>Es wird empfohlen, dem Übergang Kindergarten – Schule sowie dem Übergang Schule – Arbeitswelt besonderes Augenmerk zu schenken und gegebenenfalls entsprechende interinstitutionelle Kooperationen zu verstärken.</p>
ZIELGRUPPE	<p>Alle LehrerInnen Alle SchülerInnen Alle Eltern</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ol style="list-style-type: none"> 1. Interkulturelles Lernen als Pflichtfach bei der LehrerInnenausbildung und LehrerInnenweiterbildung 2. Verstärkung von interkulturellem Lernen als Unterrichtsansatz und als Themenschwerpunkt/Querschnittsthema in allen Fächern 3. Informationen über die Bedeutung und den Nutzen von Interkulturalität für alle Eltern 4. Forcierung des Informationsaustausches zwischen in- und ausländischen Müttern und Vätern (s.a. Maßnahmenempfehlung „Einbindung und Empowerment von Eltern mit Migrationshintergrund“)
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>ad 1) Bund, Pädagogische Hochschulen ad 2), 3), 4) LSR, einzelne Schulen</p>
ZEITRAHMEN	<p>Fortwährend ad 1) u. 2) sofort ad 3) u. 4) innerhalb der nächsten 3 Jahre</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Die notwendigen Ressourcen hängen von der jeweiligen einzelnen Maßnahme ab, die gesetzt wird.</p> <p>ad 1) Curricula-Ausarbeitung, Ressourcen für Aus- und Weiterbildung im Bereich interkulturelles Lernen für LehrerInnen</p> <p>ad 2) aufbauend auf 1), zusätzlich Unterrichtsmaterialien, Ressourcen für fächerübergreifende Projekte</p> <p>ad 3) je nach Umsetzung (verschiedene Formen möglich: Einbringen der Thematik bei Elternsprechtagen oder Schulveranstaltungen, Verankerung in Schulleitbildern, öffentliche Stellungnahmen, Berücksichtigung im Schulalltag – positive Besetzung von Interkulturalität etc.)</p>

Förderung der SchülerInnen mit Migrationshintergrund im und durch den muttersprachlichen Unterricht

3.2.6

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Unterstützung und Sicherung optimaler Sprachkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund » Schaffung einer wichtigen Grundlage für den späteren Bildungs- und Berufsweg
KURZBESCHREIBUNG	<p>Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass Kinder umso leichter und besser eine Zweitsprache erlernen, je besser sie jene Sprache beherrschen, in der sie die Erstsozialisierung erfahren haben (Erst- bzw. Muttersprache). Aus diesem Grund ist eine umfassende Förderung des Muttersprachenunterrichts im Interesse aller.</p> <ul style="list-style-type: none"> » Förderung der Durchführung des muttersprachlichen Unterrichts » Qualitätssicherung des muttersprachlichen Unterrichts » Gewährleistung, dass muttersprachlicher Unterricht so weit als möglich in allen benötigten Sprachen abgehalten wird » Schaffung geeigneter zeitlicher und örtlicher Rahmenbedingungen » Abstimmung der Lerninhalte des muttersprachlichen Unterrichts auch auf Bildungsanliegen » Einheitliche Entlohnung der Lehrenden
ZIELGRUPPE	<p>MuttersprachenlehrerInnen SchülerInnen mit Migrationshintergrund</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<p>Allgemeines</p> <ul style="list-style-type: none"> » Information für alle Eltern und LehrerInnen über die Bedeutung des Erlernens der Erstsprache » Förderung der Teilnahme am Muttersprachenunterricht durch Information, organisatorische Erleichterungen und bei Bedarf finanzielle Unterstützung <p>Aus- und Weiterbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> » MuttersprachenlehrerInnen bekommen eine spezielle Ausbildung, die auf die heutigen Anforderungen des Muttersprachenunterrichts abgestimmt ist » Gezielte Weiterbildung von muttersprachlichen LehrerInnen <p>Struktur/Organisation</p> <ul style="list-style-type: none"> » Bildungsanliegen und Informationen über Bildungs- und Berufswege als Teil des Lehrstoffes des muttersprachlichen Unterrichts verankern » Förderung des Austauschs zwischen LehrerInnen des Regelunterrichts und MuttersprachenlehrerInnen, zum Beispiel Miteinbeziehung von muttersprachlichen LehrerInnen in den Regelunterricht, bei Bedarf den Rahmenbedingungen/Bedürfnissen angepasste Deutschkurse für Lehrende » Ausbau des Teamteachings, muttersprachlicher Unterricht sollte im Regelfall während des regulären Schulbetriebs abgehalten werden » Wenn schulübergreifende Abhaltung am Nachmittag, dann bei Bedarf Anbieten eines Shuttledienstes » Wenn die Muttersprache nur vereinzelt nachgefragt wird, finanzielle Förderung der Inanspruchnahme des muttersprachlichen Unterrichts von außerschulischen Einrichtungen bzw. Entwicklung von Fernlehremodulen (z.B. Multimedia, E-Learning), um auf diese Art und Weise die Muttersprache erlernen zu können
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Je nach Projektschritt unterschiedliche Zuständigkeit (Hochschulen, Schulen, LSR, Bundesministerium)</p>
ZEITRAHMEN	<p>Fortwährend Je nach Projektschritt unterschiedlicher Zeitrahmen für Umsetzung, einzeln zu klären</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Je nach Aktivität/Projektschritt und Form der Umsetzung werden unterschiedliche personelle und finanzielle Ressourcen notwendig. Eine detaillierte Kostenkalkulation ist erst bei konkreter Konzeption der einzelnen Maßnahmenschritte und Erhebung regionaler Bedarfslagen sinnvoll und möglich.</p>

Lehrgang Deutsch als Fremdsprache für Lehrende

3.2.7

ZIELSETZUNG	<p>Träger- und zielgruppenübergreifende Professionalisierung der Unterrichtstätigkeit im Bereich Deutsch als Fremdsprache und Deutsch als Zweitsprache</p> <p>Absicherung einer bedarfsgerechten Angebotssituation</p> <p>Eröffnung neuer zukunftssicherer Berufsfelder</p>
KURZBESCHREIBUNG	<p>Um die Qualität der Lehre im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ in Oberösterreich weiter erhöhen bzw. auf hohem Niveau halten zu können, bedarf es einer entsprechenden Ausbildungsmöglichkeit in Oberösterreich. Dabei sind die in früheren Modellen üblichen eingeschränkten Zugangskriterien zu hinterfragen und nach Möglichkeit zu erweitern (z.B. Zugang für LehramtskandidatInnen schon während des Probejahres ermöglichen).</p> <p>Die Ausbildung soll mit einem öffentlich anerkannten Zertifikat abschließen und damit langfristigen Wert für die AbsolventInnen haben.</p> <p>Der Lehrgang sollte berufsbegleitend angeboten werden und für Personen aus ganz Oberösterreich ansprechend sein. Zur Herstellung von Chancengleichheit bei der Teilnahme empfehlen sich Modelle, die Kinderbetreuungspflichten berücksichtigen. Es wird empfohlen, ein entsprechendes Ausbildungsangebot trägerübergreifend zu organisieren.</p>
ZIELGRUPPE	<p>Unterrichtende mit entsprechender Basisqualifikation, die derzeit in Oberösterreich keine Möglichkeit zur Aus- bzw. Weiterbildung vorfinden</p> <p>Personen, die unabhängig von Formalqualifikation in entsprechenden Kursen unterrichten und die einen einschlägigen Abschluss nachholen wollen</p> <p>Uni-AbsolventInnen von sozial-, geisteswissenschaftlichen und wirtschaftlichen Richtungen, die in den Unterrichtsbereich einsteigen möchten</p> <p>Personen, die über einen Berufsabschluss in einem psycho-sozialen Grundberuf verfügen und in diesen Bereich einsteigen möchten</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Adaptierung bestehender Ausbildungskonzepte nach zielgruppenspezifischen Bedürfnissen » Entwicklung eines Lehrgangsdesigns » Überprüfung möglicher Trägerschaften, evt. auch Kooperationen » Umsetzungs- und Organisationskonzept » Lehrgangsausschreibung und Umsetzung eines Pilotlehrgangs mit anschließender Evaluierung » Implementierung in ein Regelangebot
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Fachhochschule, Erwachsenenbildungseinrichtungen (z.B. WIFI, BFI), Pädagogische Hochschulen, Universität Linz in Kooperation mit dem Land OÖ (Abt. Bildung und Gesellschaft (u.a. Bildungskonto), Abt. Soziales)</p>
ZEITRAHMEN	<p>Konzeptionsphase ca. 1/2 Jahr</p> <p>Umsetzungsphase – zu Beginn als Pilotprojekt mit 20 TeilnehmerInnen</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Kooperierende Träger: gemeinsame Konzeptentwicklung</p> <p>Projektkoordination für die Konzeptentwicklung</p> <p>Personalbedarf für Lehrgang (bei der Konzeption des Lehrgangs festzustellen)</p>

Hauptschulexternistenlehrgänge in Oberösterreich

ZIELSETZUNG	Sicherung von Grundbildung (Pflichtschulabschlüsse) für möglichst alle OberösterreicherInnen (insbes. mit Migrationshintergrund) mittels Realisierung von Hauptschulabschlüssen in allen Bezirken Oberösterreichs
KURZBESCHREIBUNG	<p>Betroffen von Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt aufgrund fehlender Pflichtabschlüsse sind ÖsterreicherInnen wie MigrantInnen, allerdings treffen auf MigrantInnen häufig besondere Umstände zu: fehlende Dokumentation über Schulbesuche im Heimatland, Zuzug in einem Alter jenseits der österreichischen Schulpflicht, eingeschränkte Schulbesuchsdauer im Heimatland, Zuzug an der Schnittstelle Schule – Beruf und irreguläre Beendigung der Schulpflicht (Absolvierung der notwendigen Pflichtschuljahre ohne Erreichung eines Pflichtschulabschlusses), Deutsch als Zweitsprache u.a.</p> <p>Da Pflichtschulabschlüsse für die meisten Beschäftigungsverhältnisse (und Ausbildungen!) ein Mindestmaß an Qualifikation darstellen, soll allen Personen mit entsprechendem Bedarf unabhängig vom aktuellen Lebensalter die Möglichkeit eröffnet werden, einen Pflichtschulabschluss nachzuholen. Dies setzt voraus, dass das bisher bestehende Angebot nach Möglichkeit so ausgebaut wird, dass dem Bedarf angepasst zumindest in jeder Bezirksstadt ein Kurs bzw. mehrere Kurse abgehalten werden. Zur Herstellung von Chancengleichheit bei der Teilnahme empfehlen sich Modelle, die Kinderbetreuungspflichten berücksichtigen.</p> <p>Nachdem es erprobte Konzepte für diese Lehrgänge bereits gibt, geht es im Wesentlichen um die Ausweitung und Regionalisierung der Angebote sowie um die Aufschließung der TeilnehmerInnen auf Basis eines realistischen Finanzierungskonzeptes.</p>
ZIELGRUPPE	Personen (mit Migrationshintergrund) ohne Abschluss der Pflichtschule bzw. mit nicht anerkanntem Pflichtschulabschluss in jeder Altersgruppe
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Bedarfserhebungen in den Bezirken und Statutarstädten – nach Möglichkeit Detailerhebung (Männer/Frauen, Bedürfnisse zeitlicher und finanzieller Rahmenbedingungen ...) » Erstellung von Finanzierungskonzepten – Beteiligungen Bund, Land sowie Selbstbehalte » Organisation der Ressourcen und Trägerschaften
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>LSR (Vergabe von Prüfungskompetenzen)</p> <p>Anbieter von Hauptschulexternistenlehrgängen (z.B. BFI, VHS) mit Unterstützung von Fördergebern (u.a. Land OÖ)</p> <p>AMS (Förderung von TeilnehmerInnen)</p>
ZEITRAHMEN	<p>Bedarfserhebung und Organisationsphase 3/4 Jahr</p> <p>Ausarbeitung eines regionalisierten Angebots 1/2 Jahr</p> <p>Umsetzung der Angebote</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Bedarfserhebung über bestehende gemeindenahе Netzwerke</p> <p>Ausschreibung und Organisation Land OÖ</p> <p>Förderung der Lehrgänge durch möglichst breite Trägerschaften</p>

Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Ausbildung

3.3

Oberösterreich weist im österreichischen Vergleich eine bessere Arbeitsmarktintegration auf als die meisten Bundesländer. Von der guten Konjunktur profitieren sowohl ÖsterreicherInnen als auch MigrantInnen.¹

Die Tätigkeitsfelder, in denen MigrantInnen beschäftigt sind, sind stark segregiert: Knapp 60% der männlichen Einwohner ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind in der Landwirtschaft (primärer Wirtschaftssektor), der Industrie und im produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) tätig, nur 40% gehen einer unselbstständigen Beschäftigung im Dienstleistungsbereich (tertiärer Sektor) nach. Im primären und sekundären Sektor arbeiten Frauen ohne österreichische Staatsbürgerschaft etwas mehr als Österreicherinnen, sie sind aber – genauso wie Frauen der Mehrheitsgesellschaft – vor allem im Dienstleistungssektor tätig.² Allgemein gilt auch für Oberösterreich, dass die Minderheitsgesellschaft in Niedriglohnbranchen sowie in kleineren und mittleren Unternehmen arbeitet, die eine geringe Qualifizierung verlangen, niedrige Aufstiegschancen bieten, stark physisch belasten und von höherer Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind. Dennoch arbeiten MigrantInnen im Durchschnitt länger, d.h., sie scheiden später aus dem Erwerbsprozess aus als ÖsterreicherInnen.³

Der allgemeine Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit führt zu einer besonders schwierigen Situation beim Einstieg ins Berufsleben für Jugendliche der ersten und zweiten Generation von Zugewanderten. Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund sind dringend notwendig. Niederschwelliges Arbeitstraining, eine verstärkte Unterstützung bei der Berufsorientierung und im Bedarfsfall eine gezielte Förderung von Deutschkenntnissen wirken beim Einstieg in die Arbeitswelt unterstützend. Weiters sollte die Stärkung der interkulturellen Kompetenzen von LehrlingsausbilderInnen und MeisterInnen in den jeweiligen Aus- und Fortbildungsplänen Berücksichtigung finden. Erfahrungen aus Projekten mit lehrstellensuchenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund weisen zudem darauf hin, dass Aufklärungs- und Antidiskriminierungsarbeit aufseiten der ArbeitgeberInnen geleistet werden muss.

Als zukünftige Handlungsfelder im Bereich Beschäftigung und Integration sind vor allem die sehr komplexe und sich laufend ändernde Gesetzeslage,⁴ der Zugang zu Aus- und Weiterbildung im Erwachsenenbereich, die gleichberechtigte Integration zugewanderter Frauen und Strategien zur Umsetzung des Gleichbehandlungsgesetzes im Bereich Arbeit und Beschäftigung zu sehen.

Ein komplexes Thema stellt die Dequalifizierung von Beschäftigten dar, die im Ausland bereits berufstätig waren oder dort eine Ausbildung abgeschlossen haben. Hier gilt es, zum einen vorhandenes Potential mittels Kompetenzanalyse festzustellen, Anerkennungen und Nostrifizierungen zu erleichtern sowie Qualifizierungsmaßnahmen zielgruppenorientiert anzubieten. Zum anderen besteht Handlungsbedarf hinsichtlich einer integrationspolitischen Professionalisierung seitens zentraler arbeitsmarktpolitischer Träger, wie zum Beispiel des Arbeitsmarktservices. Maßnahmen in diesem Bereich könnten unter anderem einen entscheidenden Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs der oberösterreichischen Wirtschaft leisten. Vereinzelt werden daher bereits entsprechende Initiativen auf Bundes- und Länderebene gesetzt.

Da Entscheidungen über die Anerkennung von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen in einem hohen Maße Bundesmaterie betreffen, sind oberösterreichische Entscheidungsträger aufgerufen, entsprechende Änderungen an die Bundesebene weiterzutragen.

1 BALI Datenbank des AMS (unselbstständig Beschäftigte) Stand 2006. Auswertung durch Bettina Leibetseder in: B. Leibetseder: Zugewanderte und Einheimische in Oberösterreich (2008 – im Erscheinen).

2 Ebd.

3 Volkszählung 2001.

4 In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der Arbeitskreis „Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Ausbildung“ im Rahmen des Integrationsleitbildprozesses OÖ eine Empfehlung zur Arbeitsmarktöffnung für rechtmäßig niedergelassene AusländerInnen verabschiedet hat und diese aus integrationsrelevanten Gesichtspunkten zu begrüßen ist.

Mehrsprachige Beratung mit Schwerpunkt Aufenthalt & Beschäftigung

ZIELSETZUNG	Intensive, individuelle Beratung/Betreuung/Begleitung in einer der Person mit Informationsbedarf gut verständlichen Sprache mit dem Ziel einer nachhaltigen Arbeitsmarkt(Re)integration
KURZBESCHREIBUNG	<p>Migration setzt tiefgehende persönliche und soziale Veränderungsprozesse in Gang. Die rechtlichen und gesellschaftlichen Regeln sowie Normen müssen erkannt und mit einer Fülle von Informationen entdeckt und verarbeitet werden. Deutschsprachige Beratung zu Themen wie Aufenthalt und Beschäftigung wird von den Regelsystemen (wie Bezirkshauptmannschaften und AMS) zwar angeboten. Es zeigt sich jedoch, dass es in vielen Fällen zu einem Informationsverlust aufgrund von Sprachschwierigkeiten oder fehlendem Einblick in „fremde“ Systeme (Verwaltungsstrukturen, Gesetze ...) kommt oder die zeitlichen Ressourcen und Kompetenzen für eine umfassende Beratung, die auf die besonderen Situationen von MigrantInnen zugeschnitten sind, nicht ausreichen. Insbesondere in der Anfangszeit kann mehrsprachige, zielgruppengerechte Beratung massiv dazu beitragen, dass MigrantInnen für sie relevante Informationen tatsächlich nutzen können.</p> <p>Durch qualifizierte Beratungsangebote kann Integration gefördert, die Segmentationstendenzen verringert und der Zugang zu Regelsystemen erleichtert werden. Einrichtungen, die mehrsprachige Beratung anbieten (z.B. migrare, Arbeiterkammer), berichten von einer steigenden Zahl von Anfragen.</p> <p>Nach einer Detailklärung der Bedarfslage soll eine schrittweise Anpassung des Angebots in Angriff genommen werden. Dabei sollten sowohl die Angebote der Regelsysteme (insbesondere des AMS) als auch das ergänzende Beratungsangebot von in diesem Bereich tätigen Organisationen weiterentwickelt werden.</p>
ZIELGRUPPE	Menschen mit Migrationshintergrund, mit oder ohne österreichische Staatsbürgerschaft Beschäftigte in den Regelsystemen (z.B. AMS, Stiftungen, Beratungs- und Betreuungseinrichtungen ...)
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Gesamterhebung der aktuellen Angebote, Analyse des derzeitigen Angebots hinsichtlich der bedarfsgerechten Ausrichtung » Erhebung der Ist-Situation von Zielgruppen (Zielgruppenschwerpunkte: z.B. Jugend, Frauen, ältere MigrantInnen) und des Beratungsbedarfs » Erarbeitung der dezentralen Ergänzungsangebote – abgestimmt auf die Bedürfnisse der ermittelten Zielgruppen
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Zuständige Regelsysteme (insbesondere AMS)</p> <p>Kompetente NGOs (Regionalstellen) mit Unterstützung des Landes OÖ (Abt. Wirtschaft, Abt. Soziales) und anderen Trägern wie AMS</p> <p>Bei der Implementierung und Durchführung der Maßnahme sind die entsprechenden regionalen AkteurInnen (AMS-Regionalstellen, Sozialpartner, Gemeinden etc.) zu berücksichtigen bzw. zu integrieren.</p>
ZEITRAHMEN	<p>Vorprojektschritte bei entsprechender Auftragserteilung ab sofort möglich</p> <p>Umsetzungsphase</p> <p>Keine zeitliche Befristung</p> <p>Bedarf und Zielgruppenschwerpunkte (z.B. Jugend, Frauen, ältere MigrantInnen) sind jährlich zu erheben.</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Personal- und Sachkosten</p> <p>Die Höhe der notwendigen finanziellen Mittel hängt von Größe und Umfang des Beratungsbedarfs sowie vom gewählten Zuständigkeitsverhältnis zwischen Regelsystemen und NGOs ab.</p>

„Clearing und Chance“ – Nostrifizierung und (Re-)Qualifizierung

3.3.2

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten von aus dem Ausland zugewanderten Menschen gemäß ihrer Qualifikation » Deckung des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften auf dem oberösterreichischen Arbeitsmarkt » Erhöhung des Qualifikationsniveaus von Personen mit Migrationshintergrund
KURZBESCHREIBUNG	<p>Die Übertragung und Anrechnung von Qualifikationen aus anderen Ländern nach Österreich stellen für viele MigrantInnen aus verschiedensten Gründen (Sprache, „fremdes“ System, strenge gesetzliche Vorgaben, Notwendigkeit einer raschen Beschäftigung, enge zeitliche und finanzielle Ressourcen bei vorhandener Beschäftigung unter ihrer Qualifikation) eine schwer zu überwindende Hürde dar.</p> <p>Das AMS ist als führendes Dienstleistungsunternehmen am österreichischen Arbeitsmarkt die zentrale Anlaufstelle für Arbeitssuchende. Die Landes- und Regionalorganisationen des AMS bieten ein breites Beratungs- und Schulungsangebot. Zudem leisten verschiedene Organisationen/Einrichtungen im Bereich „Beschäftigung“ bzw. „Bildungsorientierung“ Unterstützung für MigrantInnen durch Beratungs- und Weiterbildungsangebote. Studien und Erfahrungen zeigen jedoch, dass zusätzlicher Handlungsbedarf im Bereich „Dequalifikation von Menschen mit Migrationshintergrund“ besteht.</p> <p>Es ist daher in folgenden Bereichen eine Optimierung der vorhandenen Angebote sowie eine engere Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen anzustreben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erhebung von Kompetenzen (formell und informell, Ausbildungen und Arbeitspraxis) 2. Bildungsberatung und Hilfe bei der Anerkennung von Qualifikationen in Österreich 3. Individuelle Schulungs- und Weiterbildungsangebote zum Erwerb fehlender (Teil-)Qualifikationen <p>Auf Basis der derzeitigen Voraussetzungen ist davon auszugehen, dass eine Anpassung der Angebote zusätzliche Ressourcen und Kompetenzen erfordert. Im Sinne der Verankerung von Integration als gesamtgesellschaftliche Querschnittsmaterie sollten die Regelsysteme diese Verantwortung wahrnehmen und ihre Angebote verstärkt an MigrantInnen als reguläre KundInnen, auf die besondere (z.B. rechtliche und sprachliche) Rahmenbedingungen zutreffen, ausrichten.</p> <p>Bei Qualifizierungsprogrammen sollten entsprechende Unterstützungsleistungen angeboten werden, damit ein hoher Anteil der TeilnehmerInnen das Ziel der Schulungsangebote erreicht. Neben Beratung und Begleitung sind darunter bei entsprechend dringlichem Bedarf Förderungen zur Deckung der Lebenserhaltungskosten zu verstehen. Im Sinne einer geschlechterbezogenen Chancengleichheit ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Teilnehmern und Teilnehmerinnen zu achten.</p>
ZIELGRUPPE	<p>Gesamtes Arbeitskräftepotential mit Migrationshintergrund Beschäftigte, Arbeitslose, „stille Reserve“: nicht registrierte Arbeitssuchende, insbesondere Frauen, Jugendliche</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Analyse der vorhandenen Strukturen/Angebote und Bedarfslagen » Bei entsprechender Bedarfslage Einrichtung eines zentralen Projektbüros zur Erarbeitung von Bildungs- und Qualifizierungsmodulen und Vernetzungsstrukturen » Planung und Organisation der Bildungs-/Qualifizierungsmodule » Verstärkte Vernetzung der in diesem Bereich tätigen Einrichtungen und Ausbau der dezentralen Beratungsstrukturen zu den Themen (Aus-)Bildung und Nostrifizierungsverfahren (Anknüpfungspunkte zur Maßnahmenempfehlung „Ausbau der mehrsprachigen Beratung mit Schwerpunkt Aufenthalt und Beschäftigung“ sowie zur Maßnahmenempfehlung „Integrationsfachdienst“) » Unterstützung bei der Anerkennung von aus dem Heimatland mitgebrachten Qualifikationen » Umsetzung individueller Bildungspläne zum Erwerb fehlender (Teil-)Qualifikationen und bei Bedarf entsprechende Begleitung der Prozesse
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>AMS, Land OÖ (Abt. Wirtschaft, Abt. Soziales) in Kooperation mit bestehenden Institutionen der Bildungsberatung (z.B. Arbeiterkammer OÖ) und der Erwachsenenbildung</p> <p>Bei der Implementierung und Durchführung der Maßnahme sind die entsprechenden regionalen AkteurInnen (AMS, Sozialpartner, Gemeinden, Unternehmen etc.) zu berücksichtigen bzw. zu integrieren.</p>
ZEITRAHMEN	<p>Analyse – je nach Umfang und Kooperationen zw. 3 Monaten und 1/2 Jahr</p> <p>Pilotprojekt im Zentralraum ab sofort möglich, sobald Trägerschaft und Finanzierung geklärt ist</p> <p>Dezentralisierung und Ausbau der Qualifizierungsmaßnahmen nach Evaluation des Pilotprojekts</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Ressourcen für Voranalyse</p> <p>Pilotprojekt im Zentralraum für 1 Jahr (bei 2 Personaleinheiten für mehrsprachige Bildungsberatung, rechtliche Auskünfte u.Ä. plus Räumlichkeiten, Fahrtkosten etc.: ca. 100.000 €)</p> <p>Kosten für Qualifizierungsmaßnahmen für voraussichtlich ca. 200 Personen – je nach Qualifizierungsmaßnahme und -umfang unterschiedlich</p>

Vermittlungscoaching für MigrantInnen

ZIELSETZUNG	Nutzung formeller und informeller Qualifikationen von MigrantInnen Optimierung der Vermittlungsarbeit Deckung des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften
KURZBESCHREIBUNG	Studien weisen immer wieder darauf hin, dass ein hoher Prozentsatz von MigrantInnen unter ihrer Qualifikation beschäftigt sind. Nach dem Vorbild des Konzepts des holländischen Vermittlungsbüros MAATWERK sollen vorhandene Qualifikationen für den/die Einzelnen und den Arbeitsmarkt nutzbar gemacht werden. Die Aufschließung der TeilnehmerInnen erfolgt über einen Coach. Nach Klärung der Kompetenzen (Technik der Kompetenzbilanzierung) wird ein den Qualifikationen entsprechender Arbeitsplatz durch die Vermittlungsagentur (Coach) akquiriert. Nach Übernahme in ein Dienstverhältnis ist eine Begleitung für ArbeitnehmerIn und Unternehmen zu empfehlen, bis die Nachhaltigkeit der Maßnahme gesichert ist. Die Erfahrungen einschlägiger Institutionen zeigen, dass sowohl Unternehmen als auch ArbeitnehmerIn zu Beginn einen intensiven Lernprozess durchlaufen, bei dem dringliche Fragen auftauchen und Reibungsflächen entstehen, die das Arbeitsverhältnis gefährden können. Eine professionelle Begleitung unterstützt nicht nur das einzelne Dienstverhältnis, sondern befähigt Unternehmen, die Integration von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in Betrieb zu verbessern, und öffnet daher auch zukünftige Möglichkeiten für weitere Beschäftigungen. Im Sinne einer Win-Win-Situation entsteht somit sowohl ein Vorteil für den/die Arbeitnehmer/in als auch für das Unternehmen.
ZIELGRUPPE	Personen mit Migrationshintergrund (sowohl als arbeitssuchend gemeldete Personen als auch Personen, die unter ihrer eigentlichen Qualifikation beschäftigt sind) Unternehmen Entsprechend der Chancengleichheit von Männern und Frauen ist ein ausgewogenes Verhältnis von Teilnehmern und Teilnehmerinnen anzustreben.
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Erarbeitung eines Detailkonzepts » Die Gewinnung von Unternehmen mit Bedarf an qualifizierten MitarbeiterInnen sollte bei der Konzeption einen eigenen Projektschritt darstellen, für den geeignete Strategien zu entwickeln sind. » Präsentation des Konzepts und grundsätzliche Beschlussfassung im arbeitsmarktpolitischen Forum des Landes OÖ » Ausschreibung durch das AMS OÖ <p>Bei der Implementierung und Durchführung der Maßnahme sind die entsprechenden regionalen Akteure (AMS, Sozialpartner, Gemeinden, Unternehmen etc.) zu berücksichtigen bzw. zu integrieren.</p>
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Land OÖ (Abt. Wirtschaft, Abt. Soziales) und AMS OÖ in Kooperation mit Organisationen mit Erfahrungen im Bereich Vermittlungscoaching
ZEITRAHMEN	Wenn auf ähnliche Konzepte aus anderen Bereichen aufgebaut wird, Umsetzung in kurzer Zeit möglich
RESSOURCENBEDARF	Abhängig vom Ausmaß der Maßnahme und Intensität der einzelnen Betreuung/Begleitung Personelle und finanzielle Ressourcen für Kompetenzbilanzierung, Vermittlungsarbeit und Begleitung; Kontaktpflege mit Unternehmen und AMS

IMPLACEMENT – Ausbildungsadäquate Integration von MigrantInnen

3.3.4

ZIELSETZUNG	Nutzung des Fachkräftepotentials von MigrantInnen Verringerung des Fachkräftemangels
KURZBESCHREIBUNG	<p>IMPLACEMENT ist ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, bei dem über eine Stiftung TeilnehmerInnen mittels Aus- oder Weiterbildung betriebsnah qualifiziert werden. Die Qualifizierungsmaßnahmen werden in Kooperation mit Unternehmen durchgeführt – das Ziel ist die Übernahme des/der TeilnehmerIn in ein Beschäftigungsverhältnis durch das Unternehmen. Die Finanzierung von Implacement-Stiftungen erfolgt durch das AMS, das Land OÖ (Abt. Wirtschaft) und Unternehmen. Vorbild des konkreten Maßnahmenvorschlags ist das Konzept der FEM-Implacement: Die Aufschließung der TeilnehmerInnen erfolgt über einen Berufsorientierungskurs mit der Methode der Kompetenzbilanzierung durch das AMS. Eine intensive Begleitung der AusbildungsteilnehmerInnen und der Unternehmen während der Stiftung sichert den Erfolg des Projekts für beide Seiten. Nach Klärung der Zielsetzung wird ein Ausbildungsplatz durch den Stiftungsträger akquiriert und nach Ausbildung im Rahmen der Implacementstiftung in das Ausbildungsunternehmen in ein Dienstverhältnis übernommen. Im Sinne von Integration als Querschnittsmaterie ist es anzustreben, nicht nur neue Stiftungen für die unten beschriebene Zielgruppen zu gründen, sondern auch vorhandene Stiftungen für MigrantInnen unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus einschlägigen Projekten zu öffnen.</p>
ZIELGRUPPE	<ul style="list-style-type: none"> » Unternehmen » Arbeitslosenbezugsfähige Personen mit Migrationshintergrund ab 19 Jahren, die sich für eine Aus- oder Weiterbildung interessieren und die dafür notwendigen Voraussetzungen (z.B. Basiskenntnisse Deutsch) mitbringen <p>Im Sinne der Chancengleichheit von Männern und Frauen ist darauf zu achten, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Teilnehmern und Teilnehmerinnen hergestellt wird.</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Präsentation des Konzepts und grundsätzliche Beschlussfassung im arbeitsmarktpolitischen Forum des Landes OÖ » Ausschreibung durch das AMS OÖ <p>Bei der Implementierung und Durchführung der Maßnahme sind die entsprechenden regionalen Akteure (AMS, Sozialpartner, Gemeinden etc.) zu berücksichtigen bzw. zu integrieren.</p> <p>Der Trend zur Segmentierung von Zugewanderten in bestimmte Branchen sollte im Zuge der Stiftungsmaßnahmen nicht verstärkt werden.</p> <p>Es sollten entsprechende Unterstützungsleistungen angeboten werden, damit ein möglichst hoher Prozentsatz der TeilnehmerInnen das Maßnahmenziel erreicht. Neben Beratung und Begleitung sind hier insbesondere Förderungen zur Deckung der Lebenserhaltungskosten ausschlaggebend.</p>
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Land OÖ (Abt. Wirtschaft) AMS Stiftungsträger/NGOs mit Erfahrungen in diesem Bereich</p>
ZEITRAHMEN	<p>Konzeptausarbeitung kann aufbauend auf FEM-Implacement rasch erfolgen, Umsetzung anschließend bei ausreichender Finanzierung sofort möglich Kursdauer (Berufsorientierung) 14 Wochen Dauer der Stiftung max. 4 Jahre</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Ausbildungskosten Finanzierung der Berufsorientierung und des Coachings Unterstützung bei Deckung der Lebenserhaltungskosten</p>

Berufsorientierung und Basisqualifikation für arbeitsmarktferne Jugendliche

ZIELSETZUNG	<p>Motivationsorientierte Berufsorientierung und niederschwelliges Arbeitstraining (Vermittlung arbeitskultureller Schlüsselqualifikationen) in einem lust- und spaßbetonten Arbeitskontext</p> <p>Erprobung von arbeitsmarktrelevanten Fähigkeiten und Interessen der Jugendlichen</p> <p>Perspektiven- und Motivationsgewinnung für eine später angestrebte Berufsausbildung bzw. Berufstätigkeit</p> <p>Kritische Reflexion der geschlechterdifferenzierenden Segregation am Arbeitsmarkt</p>
KURZBESCHREIBUNG	<p>Die vorliegende Maßnahmenempfehlung schlägt eine neue Art der Berufsorientierung und der Vermittlung arbeitskultureller Schlüsselqualifikationen vor: Diese soll „en passant“ (nicht auf Kursbasis) durch Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung zum Beispiel von Kulturveranstaltungen (Konzerte u.Ä.) in Kooperation mit Kulturinitiativen erfolgen; durch diesen Ansatz kann bessere Motivation und hohes Engagement erwartet werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> » Berufsorientierung und Basisqualifikation in folgenden Bereichen: Büroorganisation; Marketing; Werbung; Tontechnik und andere technische Bereiche; Audio-, Video- und digitale Aufnahmetechniken; Gastronomie; die Jugendlichen lernen in dieser Phase jeweils einen geschlechtstypischen und einen geschlechtsatypischen Arbeitsbereich kennen » Geringfügige Bezahlung für die Zeit der Mitarbeit » Nachbereitung, Reflexion der Arbeitserprobung und Perspektivengewinnung mit den jugendlichen ProjektteilnehmerInnen, inklusive kritischer Hinterfragung der geschlechtsbedingten Segregation am Arbeitsmarkt (auf Basis der bei der Berufsorientierung gemachten Erfahrungen) <p>Bei der Implementierung und Durchführung der Maßnahme sind die entsprechenden regionalen Akteure (AMS, Sozialpartner, Gemeinden, Schulen/Horte etc.) zu berücksichtigen bzw. zu integrieren. Erfahrungen aus ähnlichen Bereichen zeigen, dass eine Einbindung der Eltern zum Erfolg der Maßnahmen beiträgt. Bei Bedarf sollten entsprechende Unterstützungsmaßnahmen gesetzt werden, damit ein möglichst hoher Prozentsatz der TeilnehmerInnen das Maßnahmenziel erreicht.</p> <p>Die Gewinnung von geeigneten Kooperationspartnern wie etwa Kulturveranstaltern-/institutionen sollte bei der Planung als zentraler Punkt bedacht werden, für den entsprechende Konzepte zu entwickeln sind.</p>
ZIELGRUPPE	<p>Arbeitsmarktferne jugendliche Mädchen und Burschen (mit Migrationshintergrund)</p> <p>Im Sinne der geschlechterbezogenen Chancengleichheit ist auf ein ausgewogenes Verhältnis von weiblichen und männlichen Jugendlichen zu achten.</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Beauftragung einer koordinierenden Einrichtung » Zugang zu Zielgruppe (über Jugendzentren etc.) und Kulturinitiativen schaffen » Testlauf zur Entwicklung eines Modellprojekts » Adaptierungen aufgrund der Ergebnisse des Testlaufs » Projektdurchführung in den verschiedenen Regionen Oberösterreichs » Wiederholung der Module nach Bedarf
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>AMS, Land OÖ (Abt. Wirtschaft, evt. Abt. Soziales, Abt. Bildung u. Gesundheit)</p> <p>Realisierung möglichst in jedem Bezirk, organisiert und koordiniert von NGOs, die in der jeweiligen Region aktiv sind</p>
ZEITRAHMEN	<p>Im Zuge der Vorbereitungsarbeiten ca. 4 Monate für den Zugang zu Zielgruppe und Kulturinitiativen sowie für das Design des ersten Testlaufs; Testlauf ca. 2,5 Monate, danach 2 Monate für Reflexion und Adaptierung</p> <p>Im Regelbetrieb ca. 2,5 Monate für Vorbereitung und Durchführung der Kulturveranstaltung sowie Nachbereitung und Perspektivenklärung für die jugendlichen ProjektteilnehmerInnen</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Ressourcen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> » Projektleitung und Koordination der Tätigkeitsbereiche » Arbeitsanleitung für Büroorganisation, Marketing, Werbung/für den technischen Bereich/für den gastronomischen Bereich (Arbeitsanleitung vermutlich auf Werkvertragsbasis möglich) » Raummiete, Büroinfrastruktur, Aufwandsentschädigungen (Kilometergeld) etc. <p>Für die Durchführung des Modellprojekts ist von einer Gruppe von ca. 12 Jugendlichen auszugehen.</p>

Integrationsgütesiegel für Betriebe

3.3.6

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Förderung der Gleichstellung/Gleichbehandlung im Betrieb » Reduzierung/Verhinderung von Ausgrenzung » Dokumentation des Status des Unternehmens in Bezug auf Integration » Regelmäßige Überprüfung der Einhaltung zugesagter Maßnahmen » Motivation für Unternehmen, sich mit dem Thema zu beschäftigen » Sensibilisierung und Information zum Thema MigrantInnen und Arbeitsmarkt
KURZBESCHREIBUNG	<p>Auf Basis von festzulegenden Kriterien (s. Projektschritte) sollen Unternehmen mittels eines Gütesiegels ausgezeichnet werden, die im Bereich Integration von Zugewanderten positive und innovative Schritte setzen.</p> <p>Die Verleihung eines Gütesiegels hat gegenüber einem Integrationspreis den Vorteil, ein privatwirtschaftlich akzeptiertes Qualitätsmerkmal von Unternehmen darzustellen. Jedes auf diese Weise ausgezeichnete Unternehmen kann mit dem Gütesiegel werben. Darüber hinaus werden Unternehmen auf diese Weise zu Trägern von integrationsspezifischen Themen im positiven Sinne und unterstützen damit Öffentlichkeitsarbeit und das Engagement von anderen AkteurInnen in diesem Bereich.</p> <p>Es wird angeregt, öffentliche Förderungen mit dem Gütesiegel zu verknüpfen, um eine möglichst hohe Akzeptanz und Breitenwirkung sicherzustellen.</p> <p>Anzustreben wäre ein länderübergreifendes Gütesiegel, welches von den teilnehmenden Bundesländern oder vom Bund verliehen wird.</p>
ZIELGRUPPE	Alle Unternehmen und Organisationen/Institutionen in Oberösterreich, die MigrantInnen beschäftigen oder beschäftigen wollen. Dies betrifft dezidiert auch Gemeinden und andere öffentliche Einrichtungen in ihrer Funktion als Beschäftigungsgebende.
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Festlegung einer Institution, die den Ablauf auf Dauer betreut » Erarbeitung eines Kriterienkatalogs und einer Ablaufinformation (Aufnahme von Punkt „Frauenförderung“ als positivem Zusatzkriterium bei der Auswahl) – Siehe Unternehmen, die mit „multikulturellem“ Team werben (Hotelkette Ibis, Landestheater, SKF) » Erarbeitung der Bewerbungsunterlagen » Gestaltung des Gütesiegels » Einrichtung einer unabhängigen Jury » Ausschreibung in geeigneten Medien » Erstmalige Verleihung (evt. LH, LRäte Ackerl, Sigl) » Evaluierung der Erfahrungen, evt. Adaption der Bedingungen
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Ist festzulegen – vorzugsweise Land OÖ (Abt. Soziales) oder in ihrem Auftrag eine geeignete NGO Antidiskriminierungsstelle des Landes (Einbindung in Erarbeitung Kriterienkatalog und Jury)
ZEITRAHMEN	Nach Festlegung der Bedingungen etwa 1/2 Jahr bis zur ersten Verleihung, dann jährliche Ausschreibung und Verleihung
RESSOURCENBEDARF	<p>Personelle Ressourcen zur laufenden Betreuung – etwa 1–2 Monate pro Jahr</p> <p>Kosten für Veranstaltung zur Verleihung</p> <p>Gestaltung Gütesiegel – Grafik</p> <p>Kosten für laufende Öffentlichkeitsarbeit</p>

Verwaltung, Gleichstellung, Partizipation, Sicherheit

3.4

Vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen wird die Teilhabe am öffentlichen Leben unter dem Aspekt der Integration in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutlich an Bedeutung gewinnen. Indem sich moderne, durch Migration geprägte Gesellschaften in sozialer, kultureller und ethnischer Hinsicht pluralisieren, stellt sich die Frage, inwiefern die öffentlichen Institutionen und Verwaltungen auf die damit einhergehenden vielschichtigen Fragen, Herausforderungen und Chancen vorbereitet sind. **Es geht hierbei nicht vorrangig um spezielle Maßnahmen für ausländische StaatsbürgerInnen, sondern vor allem um eine bewusste und differenzierte Wahrnehmung von Menschen mit Migrationshintergrund (inländische und ausländische StaatsbürgerInnen) als alltägliche KundInnen der Verwaltung.**

Vor diesem Hintergrund wird im Bereich der öffentlichen Verwaltung und Behörden ein entsprechend zielgruppenorientierter, interkultureller Öffnungs- und Anpassungsprozess angestrebt. Die wachsende Diversität der KundInnen, ebenso wie die gesetzlichen Bestimmungen, zwingen die Organisationen, Benachteiligungen und Diskriminierungen aus den unterschiedlichsten Gründen sozial wie auch strukturell zu vermeiden und faire Chancen und Zugangsmöglichkeiten für alle BürgerInnen (Ober-)Österreichs zu schaffen.

Durch die Umsetzung der Gleichbehandlungsrichtlinie und der Antirassismusrichtlinie wurde eine neue Dimension der rechtlichen Mittel gegen Diskriminierungen erreicht: Es besteht nun ein Gleichbehandlungsgebot im Arbeits- und Berufsleben aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder Weltanschauung, des Alters und/oder der sexuellen Orientierung. Zudem dürfen Menschen aufgrund der ethnischen Herkunft auch nicht beim Sozialschutz (einschließlich der sozialen Sicherheit und der Gesundheitsdienste), bei sozialen Vergünstigungen, bei der Bildung sowie beim Zugang zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, benachteiligt werden. Eine unterschiedliche Behandlung aufgrund der Staatsangehörigkeit ist allerdings nach wie vor zulässig, wenn diese gesetzlich vorgegeben oder sachlich gerechtfertigt ist.¹

Positiv und potentialorientiert gelesen, soll Diversitätsmanagement zu einem Wandel der Organisationskultur führen, welche die Vielfalt anerkennt und sie für den Gewinn aller – also auch der MitarbeiterInnen der Organisation – nützt. Maßnahmen des Diversitätsmanagements umfassen die ganze Organisation, da deren Selbstverständnis und somit auch ihre Organisationskultur während des Prozesses verändert und weiterentwickelt wird. Der Prozess sollte einerseits alle Ebenen umfassen (Landesverwaltung, Bezirksverwaltungsbehörden und Gemeinden) und andererseits nicht nur die Öffnung zu dem/der Kunden/in berücksichtigen, sondern auch die Verantwortung des Landes als Arbeitgeber ernst nehmen. Maßnahmenempfehlungen, die die Landesverwaltung betreffen, sind daher aufgrund ihrer grundlegenden Bedeutung auch Teil der Strategischen Maßnahmen des Integrationsleitbildes OÖ.

¹ Nähere Informationen zum oberösterreichischen Antidiskriminierungsgesetz finden sich unter: www.ooe.gv.at – Themen – Gesellschaft und Soziales – Beratungsstellen – Oö. Antidiskriminierungsstelle.

„Willkommen!“ – Informationspaket für Zugewanderte

3.4.1

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Frühzeitige Information von MigrantInnen über für sie relevante Themen » Geste der Wertschätzung und Anerkennung gegenüber MigrantInnen, die neu nach (Ober-)Österreich zuwandern » Überblick über integrationsspezifische Informationen und Orientierung für in einzelnen Bereichen tätigen Personen und Interessierte
KURZBESCHREIBUNG	<p>Zuwanderung erfordert ein sich Zurechtfinden in einer neuen Lebensumgebung und fremden Systemen. Frühzeitig ansetzende und zielführende Informationen können MigrantInnen bei der Bewältigung ihres Alltages unterstützen und tragen so zu einer erleichterten Integration bei. Entsprechend aufbereitete Informationen tragen darüber hinaus auch zur Unterstützung von Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften und NGOs in Integrationsfragen bei. Im Sinne einer Wertschätzung sollte das Informationspaket klare Begrüßungsworte beinhalten.</p> <p>Der Informationsteil könnte folgende Bereiche abdecken:</p> <ul style="list-style-type: none"> » Themenbereiche: politisches System und Rechtssystem, Aufenthalt, Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Freizeit, Sicherheit (z.B. Jugendschutz, Opferschutz, Antidiskriminierung), Frauen, Männer, Familie, Ältere, Jugendliche ... » Liste von Erstanlaufstellen und Beratungseinrichtungen; Einrichtungen, die Deutschkurse anbieten; Einrichtungen des Landes, des Bezirks, der Gemeinde – evt. Verknüpfung mit Gutscheine/Vergünstigungen für neu Zugewanderte (z.B. öffentliche Bücherei) <p>Angeregt wird, das Willkommenspaket in Baukastenform aufzubauen: Basis österreich- und oberösterreichspezifische Informationen, je nach Bezirk eigene Informationen über Anlaufstellen und Beratungseinrichtungen, evt. gemeinde- bzw. stadtspezifische Hinweise (z.B. Stadt-/Ortsplan), Informationen über öffentliche Verkehrsmittel, Einkaufsmöglichkeiten. Nach Möglichkeit sollte die Willkommensmappe in den Sprachen der Hauptgruppen von MigrantInnen übersetzt werden. Wichtig ist in jedem Fall eine präzise und gleichzeitig verständliche Sprache.</p> <p>Einer Willkommengeste entsprechend sollte das Informationspaket von Gemeindeämtern bzw. Bezirkshauptmannschaften beim Erstkontakt mit Zugewanderten ausgegeben werden. Empfehlenswert wäre zudem ein Aufliegen der Mappen in Beratungseinrichtungen (öffentlich und NGO-Bereich). In einigen Städten/Gemeinden kann auf bereits bestehende Erfahrungen im Bereich Informationen für Neuzuziehende von öffentlicher Verwaltung (aber auch Wohnbaugesellschaften) zurückgegriffen werden.</p>
ZIELGRUPPE	MigrantInnen und sonstige Interessierte, zum Beispiel AkteurInnen im Integrationsbereich, MitarbeiterInnen von Bezirksverwaltungsbehörden
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Sammlung und Aufbereitung der Informationen » Übersetzungen in den Sprachen der Hauptgruppen von MigrantInnen (im Idealfall: Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Türkisch, Russisch, Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch) » Laufende Aktualisierung » Layout, Druck » Weitergabe an Kontaktstellen (Bezirksverwaltungsbehörden, NGOs)
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Land OÖ (Koordination durch Abt. Soziales, Finanzierung durch mehrere Abteilungen) Städte und Gemeinden Informationsbereitstellung durch Abteilungen der Landesverwaltung, NGOs, BH, sonstige Einrichtungen</p>
ZEITRAHMEN	<p>Je nach Ressourcen: Erstellung der deutschen Fassung 6–8 Monate Übersetzungsarbeit (je nach Umfang) Laufende Wartung</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Personelle Ressourcen für Erstellung des Infopakets Übersetzungskosten Kosten für Layout und Druck Personelle Ressourcen für laufende Aktualisierungsarbeiten</p>

Verstärkung der Diversitätskompetenz in der Verwaltung

ZIELSETZUNG	KundInnen- und diversitätsorientierte Anpassung der Strukturen und Leistungen der Verwaltung an die Situation und Bedürfnisse einer sich durch Migration verändernden Bevölkerung Oberösterreichs
KURZBESCHREIBUNG	Die Bevölkerungsstruktur Oberösterreichs und damit auch die Bedürfnisse der KundInnen der Oö. Landesverwaltung haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Dies stellt die Verwaltung vor neue Herausforderungen, denen es mittels potenti- al- und zukunftsorientierter Strategien zu begegnen gilt. Handlungsfelder sind in den Bereichen Strukturelle Verankerung des Themas Integration in der Verwaltung, MigrantInnen als KundInnen der Verwaltung und Diversität als Teil der Personalpolitik der Verwaltung zu sehen.
ZIELGRUPPE	Verwaltungsbehörden bzw. MigrantInnen als KundInnen der Verwaltung
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<p>Strukturelle Verankerung des Themas Integration in der Verwaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> » Evaluation und Weiterentwicklung aktueller Verwaltungspraktiken (Feststellung der sensiblen Bereiche und Schnittstellen; Datenerhebung der KundInnenstruktur je nach Abteilung und insgesamt; Überprüfung, ob die Leistungen der Verwaltung bedarfsgerecht sind etc.) » Integration als Querschnittsthema – Förderung von Projekten durch die jeweils thematisch zuständige Abteilung » Weiterentwicklung der Koordinationsstelle für Integration (s.a. Bereich „Strategische Maßnahmen“ im Leitbild) <p>MigrantInnen als KundInnen der Verwaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> » Deutsch als Amtssprache ist die Verkehrssprache der Verwaltung, im Sinne einer praxisnahen KundInnenorientierung werden jedoch vermehrte und flexiblere Strategien zur Erleichterung von Sprachbarrieren notwendig (Vereinfachung von Formularen, Übersetzung von Merkblättern, Flexibilisierung des offiziellen Dolmetschsystems, Modelle zur Nutzung und Anerkennung informeller Sprachkenntnisse etc.) » Unterstützung von MigrantInnenvereinen beim Verständnis von Förderkriterien und Antragsverfahren für Förderungen der öffentlichen Hand (es geht nicht um Ausnahmeregelungen, sondern um die Befähigung, verordnungskonforme Förderanträge einzubringen und Projekte abzuwickeln), evt. Land OÖ (Koordinationsstelle für Integration) in Zusammenarbeit mit KUPF (Kulturplattform OÖ) <p>Diversität als Teil der Personalpolitik der Verwaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> » Erhöhung des Anteils von MigrantInnen am Personal der Verwaltung (davon ausgenommen die Kernbereiche der Hoheitsverwaltung) » Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit sowohl bei der Aufnahme von Personal als auch in den Personalentwicklungsplänen (insbesondere der Sprachen aus den Hauptherkunftsländern) » Schulungsmaßnahmen für Verwaltungspersonal (s. eigene Maßnahmenempfehlung)
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Land OÖ (Präsidium in Zusammenarbeit mit den einzelnen Direktionen und Abteilungen der Landesverwaltung, insbesondere der Direktion Personal) Zusammenarbeit mit Universität Linz – Studien (z.B. Erhebung Ist-Zustand) Austausch mit Magistrat Linz, Arbeiterkammer OÖ, NGOs mit vorhandenem Dolmetschpool
ZEITRAHMEN	Der zeitliche Rahmen zur Umsetzung der Projektschritte hängt von der Präzisierung der jeweiligen Aktivität ab. Es ist jedenfalls anzustreben, entsprechende Entscheidungs- und Konzeptionierungsprozesse zum ehestmöglichen Zeitpunkt (Beschlussfassung des Integrationsleitbildes) in die Wege zu leiten.
RESSOURCENBEDARF	Eine Kalkulation der notwendigen Ressourcen ist erst nach detaillierter Situationsanalyse und bei Präzisierung der einzelnen Projektschritte sinnvoll und möglich. Es ist mit Ressourcen zu rechnen für u.a.: Evaluation, Entscheidungsprozesse, Weiterbildungsmaßnahmen, Erarbeitung von geeignetem Informationsmaterial ...

3.4.3

Schulungsmaßnahmen für Verwaltungspersonal

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Erleichterung des Kontakts zwischen Verwaltung und MigrantInnen für beide Seiten, damit auch Qualitätssicherung und Steigerung der Arbeitszufriedenheit von Verwaltungspersonal in Bereichen mit erhöhter multiethnischer KundInnenfrequenz » Stärkung der interkulturellen Kompetenzen durch Sensibilisierung, Informationsvermittlung und Stärkung der empathischen Fähigkeiten von MitarbeiterInnen von Verwaltungsbehörden, Ämtern, Polizei, sonstigen Bediensteten ...
KURZBESCHREIBUNG	<p>Beim Kontakt zwischen Verwaltung und MigrantInnen spielen sowohl die Rahmenbedingungen aufgrund spezifischer Verwaltungsstrukturen und -abläufe (und damit verbundener Verständnisschwierigkeiten für Außenstehende) eine Rolle als auch die häufig besondere Ausgangslage von MigrantInnen (Verwaltung als Erstanlaufstelle des Aufnahmelandes, andere Erfahrungen aus Herkunftsland, Gewicht der Verwaltungsentscheidungen für Lebensalltag, sprachliche Hürden, besondere rechtliche Voraussetzungen etc.). Im Sinne einer Erleichterung des Kontakts zwischen Verwaltung und MigrantInnen und einer Qualitätssicherung von Verwaltungspraktiken sollten MitarbeiterInnen für die an sie gestellten Herausforderungen sensibilisiert, gestärkt und aus-/weitergebildet werden.</p> <p>Inhaltliche Auseinandersetzung mit folgenden Themen im Rahmen von Aus-, Fort- und Weiterbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> » Migrationsbewegungen nach Österreich (früher und heute) » gesetzliche Rahmenbedingungen für AusländerInnen » Begriffsklärungen » Charakteristika des Kontakts zwischen Verwaltung und KundInnen der Verwaltung » Merkmale interkultureller Kommunikation » Auseinandersetzung mit und Hilfestellung für Alltagssituationen » Informationen über Einrichtungen im Integrationsbereich » Informationen über Dolmetschsystem in der Verwaltung » ... <p>Förderung des Zugangs zu Supervision für Verwaltungspersonal mit erhöhter KundInnenfrequenz und Exekutive (Angebot Supervision z.B. für MitarbeiterInnen der Abt. Soziales des Landes OÖ zurzeit bereits vorhanden, eventuelle Barrieren für Inanspruchnahme eruieren und abbauen)</p>
ZIELGRUPPE	<ul style="list-style-type: none"> » MitarbeiterInnen von Verwaltungsbehörden (Landesverwaltung, Bezirkshauptmannschaften, Magistrate bzw. bei einem entsprechend hohen Anteil von MigrantInnen auch MitarbeiterInnen von Gemeinden), nach Möglichkeit sind entsprechende Schulungsmaßnahmen auch im Bereich der Exekutive zu setzen » Personal von Betrieben, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Verankerung eines entsprechenden Beschlusses für Ausbildungspläne und Weiterbildungsprogramme » Festsetzung, Ausformung Inhalt/Lehrplan » Einbindung geeigneter Lehrender, Ausbildungsstätten
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Land OÖ (Direktion Personal, Direktion Inneres und Kommunales) Magistrate der Statutarstädte Gemeinden mit einem erhöhten AusländerInnenanteil Jeweilige Ausbildungsstätten</p>
ZEITRAHMEN	<p>Entscheidungsprozess, Verankerung Entwicklung Angebot bzw. Anpassung vorhandener Angebote – möglicher Zeitrahmen nach Abklärung mit zuständigen Stellen</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Ressourcen zur Verankerung entsprechender Beschlüsse und Ausarbeitung von Lehrinhalten Honorare für Lehrende</p>

Verankerung der Integrationsthematik auf Gemeindeebene

ZIELSETZUNG	<p>Schaffung einer Zuständigkeitsstruktur für das Thema Integration und Diversität in Gemeinden mit mittlerem und höherem Anteil an MigrantInnen</p> <p>Verankerung des Themas Integration als Querschnittsmaterie</p> <p>Aufbau entsprechender Kompetenzen in den Gemeinden</p>
KURZBESCHREIBUNG	<p>Die Oö. Gemeindestudie hat 2006 ergeben, dass die strukturelle Verankerung der Integrationsthematik auf Gemeindeebene bis dato sehr gering ausgeprägt ist. Fragen der Integration von Zugewanderten werden zurzeit überwiegend noch nicht als Querschnittsmaterie der verschiedenen Bereiche wahrgenommen und daher am ehesten in den Sozialausschüssen behandelt. Im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes soll Integration als Querschnittsmaterie, d.h. ressortübergreifend auch in den Oö. Gemeinden verankert werden. Für Gemeinden mit mittlerem, höherem und hohem Anteil an MigrantInnen ist daher die Schaffung einer konkreten Zuständigkeitsstruktur für Integrationsfragen anzustreben. Denkbar ist die Einrichtung eines Gemeindeausschusses, der für das Thema Integration und Diversität zuständig ist, und/oder die Benennung und Aufgabenbeschreibung einer zuständigen Person der Gemeindeverwaltung.</p> <p>Das Thema Integration könnte zudem in Entwicklungsprozessen (z.B. Gemeindeentwicklungsplan) verankert werden. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit den regionalen Beratungseinrichtungen und Integrationshilfe leistenden Organisationen sowie Bildungseinrichtungen und Vereinen vor Ort sollte in jedem Fall eine zentrale Rolle spielen.</p>
ZIELGRUPPE	Gemeinden mit mittlerem, höherem und hohem Anteil an MigrantInnen.
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Aufgabenbeschreibung notwendiger Strukturen für den Bereich Integration in den Oö. Gemeinden » Erarbeitung von geeigneten Konzepten zur Unterstützung dieser Strukturen durch die Landesverwaltung und die Bezirksverwaltungsbehörden sowie für den Informationsaustausch mit anderen Gemeinden und regionalen Einrichtungen (z.B. NGOs im Integrationsbereich) » Verankerung von Zuständigkeitsstrukturen für Integration bei höherem MigrantInnenanteil in der Oö. Gemeindeordnung bzw. in den Stadtstatuten » Umsetzung in den einzelnen Gemeinden
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Land OÖ (Direktion Inneres und Kommunales)</p> <p>Oö. Gemeindebund, einzelne Gemeinden</p> <p>Kooperierende Institutionen und Einrichtungen (Bezirksverwaltungsbehörden, NGOs)</p>
ZEITRAHMEN	1 ½ bis 2 Jahre
RESSOURCENBEDARF	<p>Land OÖ: Ressourcen für Konzepterarbeitung und Entscheidungsprozesse</p> <p>Gemeinden: je nach Form der Verankerung notwendiger Strukturen</p>

Gesundheit und Soziales

3.5

MigrantInnen gehören im Durchschnitt eher Gruppen mit geringerem Einkommen an. Ähnlich wie bei ÖsterreicherInnen in unterdurchschnittlichen sozioökonomischen Situationen führen daher zum Beispiel belastende Wohnungs- und Arbeitsbedingungen zu einem allgemein schlechteren Gesundheitszustand. Dazu kommen besondere Lebenslagen und Bedürfnisse aufgrund migrationsbedingter psychischer und physischer Belastungen wie auch sozio-kultureller Unterschiede. Insbesondere bei Flüchtlingen (Asylberechtigten) zeigen sich vermehrt gesundheitliche Einschränkungen aufgrund von Traumatisierungen im Heimatland, Fluchterlebnissen, einer eventuellen Trennung von Familienmitgliedern und FreundInnen etc. – oft erst nach Klärung der Fragen Aufenthalt, Wohnen, Arbeit und Schulbesuch von Kindern. Mangelnde oder eingeschränkte Deutschkenntnisse und unzureichende Informationen sind zusätzliche Barrieren für eine optimale Gesundheitsversorgung und Präventionsmaßnahmen. Umgekehrt stellt gerade die Komplexität des Themas „MigrantInnen und Gesundheit“ EntscheidungsträgerInnen und MitarbeiterInnen von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, Versicherungen etc. vor Herausforderungen im Alltag.

Für eine optimale Gesundheitsversorgung sollten kulturelle Bedürfnisse, die von unterschiedlichen Werten und Normen, religiöser Zugehörigkeit, familiären Bedürfnissen sowie der Sichtweise betreffend Leben und Tod herrühren, nach Möglichkeit eine Berücksichtigung im Gesundheitssystem finden. MigrantInnen erleben Gesundheit und Krankheit zum Teil anders oder drücken Schmerzen anders aus. **Geeignete Schritte – auch im Sinne einer Erleichterung des Arbeitsalltags für MitarbeiterInnen von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen – sind daher sowohl in Richtung einer verbesserten Kommunikation und Information als auch im Bereich der Sensibilisierung und Qualifizierung der im Gesundheitswesen Tätigen zu setzen.** Ein besonderes Augenmerk sollte dem Bereich Frauengesundheit sowie der Anpassung der Angebote im psychosozialen Bereich geschenkt werden.

Die zukünftige Alterung der Gesellschaft betrifft ÖsterreicherInnen, aber auch Zugewanderte. Aufgrund der vermehrten Erwerbstätigkeit der Frauen und sinkenden Geburtenzahlen in der zweiten und dritten Generation kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Pflege- und Betreuungsbedarf der Älteren in der Familie gedeckt werden kann. Ein interkultureller Öffnungsprozess soll sich deswegen auch auf die Ausbildung von Pflegepersonal sowie den Zugang und die Bereitstellung der notwendigen Dienstleistungen erstrecken.

Interkulturelle Öffnung von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen

ZIELSETZUNG	<p>Zielgruppenorientierte Ausrichtung der Träger von Gesundheitseinrichtungen im intra- und extramuralen Bereich sowie von Sozialeinrichtungen um:</p> <ul style="list-style-type: none"> » Qualität der Begleitung, Betreuung und Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund sicherzustellen » Transparenz (Angebot für alle Betroffenen) zu schaffen » Sensibilisierung gegenüber fremden Kulturen und Abbau von Vorurteilen zu fördern
KURZBESCHREIBUNG	<p>Aufgrund der demographischen Entwicklung verzeichnen die Einrichtungen im Gesundheitsbereich einen steigenden Anteil an MigrantInnen als PatientInnen bzw. KundInnen. Um den damit verbundenen Herausforderungen optimal begegnen zu können, sollten Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen gesetzt werden. Für ein Gelingen der Prozesse sind die Zusammenarbeit der einzelnen Bereiche sowie die Einbindung der jeweiligen (Kosten-)Träger entscheidend.</p>
ZIELGRUPPE	<p>MitarbeiterInnen von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen MigrantInnen</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ol style="list-style-type: none"> 1. Aus- und Fortbildung: <ul style="list-style-type: none"> » interkulturelle Kompetenz in Aus- und Fortbildungs-Curricula im Bereich der Gesundheits- und Sozialberufe verankern » Erwerb von relevanten Sprachkenntnissen unterstützen 2. Informationsdefizite „glätten“: <ul style="list-style-type: none"> » Ausbau und Flexibilisierung von Dolmetschdiensten » verstärkte Vernetzung von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen untereinander (insbesondere zwischen intra- und extramuralem Bereich) » Austausch und Zusammenarbeit mit Organisationen aus dem Integrationsbereich, gemeinsame Informationsveranstaltungen » mehrsprachige Informationsblätter ... 3. MigrantInnen als Personal von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen: <ul style="list-style-type: none"> » Verstärkte Aufnahme von MigrantInnen als Personal von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen – neben Entscheidungsprozessen in den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen (sowohl intra- als auch extramuraler Bereich) soll eine Informationsoffensive zum Thema „Pflegeberufe“ gestartet werden, um junge Menschen (insbesondere mit Migrationshintergrund) und WiedereinsteigerInnen für diese Tätigkeitsfelder zu gewinnen (mögliche Informationskanäle: Schul- und Berufseinrichtungen, MigrantInnenvereine, NGOs, die im Gesundheits- und Integrationsbereich tätig sind, Medien, Bildungsberatungsstellen ...) » Wahrnehmung und Förderung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund als positiven Faktor im Betrieb 4. Förderung eines personenorientierten kultursensiblen Ansatzes in der Begleitung, Betreuung und Pflege von PatientInnen bzw. KlientInnen <p>In einigen Bereichen werden bereits Schritte in die oben beschriebenen Richtungen gesetzt. Es gilt, die vorhandenen Angebote und Projekte zu evaluieren, Informationen über Good Practice Beispiele zur Verfügung zu stellen und die Maßnahmen im Sinne einer möglichst zielgruppenorientierten Ausrichtung der Einrichtungen zu verstärken.</p>
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Träger von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen (z.B. gspag, AKH Linz, Klinikum Kreuzschwestern Wels) Ärztchamber für Oberösterreich Land OÖ (Abt. Gesundheit, Abt. Ernährungssicherheit und Veterinärwesen) Fortbildungsbeauftragte der jeweiligen Ausbildungsstätten für Gesundheits- und Sozialberufe, ARGE der SchuldirektorInnen Sozialversicherungsträger Zusammenarbeit mit AMS und im Integrationsbereich tätigen Organisationen</p>
ZEITRAHMEN	<p>Der Zeitrahmen variiert je nach Aktivität bzw. Projektschritt. Entsprechende Diskussions- und Entscheidungsprozessen könnten ab sofort gestartet werden.</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Je nach Aktivität bzw. Projektschritt</p> <ol style="list-style-type: none"> ad 1) Personal für Aus- und Fortbildung ad 2) Kosten für Dolmetschdienste, Zeitaufwand für Vernetzungsprozesse, Personal- und Sachkosten zur Erstellung von Infobroschüren bzw. Durchführung von Veranstaltungen

Pflege, Betreuung und Begleitung älterer Menschen mit Migrationshintergrund

3.5.2

ZIELSETZUNG	Entwicklung und Sicherung von Qualitätskriterien für sämtliche Angebote der Pflege, Betreuung und Begleitung von älteren Menschen mit Migrationshintergrund im extramuralen Bereich
KURZBESCHREIBUNG	Die demographische Entwicklung führt dazu, dass der Anteil an älteren Menschen mit Begleitungs-, Betreuungs- und/oder Pflegebedarf in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird. Studien belegen, dass der Faktor „Pflege in der Familie“ auch in MigrantInnenfamilien ab der zweiten Generation schwächer wird. Dementsprechend sollten Maßnahmen im extramuralen Bereich gesetzt werden, um die Einrichtungen im Bereich der Hilfe für ältere Menschen auf die zukünftige Situation vorzubereiten.
ZIELGRUPPE	Organisationen und Einrichtungen mit traditionellem Angebot von Begleitung, Betreuung und Pflege für ältere Menschen. Die Alten- und Pflegeheime werden als extramuraler stationärer Bereich verstanden und sind daher jedenfalls zur Zielgruppe zu rechnen.
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ol style="list-style-type: none"> 1. Schaffung einer Wissens- und Datengrundlage 2. Erstellung und Sicherstellung der Anwendung eines Handbuchs Qualitätskriterien – als Qualitätskriterium ist auch „angenehme“ Information zu sehen; Leitlinie: personenorientierter, kultursensibler Pflegeprozess; laufende Evaluierung 3. Aktive Bewerbung und Aufnahme von Arbeitskräften mit Migrationshintergrund – multikulturelle Teams 4. Aus-, Fort- und Weiterbildung vor allem im Bereich interkulturelle Kompetenz: im Sozialberufegesetz in Curricula festschreiben, Ausbildungsstätten im Sozial- und Gesundheitsbereich – Angebote für Fort- und Weiterbildung schaffen, verpflichtende Teilnahme der MitarbeiterInnen der Einrichtungen; Förderung von qualifizierten Pflegekräften mit Migrationshintergrund als Lehrende 5. In einigen Bereichen werden bereits Schritte in diese Richtung gesetzt. Es gilt die Angebote zu evaluieren und nach Möglichkeit so auszubauen, dass eine möglichst breite Zielgruppe von in Sozial- und Gesundheitsberufen tätigen Personen Zugang zu entsprechender Aus-, Fort- und Weiterbildung erhält. 6. Aktive Information über Angebote der Zielgruppe(n) durch die Einrichtungen – insbesondere über muttersprachliche MultiplikatorInnen, Zusammenarbeit mit NGOs aus Integrationsbereich 7. Verstärkung des Austauschs und der Zusammenarbeit von Einrichtungen und Organisationen – inkl. ehrenamtlicher Bereich 8. Evaluierung und Anpassung des Angebots
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Betreuungseinrichtungen Land OÖ (Abt. Soziales, Abt. Gesundheit, Abt. Ernährungssicherheit und Veterinärwesen, z.B. Curricula für bestimmte Berufsgruppen)</p> <p>Bund – Gesundheitsministerium, Bildungsministerium, u.a. Zuständigkeit für Curricula Jeweils zuständige Stellen für Nostrifizierungsverfahren Ausbildungsstätten Sozialversicherungsträger</p>
ZEITRAHMEN	<p>ad 1. 2 Jahre</p> <p>ad 2. 1 Jahr</p> <p>ad 3)–6) laufend, ab sofort</p> <p>ad 7) nach 3 Jahren 1. Evaluierungsschritt</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Kosten für Studie</p> <p>Ressourcen zur Erarbeitung und Umsetzung des Handbuchs</p> <p>Ressourcen zur Ausarbeitung/Anpassung der Curricula</p> <p>Kosten für Kurse der Aus-, Fort- und Weiterbildung</p> <p>Übersetzungs- und Dolmetschkosten</p> <p>Ressourcen für Öffentlichkeitsarbeit</p>

Studie für den Bereich Gesundheit und Migration in Oberösterreich

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Schaffung einer Wissensgrundlage für den Bereich Gesundheit und Migration in Oberösterreich » Schaffung von Orientierungsmöglichkeiten für die Bedarfsanpassung der Angebote im Gesundheits- und Sozialbereich
KURZBESCHREIBUNG	<p>Während für verschiedene Themenfelder bereits zahlreiche Studien zu den durch Migration und Integration ausgelösten gesellschaftlichen Fragen vorliegen, gibt es auf regionaler Ebene für den Bereich Gesundheit und Migration noch kaum Datenerhebungen und Untersuchungen. Es wird daher als notwendig erachtet, eine entsprechende wissenschaftliche Grundlage (möglichst in Kooperation von WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus den jeweiligen Bereichen) zu schaffen, um eine bedarfsangepasste Entwicklung der Angebote im Gesundheitsbereich zu ermöglichen.</p> <p>Thematische Ausrichtung: Umfassende Erhebung des Ist-Zustands der Gesundheitsförderung und Prävention in Oberösterreich in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund, Erforschung von Gesundheit und Krankheit von MigrantInnen, Erhebung über die Nutzung der Angebote des Gesundheitssystems durch MigrantInnen (und Zufriedenheit mit den Angeboten bzw. Wünsche an das Gesundheitssystem) im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft</p>
ZIELGRUPPE	Träger und AkteurInnen im Gesundheits- und Sozialbereich
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ol style="list-style-type: none"> 1. Quantitativer Teil: statistische Erhebung der Inanspruchnahme aller Angebote der Gesundheitsförderung (z.B. Mutter-Kind-Pass Untersuchungen, Vorsorgeuntersuchungen, Gesundenuntersuchungen, gynäkologische Untersuchungen, Zahngesundheit ...) durch Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (z.B. mit Daten der OÖGKK); es wird empfohlen, frauen- und määnerspezifischen Aspekten sowie einzelnen Lebensphasen ein besonderes Augenmerk zu schenken 2. Qualitativer Teil: qualitative, repräsentative Befragung der BürgerInnen Oberösterreichs (Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, alle Altersgruppen, aus Land und Stadt usw.) über ihre persönliche Gesundheit/Krankheit, ihr Gesundheitsverhalten, die Nutzung der Angebote des Gesundheitssystems und der Prävention, Gründe für die (Nicht-)Nutzung, Informationen über die Maßnahmen der Gesundheitsförderung, die Möglichkeiten in den jeweiligen Heimatgemeinden/-städten usw. <p>Aufbauend auf dieser quantitativen und qualitativen Forschung soll ein ausführlicher Bericht entstehen, der als wichtige Grundlage für zukünftige Maßnahmen im Gesundheitssystem dienen kann.</p> <p>Es ist zu überlegen, ob und wie einzelne Themen/Teiluntersuchungen im Rahmen von Diplomarbeiten und Dissertationen bearbeitet bzw. durchgeführt werden können. Eine enge Zusammenarbeit von wissenschaftlichem Bereich und Gesundheitseinrichtungen soll jedenfalls dazu beitragen, die Qualität der Arbeiten und den Rücklauf der Ergebnisse zu sichern.</p> <p>Ausgehend von der Annahme, dass eine Anpassung der Angebote kontinuierlich notwendig ist, wird angeregt, zu überlegen, welche Daten grundsätzlich laufend erhoben werden sollen, und die Sozialversicherungsträger entsprechend einzubinden.</p>
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Land OÖ (Abt. Soziales, Abt. Gesundheit, Abt. Ernährungssicherheit und Veterinärwesen) Universität Linz und/oder freischaffende WissenschaftlerInnen Träger von Gesundheitseinrichtungen
ZEITRAHMEN	Je nach Durchführung und Ausmaß der Studie Eine möglichst rasche Erhebung der wichtigsten Daten bzw. Zusammenstellung wichtiger Informationen wird empfohlen.
RESSOURCENBEDARF	Der Ressourcenbedarf ist je nach Durchführung und Ausmaß der Studie zu definieren.

Überregionale Standards in der interkulturellen Gesundheitsförderung

3.5.4

ZIELSETZUNG	Implementierung der „Interkulturellen Gesundheitsförderung“ für Gemeinden/Städte (und evt. Betriebe) Oberösterreichs
KURZBESCHREIBUNG	Das Land OÖ und die Oö. Gemeinden setzen bereits vielfältige Maßnahmen im Bereich der regionalen Gesundheitsförderung. Es gilt, diese Maßnahmen und Angebote entsprechend anzupassen, um die Bedürfnisse von und Rahmenbedingungen für MigrantInnen verstärkt zu berücksichtigen. Es sollen Standards für den Bereich der „Interkulturellen Gesundheitsförderung“ für Gemeinden/Städte in Form eines Leitfadens (Kriterien, Checkliste, Best Practice Beispiele etc.) und Hilfestellungen für deren Umsetzung entwickelt werden.
ZIELGRUPPE	Gemeinden/Städte mit mittlerem, höherem und hohem Anteil an MigrantInnen evt. Betriebe mit einem höheren Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund MigrantInnen
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ol style="list-style-type: none"> 1. Entwicklung von Standards und eines Leitfadens: Aufbauend auf die Erkenntnisse der Wissensgrundlage (s. Maßnahmenempfehlung 4.3.) entwickelt ein interdisziplinäres ExpertInnen-Team – bestehend aus MigrantInnen, VertreterInnen von Gemeinden/Städten, VertreterInnen des Gesundheitssystems (z.B. MedizinerInnen), VertreterInnen von NGOs – überregionale Standards und einen Leitfaden zur interkulturellen Gesundheitsförderung für die Gemeinden/Städte Oberösterreichs. Dieser sollte einerseits eine Checkliste enthalten, anhand welcher die Gemeinden/Städte überprüfen können, ob bei ihnen auch MigrantInnen durch die vorhandenen Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention ausreichend angesprochen werden. Andererseits sollte der Leitfaden Informationen über Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation sowie Best Practice Beispiele aus Gemeinden und Städten liefern. 2. Umsetzung in Gemeinden/Städten: 3. Die Leitfäden werden an die Gemeinden/Städte Oberösterreich geschickt, verbunden mit der Bitte um Durchführung einer Selbstkontrolle/-analyse. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit in ganz Oberösterreich soll auf diesen Leitfaden aufmerksam gemacht werden. Eventuell könnte ein Preis für die Gemeinde, die anhand des Leitfadens gesundheitsfördernde Maßnahmen entwickelt und diese am effizientesten einsetzt, verliehen werden.
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Land OÖ (Abt. Gesundheit, Abt. Ernährungssicherheit und Veterinärwesen) Gemeinden
ZEITRAHMEN	ca. 1 Jahr zur Erarbeitung eines entsprechenden Leitfadens
RESSOURCENBEDARF	<p>Entwicklung von Standards und eines Leitfadens:</p> <ul style="list-style-type: none"> » Inhaltliche Gestaltung: 5 Personen, insgesamt mind. 200 Arbeitsstunden » Endgestaltung (Grafik und Text) des Leitfadens (in Form eines Folders): mind. 1 Person mit mind. 100 Arbeitsstunden » Druckkosten und Porto <p>Öffentlichkeitsarbeit</p>

Interkulturelles Beratungs- und Informationsangebot für Frauengesundheit

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Ein angepasstes Programm zur Gesundheitsförderung für Migrantinnen » Sensibilisierung von AkteurInnen im Gesundheits- und Sozialwesen für die besonderen Erfordernisse der Versorgung, Beratung bzw. Information von Frauen mit Migrationshintergrund
KURZBESCHREIBUNG	<p>Die Erkenntnis „Gesundheit hat ein Geschlecht“ setzt sich mittlerweile in immer mehr Bereichen durch. Der Bereich „Migration und Gesundheit“ wird ebenfalls immer öfter Gegenstand von spezifischen Untersuchungen. Die vorliegende Maßnahme zeigt Wege auf, wie beide Bereiche miteinander verbunden werden können, um den Bedürfnissen von MigrantInnen möglichst optimal gerecht zu werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> » Niederschwellige, muttersprachliche Angebote und Aufklärungsbroschüren, Ratgeber, Gesetze etc. mit multikulturellem Ansatz und für LaiInnen verständlich (im optimalen Fall auch audio-visuelle Ratgeber) » „Gestütztes“ Bildungsprogramm (mehrsprachig) mit Berücksichtigung von frauenspezifischen und lebensabschnittsbezogenen Problemstellungen » Deutschkurse speziell für Gesundheits- und Sozialberufe (MultiplikatorInneneffekt) » Beratungen (Lebens-, Sozial-, medizinische, psychologische und Rechtsberatungen) und Psychotherapie in der Muttersprache und aus dem gleichen Kulturkreis kommend » Interkultureller Ressourcenpool (Frauen für Frauen): Case-Management für sämtliche Belange, die für Migrantinnen wichtig sein können. Dazu bedarf es einer Vernetzung mit bereits bestehenden Einrichtungen und Projekten für Migrantinnen (Case-Management „Drehscheibe“) und der Vernetzung mit verschiedenen relevanten Ausbildungseinrichtungen im Gesundheits- und Sozialbereich. <p>Im Sinne einer Sicherstellung dieses Angebots wäre auf eine Erleichterung der Erlaubnis zur Berufsausübung von ausländischen ÄrztInnen und PsychotherapeutInnen hinzuwirken. Es ist zudem anzuregen, den Anteil mehrsprachigen Fachpersonals in öffentlich-rechtlichen Dienststellen zu erhöhen und bei der Vergabe von Kassenvertragsstellen Gender- und interkulturelle Aspekte verstärkt zu berücksichtigen.</p> <p>Beispiel für die Herangehensweise: „Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausarbeiten“, zum Beispiel zum Thema „Patientin im Krankenhaus“ – was heißt für sie Körperpflege? -> persönliche, frauenspezifische, kulturelle Bedürfnisse berücksichtigen</p> <p>Um eine möglichst hohe Inanspruchnahme der Angebote zu erreichen, sollte das familiäre Umfeld miteinbezogen werden. Es empfiehlt sich daher, Strategien auch zur Einbeziehung von Männern der Familie zu entwickeln.</p>
ZIELGRUPPE	Kundinnen bzw. Klientinnen mit Migrationshintergrund des Sozial- und Gesundheitswesens
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Implementierung eines Pilotprojekts mit begleitender Evaluierung; Weiterentwicklung bzw. Adaptierung der Integrations- bzw. Partizipationsmaßnahmen » Daraus konkrete Maßnahmen bzw. nachhaltige Projekte in das Regelgesundheits- und Sozialwesen implementieren und für die breite Öffentlichkeit publizieren bzw. zugänglich machen
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Zur Erarbeitung eines Detailkonzeptes und Durchführung eines Pilotprojekts kann auf das Wissen und die Erfahrungen der bereits bestehenden Frauengesundheitszentren (Linz, Wels) zurückgegriffen werden. Eine Kooperation mit religiösen Gemeinschaften und MigrantInnenvereinen, Organisationen aus dem Integrationsbereich und Einrichtungen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich ist in jedem Fall anzustreben.</p> <p>Je nach Projektschritt sind die jeweiligen Zuständigkeiten zu berücksichtigen und die relevanten Träger aus dem Gesundheits- und Sozialbereich einzubeziehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> » Land OÖ (Abt. Gesundheit, Abt. Ernährungssicherheit und Veterinärwesen) » Träger von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen (gespag, AKH Linz, Klinikum Kreuzschwestern Wels u.a.) » Ärztekammer für Oberösterreich » Sozialversicherungsträger » Organisationen im Integrationsbereich etc.
ZEITRAHMEN	3 Jahre Pilotprojekt inklusive Evaluierung mit nahtlosem Übergang in das Regelgesundheits- und Sozialwesen
RESSOURCENBEDARF	<p>Multiprofessionelles Team (niedergelassene Ärztin für Allgemeinmedizin, Psychologin, Psychotherapeutin, Gynäkologin, Hebamme, Juristin, Projektleiterin, Person für Öffentlichkeitsarbeit) mit Sprachkompetenz, Kulturverständnis, Beratungskompetenz, Vernetzungskompetenz spezialisiert in Frauengesundheit.</p> <p>Ressourcen für Projektkoordination, Weiterbildungsprogramm, Information/Öffentlichkeitsarbeit, Evaluation</p>

Zielgruppenorientierte Sicherung des Zugangs zu psychosozialen Diensten

3.5.6

ZIELSETZUNG	Sicherung des Zugangs zu psychosozialen Diensten gemäß den Anforderungen der besonderen sozialen Situation von Personen mit Migrationshintergrund
KURZBESCHREIBUNG	Das Angebot von psychosozialen Diensten in Oberösterreich und die Unterstützung der Inanspruchnahme im Bedarfsfall sind Errungenschaften unserer Zeit, die den aktuellen demographischen Verhältnissen anzupassen sind. Es werden zusätzliche Ressourcen für bestehende Einrichtungen notwendig, um entsprechend dem im Detail zu erhebenden Bedarf ein Angebot an muttersprachlichen Fachkräften und/oder DolmetscherInnen gewährleisten zu können.
ZIELGRUPPE	MigrantInnen, die psychosoziale Betreuung (in der Muttersprache) benötigen
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Bedarfserhebung (demographische Verhältnisse, regionale Unterschiede – Orientierung an 6 Planungsräumen) » Schaffung von zusätzlichen, dem Bedarf entsprechenden Betreuungseinheiten » Besetzung mit Fachkräften mit Migrationshintergrund und/oder Sprachkenntnissen und/oder Fachkräften und DolmetscherInnen mit interkultureller und psychosozialer Kompetenz und spezieller Schulung » Information und Bewusstseinsbildung der Zielgruppe (unter Einbeziehung spezieller Einrichtungen und migrant. selbstorganisierten Bereichen)
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Sozialversicherungsträger Trägereinrichtungen/-organisationen
ZEITRAHMEN	1/2 Jahr für Bedarfserhebung
RESSOURCENBEDARF	Personalkosten (Fachpersonal und DolmetscherInnen dem Bedarf pro Planungsraum angepasst – insges. 6 Planungsräume) Ausbildungskosten, Honorare für MultiplikatorInnen Sachkosten (für Information, Broschüren...)

Wohnen, Wohnumfeld, Zusammenleben

3.6

Während das Bedürfnis nach Wohnraum zu den grundlegendsten Bedürfnissen der Menschen gehört, bildet das Wohnumfeld den lebensweltlichen Nahraum, in dem der Kontakt zwischen verschiedenen sozialen Gruppen – so auch zwischen Zugewanderten und Einheimischen – stattfindet. Die unmittelbare Wohnumgebung eröffnet somit sowohl Möglichkeiten der positiven Begegnung als auch Konfliktfelder. Erfahrungen aus Projekten zur Verbesserung der Lebensqualität in einzelnen Wohnblöcken oder Siedlungen bzw. zur Mediation im Wohnumfeld machen deutlich, dass hinter vielen Konflikten, die anfänglich als „Ausländerproblem“ beschrieben werden, soziale oder infrastrukturelle Probleme stehen, die durch geeignete Maßnahmen und den entsprechenden Ressourceneinsatz behoben werden können.¹

Oberösterreich weist ähnlich anderen Bundesländern (mit Ausnahme Wiens) eine geringe räumliche Segregation der ausländischen Wohnbevölkerung auf. Eine Wohnkonzentration einzelner MigrantInnengruppen ist vor allem im Zentralraum feststellbar und geht vielfach mit einer Segregation nach Sozialschichten einher.²

Menschen mit Migrationshintergrund stehen im Wohnbereich vor besonderen Herausforderungen, da sie häufig einen erschwerten Zugang zu adäquaten und leistbaren Wohnungen haben. Diskriminierungen aufgrund des Aussehens, eines ausländischen Namens, fremden Akzents oder nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft kommen am Wohnungsmarkt stärker als in anderen Bereichen vor. Manchmal fehlt es auch einfach nur an Informationen, an wen man sich wenden kann und wo ein entsprechendes Beratungs- und Begleitungsangebot für MigrantInnen vorhanden ist. Aus den genannten Gründen sowie resultierend aus der Tatsache, dass AusländerInnen eher in Niedriglohnbranchen beschäftigt sind und die Anzahl der Personen pro Haushalt im Durchschnitt höher ist, haben Menschen mit Migrationshintergrund statistisch gesehen grundsätzlich eine kleinere Wohnfläche zur Verfügung und wohnen eher in Mietwohnungen. Eine Öffnung aller Teilwohnungsmärkte für ausländische Zugewanderte erscheint daher unumgänglich.

Die Handlungsfelder für die Politik sind somit sehr vielfältig: Schaffung eines gleichberechtigten Zugangs zu Wohnungen sowie eine allgemeine Verbesserung des Wohnungsumfeldes und der Wohnungen in Siedlungen, Straßen oder Stadtvierteln mit einem höheren Anteil an MigrantInnen. Um umfassende Verbesserungen erzielen zu können, sind die zentralen Phasen der Wohnintegration wie Suche, Einzug, Bewohnung und Leben im Umfeld in das Maßnahmenpaket mit einbezogen.

Im Weiteren ist zu fragen, wie das sozial-räumliche Umfeld gestaltet werden kann, damit ein gutes Zusammenleben für alle BewohnerInnen eines Wohnblocks, einer Siedlung oder eines Orts- bzw. Stadtteils gefördert werden kann. Einen möglichen Rahmen bilden hier gemeinsame Feste und Veranstaltungen. Damit einher geht die Öffnung und Nutzbarmachung des öffentlichen Raumes für alle, wobei Gender-Aspekten ein besonderes Augenmerk geschenkt werden sollte. Nachhaltige Integration kann und soll auch durch den Ausbau mobiler Sozialarbeit gefördert werden.

¹ Vgl. zum Beispiel die Erfahrungen des Projekts „Miteinander Wohnen“ in Wels. Nähere Informationen: Integrationsbüro der Stadt Wels.

² H. Fassmann (Hrsg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001–2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen (Wien 2007), S. 308ff.

3.6.1

Begegnungsmöglichkeiten schaffen – Zusammenleben fördern

ZIELSETZUNG	Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten für Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung
KURZBESCHREIBUNG	Eine entscheidende Dimension von Integration besteht im Austausch und Kontakt zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen. Begegnungen bieten die Möglichkeit des Kennenlernens und die Chance zum Abbau von Vorurteilen. Quer durch alle Bereiche (Bildung, Wohnen, Freizeit etc.) wird bereits in kleinem Rahmen positives Zusammenleben gefördert. Es gilt, AkteurInnen in diesem Bereich zu unterstützen und weitere engagierte Personen und Stellen zu gewinnen. Gleichzeitig soll die Teilhabe von MigrantInnen an den Angeboten der Regelsysteme erhöht und damit nachhaltige Integration unterstützt werden.
ZIELGRUPPE	MigrantInnen ÖsterreicherInnen
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<p>Schaffung, Bewahrung und Nutzung von sozial-räumlichen Begegnungsmöglichkeiten – dies betrifft:</p> <ul style="list-style-type: none"> » Öffentliche Freiflächen in Gemeinden und Städten u.a. für Spiel- und Freizeitaktivitäten (Spielplätze, Sportplätze, aber auch unverbaute, nicht vordefinierte Freiflächen) » Öffentlich zugängliche Räume ohne Konsumationszwang » Begegnungszentren und Veranstaltungsräume in öffentlicher Hand bzw. Gemeinschaftsräume von Wohnbaugesellschaften » Es ist zu beachten, dass neben der räumlichen Infrastruktur in den meisten Fällen eine soziale Infrastruktur notwendig ist (öffentlich gemachte Regeln, verantwortliche Ansprechperson, evt. Koordination der Nutzung, niederschwellige Mediation bei Konflikten – s.a. Maßnahmenempfehlung „Ausbau mobiler Sozialarbeit in den Regionen Oberösterreichs“). » Um eine möglichst breite Nutzung zu sichern, sollten Maßnahmen gesetzt werden, die geschlechterspezifische Aspekte (z.B. unterschiedliches Freizeitverhalten von Buben und Mädchen) und Bedürfnisse aufgrund unterschiedlicher Lebensphasen berücksichtigen (z.B. Familien vs. Alleinstehende, ältere vs. jüngere Menschen). <p>Öffnung von Veranstaltungen für breitere Zielgruppen</p> <ul style="list-style-type: none"> » Aktive Einbeziehung von MigrantInnen zu traditionell „einheimischen“ Veranstaltungen wie zum Beispiel Gemeinde- oder Bezirksfeste, Feuerwehrfeste, Blasmusikkonzerte » Einladung und Erläuterungen zu Veranstaltungen von MigrantInnen und religiösen Gemeinschaften von der Minderheits- für die Mehrheitsbevölkerung » In Oberösterreich werden in verschiedenen Gemeinden bzw. von diversen Vereinen bereits erfolgreich entsprechende Schritte gesetzt; es ist anzuregen, dass die Koordinationsstelle des Landes OÖ für Interessierte als Vermittlerin von geeigneten (regionalen) Ansprechpersonen fungiert. <p>Öffnung und Nutzbarmachung von vorhandenen Räumen in bestehenden Kultureinrichtungen und -stätten für ein breiteres Publikum</p> <ul style="list-style-type: none"> » Öffnung aller vom Land geförderten Kultureinrichtungen und -stätten für kulturelle Veranstaltungen von Menschen mit Migrationshintergrund » Erfassung von für öffentliche Veranstaltungen in Frage kommenden Räumlichkeiten in Oberösterreich (aufbauend auf teilweise bereits vorhandenen Daten von Gemeinden und Städten) und Bildung eines Informationspools; nach Möglichkeit Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Informationen und Reservierungen
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Land OÖ – je nach Projektschritt Klärung der Zuständigkeit und Kooperationsformen zwischen den einzelnen Ressorts (Abt. Raumordnung, Abt. Wohnbauförderung, Abt. Soziales, Direktion Kultur, Direktion Inneres und Kommunales ...) Gemeinden und Städte „Einheimische“ Vereine, MigrantInnenvereine, religiöse Organisationen
ZEITRAHMEN	Ab sofort und großteils fortlaufend
RESSOURCENBEDARF	Der Ressourcenbedarf hängt von der Konzeption und Umsetzung der jeweiligen Einzelmaßnahmen ab. Es ist damit zu rechnen, dass neben Kosten für sozial-räumliche Begegnungsmöglichkeiten Ressourcen für Öffentlichkeits- und Bewusstseinsarbeit sowie Koordinationstätigkeiten notwendig werden.

Ausbau mobiler Sozialarbeit in den Regionen Oberösterreichs

ZIELSETZUNG	<p>Schaffung nachhaltiger Integration im Bereich Wohnen mittels Prävention bzw. Lösung von Konflikten durch mobile Sozialarbeit. Die Förderung und Nutzung von persönlichen Potentialen und Problemlösungskompetenzen vor Ort soll wesentlich zur Problemlösung und Steigerung der Lebensqualität in der Siedlung beitragen.</p> <p>Teilziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> » Aktivierung der Menschen und Sichtbarmachung der Themen im Wohnumfeld » Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen » Entlastung der BewohnerInnen durch Problembearbeitung » Nutzung von vorhandenen Ressourcen in der Wohnumgebung bzw. Finden oder Definieren von Ansprechpersonen für die BewohnerInnen » Längerfristige Konfliktlösung und -prävention » Förderung der Identifikation mit dem Wohnumfeld » Längerfristige Aufwertung des Wohnumfelds
KURZBESCHREIBUNG	<p>Der Bereich Wohnen schafft Möglichkeiten der Begegnung und Erholung, bietet aber auch Konfliktpotential (Lärm, Nutzung gemeinschaftlicher Räume oder Flächen, Mülltrennung etc.) – dies umso mehr, wenn Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und aus verschiedenen Kulturen auf engem Raum zusammen leben. Viele Konflikte sind geprägt von sozialen Problemlagen und interkulturellen Missverständnissen. Teilweise werden auch infrastrukturelle Probleme von BewohnerInnen als „Ausländerproblem“ identifiziert.</p> <p>Mit dem (verstärkten) Einsatz mobiler Sozialarbeit sollen geeignete Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung entwickelt und soll die Umsetzung begleitet werden. Letztendlich sollen die Aktivitäten in umfassendere Stadtteil-/Gemeinwesenarbeit münden. Vor dem Hintergrund von Ergebnissen wie nachhaltiger Integration, Lebensqualitätssteigerung, Konfliktprävention und Imageverbesserung für Stadt/Gemeinde ist der anfangs hohe Aufwand aufgrund intensiver Begleitung sinnvoll und gut argumentierbar. Als entscheidender Vorteil ist zu sehen, dass die Akzeptanz dieser Maßnahme sowohl bei MigrantInnen als auch bei ÖsterreicherInnen stark gegeben wäre, da beide Seiten von einer Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen und Aufwertung des Wohnumfelds profitieren.</p> <p>Bei der Auswahl der SozialarbeiterInnen sollten sprachliche Kompetenzen insbesondere aus den Hauptherkunftsländern Berücksichtigung finden.</p>
ZIELGRUPPE	Alle BewohnerInnen verschiedener Altersgruppen, unterschiedlicher ethnischer und sozialer Zugehörigkeiten
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Mehrsprachiges Service (z.B. mehrsprachige Informationen; Vermittlung von Dolmetschdiensten; mehrsprachige Moderation von Mieterversammlungen) » Weiterbildung (z.B. Schulungen für MietervertreterInnen, MitarbeiterInnen der Hausverwaltung; Umgang mit anderen Kulturen) » Konfliktschlichtung (z.B. Anlaufstelle bei Konflikten: Weiterleitung an die zuständigen Stellen, Unterstützung und Begleitung, gegebenenfalls Vermittlung von ÜbersetzerInnen) » Vernetzung in Jugendfragen (z.B. Kontaktaufnahme mit Streetwork und den Jugendzentren – Kooperation in bestimmten Problembereichen); wichtig: spezielles Angebot für Kinder und Jugendliche nicht-österreichischer Herkunft (z.B. Parkbetreuung, mobile JugendarbeiterInnen für Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund), da eine große Gruppe von Kindern im Alter bis zu etwa 12–13 Jahren, die altersmäßig noch nicht zur Zielgruppe von Streetwork und Jugendzentren zählen („Lückekinder“), sonst nicht erreicht wird und bestehende Angebote (Streetwork, Jugendzentren) von ausländischen Jugendlichen oft nicht aufgesucht werden » Interkulturelle Angebote (z.B. offene Treffen für u.a. Familien) und Informationsveranstaltungen (z.B. zu den Themen Wohnen, Gesundheit, Erziehung) » Organisation von Mieterversammlungen (dienen als Problemerkhebungsinstrument und Diskussionsplattform, z.B. in Form von Arbeitskreisen zur Problembearbeitung oder Mieterbeiräten) » Begleitung der Prozesse
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Land OÖ (Abt. Soziales, Abt. Wohnbauförderung), Wohnungsgesellschaften, Magistrate/Gemeinden, evt. Bezirkshauptmannschaften, geeignete Institutionen (z.B. Integrationsbüros, Vereine), nach Möglichkeit Einbindung von PrivatvermieterInnen/privaten Hausverwaltungen/ Eigentümergemeinschaften</p> <p>Durch eine Vernetzung aller genannten Stellen werden wichtige Synergieeffekte erzielt.</p>
ZEITRAHMEN	Projekt sollte auf Dauer angelegt sein, mindestens jedoch auf mehrere Jahre, da sonst keine Nachhaltigkeit erzielt werden kann.
RESSOURCEN-BEDARF	<p>Variiert je nach Stadt- bzw. Gemeindegröße. Jeder der 6 bestehenden Planungsräume (vgl. Netzwerk Wohnungssicherung) sollte über mindestens 3 SozialarbeiterInnen verfügen, für größere Städte ist analog ein entsprechendes bedarfsorientiertes Angebot pro Stadtteil zu schaffen. + AnsprechpartnerInnen bei Wohnungsgesellschaften, Magistrat/Gemeinden und Institutionen</p> <p>Die Umsetzung kann von bestehenden Kooperationen/Lösungsansätzen/Angeboten profitieren. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf Erfahrungen des Integrationsbüros Wels zu verweisen.</p> <p>Die Bereitstellung von ausreichenden personellen Ressourcen, die Sicherstellung eines regionalen Angebots und Langfristigkeit sind für die Erreichung der oben beschriebenen Ziele entscheidend.</p>

Integrationsplattform „Wohnen“

3.6.3

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Schaffung einer Beratungs-, Informations- und Vermittlungsinstanz für Bauvereinigungen, Gemeinden, private WohnanbieterInnen » Zusammenführung von BedarfsanbieterInnen und Wohnraumsuchenden sowie Beratungseinrichtungen
KURZBESCHREIBUNG	<p>Der Zugang und die Sicherung von geeignetem Wohnraum bildet eine der Grundlagen von Integration. Gerade am Wohnungsmarkt wird jedoch ein ausländischer Name, ein fremder Akzent, Aussehen oder ein nicht-österreichischer Pass häufig zur Barriere für Menschen mit Migrationshintergrund, da VermieterInnen und NachbarInnen diese Kennzeichen in vielen Fällen mit Problemen gleichsetzen. Neben zu setzenden Aktivitäten im Sinne von Bewusstseins- und Öffentlichkeitsarbeit könnte eine Beratungs-, Informations- und Vermittlungsinstanz für den Bereich Wohnen als Anlaufstelle für Fragen und Probleme sowohl für WohnraumanbieterInnen als auch für MigrantInnen dienen. Die Einbindung des privaten Wohnungsmarkts stellt eine besondere Herausforderung dar, für die geeignete Modelle zu entwickeln sind.</p> <p>Ein besonderes Augenmerk verdient die Bedarfslage von alleinerziehenden Müttern und Vätern sowie von Familien bei der Wohnungssuche.</p> <p>Die Wohnbaugesellschaften verweisen auf gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit im Bereich „Wohnungslose“ mit dem Verein „Wohnplattform“. Es ist daher zu überlegen, dass für den Bereich Wohnen und Integration ein entsprechender Ausbau der Angebote des Vereins durchgeführt wird bzw. geeignete Kooperationen entwickelt werden.</p> <p>Eine Integrationsplattform „Wohnen“ sollte in jedem Fall darauf hinwirken, bestehende Dienstleistungen zwischen den agierenden SystempartnerInnen (öffentlichen und privaten WohnungsanbieterInnen; Betreuungs-/Beratungseinrichtungen) noch stärker zu vernetzen.</p>
ZIELGRUPPE	<p>MigrantInnen auf Wohnungssuche und mit Unterstützungsbedarf in Wohnungsfragen</p> <p>Beratungseinrichtungen</p> <p>WohnraumanbieterInnen (Private, Gemeinden, Wohnbaugesellschaften)</p> <p>Gemeindeverwaltung (Sozialbereich), Sozialhilfeverband</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Bedarfsdarlegung – regional und nach Trägern » Definition Leistungsangebot » Ausbau Vernetzung Plattform, Beratungseinrichtungen, Wohnbaugesellschaften – Ausbau bestehender Strukturen » AnbieterInnensuche und -überzeugung (privater Wohnungsmarkt, Wohnbaugesellschaften), Konsensfindung zwischen Integrationsplattform „Wohnen“ u. institutionellen WohnraumanbieterInnen » Einrichtung Wohnbörse im Internet
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Auftrag des Landes OÖ (Abt. Soziales, Abt. Wohnbauförderung) zum Beispiel an Verein „Wohnplattform“ und entsprechende Finanzierung</p>
ZEITRAHMEN	<p>Auf Dauer angelegte Maßnahmen</p> <p>Sofortiger Start aufbauend auf bestehenden Strukturen möglich</p> <p>Zeitraum bis Einrichtung Wohnbörse im Internet ca. 9 Monate</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>1,5–2 Personaleinheiten</p> <p>Umsetzung kann von bestehenden Kooperationen/Erfahrungen/Lösungsansätzen/Angeboten profitieren</p>

Kultur und Religion

3.7

Europäische Gesellschaften haben in den vergangenen zwei Jahrhunderten große Veränderungen erfahren, die zu immer mehr Differenzierungsprozessen führen: Verstädterung, Zunahme des gesellschaftlichen Wohlstandes in der Nachkriegszeit, Anstieg an Konsummöglichkeiten, die eng mit unterschiedlichen Lebensstilen verknüpft werden, Globalisierung – und nicht zuletzt verstärkte Zuwanderung aus dem Ausland. Im Rahmen dieser Entwicklungen gewinnen Themen wie regionalisierte versus globalisierte Kultur, multiple und transnationale Identitäten und die damit verbundenen Inklusions- und Exklusionsprozesse verstärkt an Bedeutung.

Kulturelles und künstlerisches Schaffen kann als Alltagskultur wie auch als „Hochkultur“ im Bereich der unterschiedlichen Lebensentwürfe dazu beitragen, diese sinnhaft erfahrbar, übersetzbar und auch überbrückbar zu machen. Denn es bleibt festzuhalten, dass Menschen sowohl unterschiedlicher als auch ähnlicher sind, als vielfach von den einzelnen einander gegenüberstehenden Personen angenommen wird.

In den letzten Jahren werden in öffentlichen bzw. medialen Auseinandersetzungen Integrationsfragen häufig unter einem kulturellen oder religiösen Blickwinkel diskutiert. Insbesondere das Thema „Islam“ – ohne Differenzierung konfessioneller Strömungen oder herkunfts- und alltagsgeprägter Kultur- und Religionsausübung – beeinflusst vielfach Debatten rund um das komplexe Thema Integration. Dabei treten zugunsten einer (zu weiten Teilen auch ausgrenzenden) Kulturalisierung eindeutig zentralere Dimensionen der sozialen und strukturellen Integration in den Hintergrund (Sicherung des Wohnraums, Einbindung in das österreichische Bildungswesen, Zugang zum Gesundheits- und Sozialsystem, Integration am Arbeitsmarkt, politische Partizipation). Eine solchermaßen religiös eng gedachte Kulturalisierung zielt mitunter an den tatsächlichen Lebenswirklichkeiten und Alltagsbedürfnissen vorbei und ist für eine evidenzbasierte Integrationspolitik nicht zielführend.

Orientiert an den Zielen „Verbesserung der Partizipation von MigrantInnen am Kulturleben“ und „Gesamtintensivierung des interkulturellen Austauschs“ wurden daher Maßnahmenempfehlungen erarbeitet, die den Beitrag von MigrantInnen am oberösterreichischen (Kultur-)Leben sichtbar machen und Kultur als Anknüpfungspunkt für ein Kennenlernen über ethnische, sprachliche, soziale und religiöse Grenzen hinweg nutzen.

Zur Förderung des interreligiösen bzw. interkonfessionellen Austauschs bestehen in Oberösterreich bereits einzelne Arbeitsgruppen (z.B. ARGE Salam-Grüß Gott zwischen islamischen und katholischen ReligionslehrerInnen, ökumenischer Rat christlicher Kirchen). Im Rahmen eines Religionsbeirates soll die Diskussion von Unterschieden zwischen den Religionsgemeinschaften, aber auch der Austausch über Gemeinsamkeiten auf eine breite und fachlich gestützte Grundlage gestellt werden.

Interkulturelles Begegnungs- und Bildungszentrum – Kulturstation/Infodrehscheibe

3.7.1

ZIELSETZUNG	Intensivierung des interkulturellen Austausches Sichtbare Zeichensetzung im öffentlichen Raum für die gesellschaftlichen Änderungen durch Migration
KURZBESCHREIBUNG	<p>Spezielle Errichtung einer Informationsdrehscheibe als kulturelles Begegnungszentrum und Koordinationsstelle für im weitesten Sinne umfassende Kulturinformationen im Zentralraum OÖ.</p> <p>Dieses Begegnungsforum soll als neuer Ort in zeichenhafter Formulierung im öffentlichen Raum im Sinne eines sichtbaren Bekenntnisses des Landes zu Oberösterreich für eine „aktive“ Integrationspolitik gestaltet werden. Um die Zielsetzungen (Förderung des interkulturellen Austausches und Zeichensetzung) bestmöglich erreichen zu können, sind sowohl viele Fragen im Vorfeld einer Umsetzung (v.a. Prozess der Überzeugungs- und Promotingarbeit) als auch bei der Gestaltung zu berücksichtigen: Von grundsätzlichen Überlegungen zu Funktion, Aufgaben und Trägerschaft über zentrale Fragen von Architektur und Lage bis zur Berücksichtigung von (sozialen) Zugangsmöglichkeiten und -barrieren.</p> <p>Mögliche Funktionen eines interkulturellen Begegnungszentrums:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begegnungsort und Treffpunkt für MigrantInnen und „Einheimische“ 2. Veranstaltungsort mit interkulturellem und interreligiösem Ganzjahreskalender (Kooperation mit Kulturvereinen, MigrantInnenvereinen, Konsulaten, Botschaften, Kulturvertretungen, Religionsgemeinschaften etc.) 3. Ansprechpartner für kulturelle und gesellschaftliche Fragestellungen in Bezug auf das Zusammenleben von MigrantInnen und Mehrheitsbevölkerung – stets im Hinblick darauf, kompetent weiter vermitteln zu können 4. Ansprechpartner für KulturveranstalterInnen und KulturgenießerInnen (im Hinblick auf Veranstaltungsangebote, Raumnutzungen, eventuell spezielle ReferentInnen, Kontakte) – Aufbau eines Informationsnetzes 5. evt. räumliche Ansiedlung von zentralen im Integrationsbereich tätigen Institutionen 6. Vernetzung und enge Kooperation mit bestehenden Kulturinitiativen, Vereinen, Organisationen und Plattformen 7. evt. „Gründerbüros“ für Vereine (im Sinne einer zeitlich befristeten Unterstützung durch das Bereitstellen von Infrastruktur und Know-how) <p>Überlegungen zu räumlicher Ausstattung und Nutzung:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Bibliothek, die individuelle Recherche über interkulturelle Fragestellungen ermöglicht b. Eventuell in Verbindung mit einem Seminarraum, der entsprechend praktische Angebote bereit hält, vor allem für Schulunterricht (mit entsprechenden didaktischen Materialien und einem Pool an AnsprechpartnerInnen und ReferentInnen) c. Wünschenswert wäre auch ein eigener Veranstaltungsraum, der sowohl für Vereinsveranstaltungen genutzt werden kann, wie auch kleinere Ausstellungen präsentiert. d. Grundsätzlich ist zum Begegnungsforum festzuhalten, dass es nur dann funktionieren kann, wenn es sowohl von Migrantinnen und Migranten wie auch von der Mehrheitsbevölkerung genutzt und frequentiert wird. Dazu trägt die Schaffung einer interessant gestalteten Gastronomie entscheidend bei. Diese „kulinarische und kulturelle Probiertube“ soll in ihrem Speisen- und Getränkeangebot interkulturelle Qualitäten nach außen tragen (von unterschiedlichsten Kaffeesorten bis zu unterschiedlichsten Süßigkeiten, von der Musikgestaltung bis zum aufliegenden Zeitschriftenmaterial). <p>Regionale Einbindung: Dieses Informations- und Begegnungszentrum sollte im Zentralraum angesiedelt, in seiner Ausrichtung aber in jedem Fall auch auf regionale Koordination ausgerichtet sein. Es organisiert bzw. koordiniert Veranstaltungen in den Regionen, steht als Ansprechpartner für alle Fragen des interkulturellen Austausches in ganz Oberösterreich zur Verfügung und betreibt aktive Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich.</p>
ZIELGRUPPE	MigrantInnen und Mehrheitsbevölkerung mit Interesse an kulturellen und gesellschaftlichen Fragestellungen
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Konkretisierung möglicher Gestaltungsformen » Lobbying- und Überzeugungsarbeit » Politische Entscheidung für Umsetzung inkl. zielgesetzter Aufgabenbeschreibung, Standort- und Finanzierungsklärung » Je nach Ausformung Umsetzung
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Möglichst breite Einbindung von einschlägigen Institutionen (sowohl NGOs als auch Stellen der öffentlichen Hand) bei der Überzeugungsarbeit möglicher Kooperationspartner, Konzeption und Detailentwicklung (gute Möglichkeit auch der Koordination von unterschiedlichen Arbeitsgruppen in versch. Bereichen).</p> <p>Die Verantwortlichkeit für die Umsetzung kann erst nach Entscheidung der Kooperationspartner/Träger festgelegt werden.</p>
ZEITRAHMEN	Eine Teilrealisierung bis zum Kulturhauptstadtjahr 2009 ist anzustreben.
RESSOURCENBEDARF	<p>Ressourcen notwendig für:</p> <ul style="list-style-type: none"> » Vorprojektphase » Standort » laufenden Betrieb (Personal, Infrastruktur, Sachmittel, Öffentlichkeitsarbeit) <p>jeweils abhängig von Partnerschaften, Nutzungsmöglichkeiten vorh. Raumstrukturen etc.</p>

„Open Source“ – Internationales Wissen für den Alltag

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Vermittlung des Wissens von in Oberösterreich lebenden ImmigrantInnen für die Mehrheitsbevölkerung » Intensivierung des interkulturellen Austausches
KURZBESCHREIBUNG	<p>MigrantInnen sind TrägerInnen eines reichen Wissens, das auch für die Mehrheitsbevölkerung bereichernd und nutzbringend sein kann, zum Beispiel im Bereich der Landwirtschaft (Blumen, Kräuter...), des Handwerks, des Haushalts, der Kulinarik und Musik bis hin zu Ritualen und Umgangsformen – kurz: im weiten Feld von Kultur in einer umfassenden Bedeutung. Dieses Wissen soll gesammelt und einer breiteren Öffentlichkeit in unterschiedlichen Formen (s. unten) zugänglich gemacht werden. Dazu bedarf es „Wissens-Scouts“ (IdeenfinderInnen), die sich aktiv auf die Suche nach wertvollem Wissen begeben und als VermittlerInnen für Nachfragende agieren, sowie einer verantwortlichen Person/Stelle, die die Koordination übernimmt. Evt. verbunden mit Anerkennungssystem (z.B. Gutscheine).</p> <p>Open Source soll ausdrücken, dass dieses Wissen der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung gestellt wird.</p>
ZIELGRUPPE	Mehrheitsbevölkerung und MigrantInnen evt. Medienpartnerschaft
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<p>Mögliche Umsetzungsformen:</p> <ul style="list-style-type: none"> » Herausgabe eines Ideenhandbuchs mit vielen konkreten Beispielen » Initiierung von regelmäßigen Beiträgen in Medien, günstig im fixen Format, wo über erfolgreiche Matchings berichtet wird (z.B. Bericht über interessanteste Idee des Monats) » Initiierung von Kursen und Workshops zur Wissensweitergabe (die MigrantInnen werden dabei von TutorInnen didaktisch und pädagogisch begleitet) entweder für spezielle Berufsgruppen (z.B. Bereich Landwirtschaft) oder für generalisierte Fragestellungen, die für viele von Interesse sein können » Informationskoffer für Schwerpunkte in Schulen » Aufbau einer Online-Datenbank evt. mit selbstorganisiertem Bewertungssystem (ähnlich Wikipedia) » Ideenbriefkästen bei Vereinen und Beratungsorganisationen sowie Bürgerservicestellen
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Zu etablierendes Konsortium von entsprechenden Kulturvereinen/-organisationen, MigrantInnenvereinen Land OÖ (Direktion Kultur, Abt. Soziales)
ZEITRAHMEN	Der Zeitrahmen hängt von der jeweiligen Projektstruktur ab. Es ist zwischen dem Aufbau einer entsprechenden Datenbank (s. Projektschritte) und weiteren diversen öffentlichkeitswirksamen Schritten zu unterscheiden.
RESSOURCENBEDARF	Je nach Umsetzungsform: Kosten für Koordination, Datenbank, Prämien für Wissens-Scouts, Gelder für öffentliche Auszeichnungen

3.7.3 „WIR FEIERN“ – Interkulturelle Bezirksfeste von MigrantInnen für ALLE

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Raum schaffen, um offen, aktiv und neugierig Lebenswelten anderer Herkunftsländer zu genießen und zu präsentieren » Informationen über andere Lebenswelten erhalten, Kulturen erleben und aktiv eigene Kultur einbringen » Wissen zur Veranstaltungs- und Kursorganisation erwerben
KURZBESCHREIBUNG	Organisation interkultureller Bezirks-/Stadtfeste (Richtwert ca. 1 Veranstaltung pro Bezirk/Statutarstadt) sowie Unterstützung und Empowerment von MigrantInnen als/zu OrganisatorInnen
ZIELGRUPPE	MigrantInnen (einzelne engagierte Personen oder Vereine) als OrganisatorInnen MigrantInnen und Mehrheitsbevölkerung als BesucherInnen
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Kontakt zu VeranstalterInnen bestehender interkultureller Feste (wie z.B. Integrationsbüros der Volkshilfe, Verein Arcobaleno u.a., Informationen: Koordinationsstelle für Integration, Land OÖ) » Sammlung positiver Beispiele anlegen » Einrichten regionaler „Veranstaltungs-MigrantInnen-Teams“, in Zusammenarbeit mit bestehenden Kulturinitiativen » Informationsreihe und Einschulung von MigrantInnen zur Veranstaltungsorganisation mit besonderer Förderung der Übernahme von Leitungsfunktionen durch Frauen mit Migrationshintergrund » Modellveranstaltungen planen und durchführen » Erarbeiten eines Leitfadens für Grundzüge von Veranstaltungsorganisation » Unterstützung bei der ersten Veranstaltung
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Land OÖ (Direktion Kultur, Abt. Soziales – Finanzierung) KUPF Oberösterreich (Aus- und Weiterbildung, Veranstaltungsorganisation; Ideensammlung, Sammlung positiver Beispiele; Begleitung und Dokumentation der Modellprojekte über ein Jahr) Regionale Vereine, Veranstaltungsteam, AktivistInnen (Planung und Durchführung der Angebote)
ZEITRAHMEN	Projektstart nach Klärung der Finanzierung und Verantwortlichkeit sofort möglich Durchführung der Feste ca. 1 Jahr nach Projektstart
RESSOURCENBEDARF	Erarbeitung eines Leitfadens für Veranstaltungsorganisation ca. 100 Arbeitsstunden Bei Bedarf Begleitung der Veranstaltung (je nach Veranstaltungsgröße, -typus und -lokal vorhandene Erfahrungen im Veranstaltungsorganisationsbereich, im Durchschnitt geschätzte 40 Arbeitsstunden pro Veranstaltung, 15 Bezirke und 3 Statutarstädte) Förderung pro Fest – je nach Veranstaltungsgröße, -typus und Kooperationsmöglichkeiten

Religionsbeirat mit fachlicher Moderation

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Verbesserung des Informationsaustausches über Grundsatzpositionen und gelebte Alltagskultur unterschiedlicher Religionsgemeinschaften in Oberösterreich » Intensivierung des interkulturellen Austausches
KURZBESCHREIBUNG	<p>Schaffung eines Religionskulturkomitees des Landes OÖ, in das VertreterInnen aller in Oberösterreich aktiven Religionsgemeinschaften eingebunden werden sollen (im Sinne einer Einladung)</p> <p>Dieses Religionskomitee sollte von einem/r professionellen Religionsexperten/in als Moderator/in geleitet werden, der/die sich darum bemüht, in diesem Komitee unterschiedlichste Positionen, Einschätzungen und Kommentare zu allen gesetzlichen Rahmenbedingungen wie auch grundsätzlichen Entwicklungen diskursiv zu erfassen und zu kommunizieren.</p> <p>Hierbei ist auf die Diversität der heutigen Gesellschaft (Jugend – Alter, Mann – Frau, Berufsgruppen, Kinderlose/Eltern etc.) Bezug zu nehmen. Als Experte/in steht er/sie auch zur Verfügung für eine aktive Informationspolitik über Fragen unterschiedlicher Alltagskulturen der Religionsgemeinschaften (z.B. für regelmäßige Vortragsveranstaltungen, Seminare, aber auch mediale Berichterstattung etc.).</p> <p>Die Grundpositionierung eines aufgeklärten europäischen Staatswesens im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter, einer grundsätzlichen Trennung zwischen Religion und Staat wie auch der Grundpositionierung der Menschenrechte wird als Grundlage der Diskussionen außer Zweifel gestellt.</p>
ZIELGRUPPE	VertreterInnen von Glaubensgemeinschaften MigrantInnen und Mehrheitsbevölkerung mit religiösem Interesse
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Klärung der Zuständigkeit für die folgenden Projektschritte und der Verankerung des Beirats » Bestellung eines/er Moderators/in durch das Land OÖ » Festlegung der Aufgaben für den Religionsbeirat » Einladung an Glaubensgemeinschaften, Mitglieder zu entsenden » Konstituierende Sitzung
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	Glaubensgemeinschaften und Land OÖ (Direktion Kultur)
ZEITRAHMEN	Je nach Dauer der einzelnen Projektschritte Die Maßnahme ist nach getroffener Grundsatzentscheidung rasch umsetzbar.
RESSOURCENBEDARF	Im Vorfeld: Ressourcen für Entscheidungsfindung, Auswahlverfahren des/der Moderators/in, Einladungen an Glaubensgemeinschaften Laufend: Sitzungsorganisation, 1 Personaleinheit für Moderation

Freizeit und Sport

3.8

Die Oö. Gemeindestudie zum Thema Integration, die 2006 auf Basis einer Befragung aller Oö. BürgermeisterInnen im Rahmen des Integrationsleitbildprozesses durchgeführt wurde, zeigt deutlich, dass Integrationsmöglichkeiten seitens der Gemeinden vor allem im Freizeitbereich gesehen werden. **Gemeinden erleben Integration als „tägliches Miteinander“**. Sportvereine, Musikkapellen, Feste etc. bieten Möglichkeiten des Kennenlernens in einem Umfeld, das nicht von Konfliktfeldern des Alltags (Arbeit, Wohnen, Schule) geprägt ist. Die Prävention bzw. der Abbau von Vorurteilen wird dabei durch die unmittelbare Kommunikation und Begegnung unterstützt – was wiederum das alltägliche Zusammenleben erleichtert. Wie auch in anderen Bereichen kann eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit solche Prozesse fördern. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit ist daher ein zentrales Thema der „Strategischen Maßnahmen“ im Integrationsleitbild OÖ (siehe dort).

Das große Echo auf die Einladung zur Mitarbeit am Integrationsleitbildprozess OÖ macht deutlich, dass viele Institutionen auch im Freizeit- und Sportbereich zunehmend MigrantInnen als ihre Zielgruppe wahrnehmen (z.B. Pensionistenverband, Sportunion, ASKÖ, Freiwillige Feuerwehr, Oö. Vereinsakademie). Vielfach geht es nun darum, Zugangsbarrieren (auch für spezifische Zielgruppen wie z.B. Ältere, Mädchen, Alleinerziehende) festzustellen und in einem zweiten Schritt abzubauen. Entscheidend wird hierbei der Austausch zwischen den Institutionen, insbesondere mit NGOs aus dem Integrationsbereich, sein. Das Land OÖ kann durch die Vermittlung von Ansprechpersonen und Informationen über gelungene realisierte Projekte Unterstützung leisten.

Die Rolle von MigrantInnenvertreterInnen als MultiplikatorInnen wird in allen Bereichen intensiv diskutiert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass MigrantInnenvereine wertvolle Aufgaben in dieser Hinsicht übernehmen, jedoch auch nur eingeschränkten Zugang zu einer großen Zahl an MigrantInnen haben. Es gilt daher, ExpertInnen mit Migrationshintergrund in verschiedensten Positionen zu fördern und zu unterstützen – ohne sie mit einer zugeordneten SprecherInnenrolle für eine gesamte Gruppe zu überfordern.

Einen Schwerpunkt des Themenfeldes Freizeit, Bewegung und Sport bildet der Bereich der offenen Jugendarbeit. Ein Lehrgang mit dem Fokus auf interkulturelle Jugendarbeit soll MultiplikatorInnen bei der Bewältigung neuer Herausforderungen helfen, ersetzt jedoch nicht die Forderung nach ausreichenden personellen Ressourcen, die für nachhaltige Erfolge in der Jugendarbeit notwendig sind.

Quer durch alle Bereiche spielt die Einbindung der Eltern von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund eine entscheidende Rolle. Daher wurde dem Aspekt der Elternarbeit bei allen Maßnahmenempfehlungen ein besonderes Augenmerk geschenkt.

Landespreis für gelungene Integrationsprojekte

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Sichtbare und öffentliche Wertschätzung integrationsbezogener Arbeit » Bekanntmachung von gelungenen Initiativen mit interkulturellen Schwerpunkten » Anregung zur „Nachahmung“ und Ideenvernetzung
KURZBESCHREIBUNG	<p>Quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche Österreichs wird bereits integrationsrelevante Arbeit geleistet. Ein Landespreis für gelungene Integrationsprojekte soll diese Arbeit sichtbar machen und öffentlich wertschätzen. Eine öffentliche Ausschreibung und Preisverleihung kann zudem dazu beitragen, das Thema Integration in der Öffentlichkeit positiv zu besetzen, und andere Träger und AkteurInnen zu neuen Ideen anregen. Eine Verleihung sollte – im 2-Jahres-Rhythmus – in verschiedenen Kategorien durchgeführt werden: Gemeinden, Vereine, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung u.a.</p>
ZIELGRUPPE	Je nach Kategorie der Preisverleihung: zum Beispiel Gemeinden, Vereine, Bildungseinrichtungen
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Festlegung der Kategorien und Kriterien – bei den Bewertungskriterien sollten besondere Aktivitäten zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen berücksichtigt werden » Bestellung einer Jury » Ausschreibung des Preises und Öffentlichkeitsarbeit » Preisverleihung in festlichem Rahmen » Veröffentlichung und Dokumentation der Ergebnisse
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Land OÖ – nach Möglichkeit Kooperation verschiedener Ressorts (Abt. Bildung und Gesellschaft, Direktion Inneres und Kommunales u.a. – Koordination z.B. durch Abt. Soziales)</p> <p>Zu bildende Jury – idealerweise mit VertreterInnen des Landes, NGOs, Bildungseinrichtungen, Gemeinden und MigrantInnenvertreterInnen</p>
ZEITRAHMEN	Vorlaufzeit ca. 3/4 Jahr, Vergabe alle 2 Jahre
RESSOURCENBEDARF	<p>Preisgelder</p> <p>Evt. Kostenersätze für Jurymitglieder</p> <p>Feier zur Preisverleihung</p> <p>Kosten Dokumentation</p> <p>Kosten Öffentlichkeitsarbeit</p>

3.8.2

MigrantInnen als KundInnen und Mitglieder von Freizeitorganisationen und Vereinen

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Erhöhung der Teilhabe von MigrantInnen in Freizeitorganisationen und Vereinen » Förderung der Begegnungsmöglichkeiten von MigrantInnen und ÖsterreicherInnen in einer Umgebung, in der Herkunftsland, Muttersprache, Akzente und Aussehen nicht im Vordergrund stehen » Berücksichtigung der Bedürfnisse von MigrantInnen bei allen Entscheidungen und Planungen in den Freizeitorganisationen » In einem weiteren Sinne: Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls; in Bezug auf Sportvereine – Gesundheitsförderung durch Bewegung; für Jugendliche Gewalt- und Suchtprävention
KURZBESCHREIBUNG	<p>Integration in sozialer Hinsicht kann massiv durch die Teilhabe an Angeboten von Freizeitorganisationen (z.B. Sportvereine, Seniorenverbände ...) gefördert werden. Zurzeit besteht allerdings eine Diskrepanz zwischen der von den meisten Vereinen und Organisationen erklärten „Offenheit für alle“ und der tatsächlichen Teilhabe von MigrantInnen. Die Gründe hierfür sind vielfältiger Natur, zum Beispiel fehlende Informationen über Angebote und Zugangsmöglichkeiten, Skepsis gegenüber dem Interesse der jeweils anderen Gruppe, fehlende attraktive bzw. angepasste Angebote u.Ä. Es sollten daher Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen gesetzt werden, wobei auf die von vielen Seiten erklärte positive Bereitschaft zur aktiven Öffnung für MigrantInnen und bewährte einzelne regionale Modelle aufgebaut werden kann.</p>
ZIELGRUPPE	<p>MigrantInnen Freizeitorganisationen und Vereine</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Verstärkung der zielgruppengerechten Information über vorhandene Angebote » Um eine möglichst große Zielgruppe zu erreichen, wird eine Zusammenarbeit mit MigrantInnenvereinen, Schulen und Organisationen im Integrationsbereich empfohlen. » Austausch über Erfahrungen im Bereich Einbindung von MigrantInnen » Etliche Vereine und Organisationen in Oberösterreich haben bereits Erfahrungen im Bereich der aktiven Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund, es wird angeregt, diese Erfahrungen zu sammeln und Informationen darüber interessierten Organisationen zur Verfügung zu stellen. » Zielgruppenorientierte Öffnung der vorhandenen Angebote im Sinne eines proaktiven Zuehens auf MigrantInnen bzw. Anpassung der Angebote bei festgestellter Bedarfslage » Erhebung der Freizeitbedürfnisse und Alltagspraktiken von MigrantInnen unter Berücksichtigung der Dynamiken einer zunehmend vielschichtiger werdenden Migrationsbevölkerung » Eine Untersuchung sollte daher nicht vorrangig an der Herausarbeitung „kultureller Besonderheiten“ ausgerichtet werden, sondern zeitliche und infrastrukturelle Voraussetzungen sowie Alter, soziale Zugehörigkeit und persönliche Interessen berücksichtigen. » Öffnung von Führungsgremien und Förderung von MigrantInnen in Leitungspositionen » Im Sinne einer wirklich durchgängigen Partizipation sollten MigrantInnen in die Planungs- und Entscheidungsprozesse von Freizeitorganisationen mit eingebunden werden.
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Bundes- und Landesgremien der Freizeitträger Dachverbände Land OÖ (Direktion Bildung und Gesellschaft)</p>
ZEITRAHMEN	<p>Je nach Projektschritt, die meisten vorgeschlagenen Schritte sind an keinen Zeitrahmen gebunden</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Je nach Projektschritt – in den meisten Fällen handelt es sich um eine Verstärkung und Unterstützung bereits bestehender Bemühungen Studie: Finanzierung der Untersuchung und Publikation der Ergebnisse</p>

MultiplikatorInnen Schulung im Bereich Jugendarbeit

ZIELSETZUNG	<p>MultiplikatorInnen im Bereich Jugendarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> » sind für soziale, geschlechterspezifische und kulturelle Rahmenbedingungen sensibilisiert » verfügen über grundlegende Kenntnisse und Fachwissen zur interkulturellen Thematik » sind in der Lage, mit stark differenzierenden Gruppen methodisch kompetent zu arbeiten
KURZBESCHREIBUNG	<p>Im Bereich der (außerschulischen) Jugendarbeit sind zahlreiche Personen beruflich und ehrenamtlich tätig. Diese stehen aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen vor neuen Herausforderungen in ihrem Arbeitsalltag. Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen (Lehrgänge, Seminare ...) sollen als offenes Angebot Personen in diesem Tätigkeitsfeld für soziale, geschlechterspezifische und kulturelle Rahmenbedingungen sensibilisieren, Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und den Erfahrungsaustausch fördern. Es ist zu überlegen, diese Angebote für bestimmte Tätigkeitsfelder verpflichtend (z.B. als Voraussetzung für Subventionsgewährung) zu gestalten. Nach Möglichkeit sollen zentrale und regionale Angebote geschaffen werden, um eine möglichst breite Zielgruppe zu erreichen und auf regionale Besonderheiten eingehen zu können.</p>
ZIELGRUPPE	<p>MultiplikatorInnen, d.h. engagierte Personen, die in Gemeinden, in der außerschulischen Jugendarbeit, in Vereinen und religiösen Gemeinschaften tätig sind oder ohne definierte institutionelle Zugehörigkeit eine Sprachrohrfunktion für eine Gruppe (insbesondere MigrantInnen) erfüllen</p>
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Diskussion und detaillierte Klärung der Aufgabenfelder für die auszubildenden MultiplikatorInnen » Entwicklung von Modulen (regional) bzw. eines Lehrgangs (zentral) zum Thema „Interkulturelle Jugendarbeit“ in Zusammenarbeit mit ExpertInnen » Im Sinne von Gender-Mainstreaming sollten Grundlinien geschlechtergerechter Erziehung in das inhaltliche Konzept der Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen aufgenommen werden. » Anbieten der Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Land OÖ (Abt. Jugendreferat in Zusammenarbeit mit Abt. Soziales): Konzeption, Finanzierung BVB (Bezirksverwaltungsbehörden), Gemeinden: Umsetzung evt. in Umsetzung Einbeziehung von freien Trägern</p>
ZEITRAHMEN	<p>½ bis ¾ Jahr für Konzepterstellung anschließend Umsetzung</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Zeitliche Ressourcen für Konzeption Honorare für ReferentInnen, nach Möglichkeit Unterstützung bei Teilnahmegebühr, Reisekosten etc. für Teilnehmende Infrastruktur (Raummieten o.Ä.)</p>

3.8.4 Soziale Vernetzung – Elternbildung

ZIELSETZUNG	<ul style="list-style-type: none"> » Elternbildung von Müttern und Vätern mit Migrationshintergrund » Soziale Vernetzung von Eltern
KURZBESCHREIBUNG	Sozial und kulturell bedingte Unterschiede bei MigrantInnen brauchen angepasste Formen der Elternbildung, um sich den Herausforderungen der Erziehungsaufgaben stellen zu können. Es braucht einen bedarfsgerechten vertrauensvollen Rahmen, in dem Erziehungsfragen bearbeitet und gestaltend angegangen werden können, sowie entsprechend geschulte ElternbildnerInnen, die sensibel auf spezifische Situationen eingehen können.
ZIELGRUPPE	Eltern mit Migrationshintergrund
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Erhebung der Bedürfnisse und Interessenslagen von Eltern mit Migrationshintergrund im Hinblick auf unterstützende Maßnahmen im Bereich Elternarbeit » Entwicklung von Konzepten für Elternbildungsmaßnahmen für Eltern mit migrantischem Hintergrund – inkl. Strategien für Zugang zu Zielgruppen und Bewusstseinsarbeit » Integrative Elterngruppen, Maßnahmen zur sozialen Integration von Familien in der Wohngemeinde » Ausbildung von ElternbildnerInnen mit Migrationshintergrund und spezielle Weiterbildung für ElternbildnerInnen zum Thema
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	<p>Land OÖ (Abt. Jugendreferat)</p> <p>Elternbildungsorganisationen – nach Möglichkeit Nutzung der dezentralen Strukturen</p> <p>Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend</p> <p>Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen</p>
ZEITRAHMEN	<p>Bedarfserhebung: ½ Jahr</p> <p>Ausbildung: 1 ½ Jahre</p> <p>Umsetzung: in 2 Jahren</p>
RESSOURCENBEDARF	<p>Kosten für Bedarfserhebung</p> <p>Ressourcen für Lehrgang</p> <p>Umsetzung/Pilotprojekte</p> <p>Koordination und Umsetzung laufender Elternbildungsmaßnahmen</p>

Multikulturelle Sportveranstaltungen in Kooperation mit Schulen, Tagesheimstätten und Sportvereinen

3.8.5

ZIELSETZUNG	Gegenseitiges Kennenlernen von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen sowie der Gruppen untereinander beim gemeinsamen Sport in der Freizeit
KURZBESCHREIBUNG	Sport bietet ein ideales Feld für Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, da Sprache, Aussehen und soziale Schicht nicht im Vordergrund stehen. Gerade in Gemeinden entsteht Integration daher häufig über Sportvereine und andere Freizeitorganisationen. Um Begegnungen und positive Gemeinschaftserlebnisse zu fördern, sollen Sportvereine gemeinsam mit Schulen, Tagesheimstätten, (MigrantInnen-)Vereinen und NGOs im Integrationsbereich regelmäßig Sport- und Spielfeste für SchülerInnen und Jugendliche organisieren. Mütter und Väter werden dabei ausdrücklich zu Mitarbeit und Mitfeiern eingeladen.
ZIELGRUPPE	Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern sowie LehrerInnen
AKTIVITÄTEN, PROJEKTSCHRITTE	<ul style="list-style-type: none"> » Kontaktieren der Organisationen, Verantwortlichen und MigrantInnenvertreterInnen » Gemeinsame Planung der Veranstaltungen » Durchführung der Veranstaltung » Nachbereitung
VERANTWORTLICHE, ZUSTÄNDIGKEITEN	LSR und einzelne Schulen Sportverbände Träger der Tagesheimstätten in Kooperation mit MigrantInnenvereinen und NGOs aus dem Integrationsbereich
ZEITRAHMEN	Nach Vorliegen des Einverständnisses der Trägerinstitutionen kann die Maßnahme sofort umgesetzt werden. Vorteilhaft ist, wenn Veranstaltungen nicht punktuell, sondern regelmäßig durchgeführt werden.
RESSOURCENBEDARF	Zur Durchführung der Veranstaltung sind geringe finanzielle Mittel notwendig. Zeitaufwand für Vorbereitung und Durchführung Nutzung der vorhandenen Einrichtungen für Sportaktivitäten

Anhang

Mitwirkende Integrationsleitbildprozess OÖ

Lenkungsausschuss – Entscheidungsgremium

1.1

NAME	INSTITUTION
VORSITZ	
ACKERL JOSEF, LR	Vorsitzender des Lenkungsausschusses
LEITUNG	
GÜNGÖR KENAN, DIPL.SOZ.WISS.	Projektleiter; Büro [difference:]
POLITIK	
ORTHNER ANGELA, LTPraes. ^{IN}	ÖVP
ZEKERIYA ESER	ÖVP
CHANSRI JASMINE, Abg. MAG. ^A	SPÖ
BAUER ROSWITHA, Abg.	SPÖ
TRÜBSWASSER GUNTHER, Abg.	Grüne
MOSER HELGA, Abg.	FPÖ
AMT DER OÖ. LANDESREGIERUNG	
DRDA ELGIN, DR. ^{IN}	Direktion Soziales und Gesundheit, Abteilung Soziales
SAMINGER HERBERT, WHR DR.	Direktion Bildung und Gesellschaft, Abteilung Bildung und Gesellschaft
MATTES REINHARD, HR DR.	Direktion Kultur
HARING GABRIELE, HR ^{IN} DR. ^{IN}	Direktion Soziales und Gesundheit, Abteilung Jugendwohlfahrt
MODERA WOLFGANG, MAG.	Direktion Soziales und Gesundheit, Abteilung Wohnbauförderung
FISCHNALLER MARIA, WissOR ^{IN} DR. ^{IN}	Büro für Frauenfragen Direktion Präsidium Abteilung Präsidium
BREITWIESER KATJA, MAG. ^A	Oö. Antidiskriminierungsstelle, Karenzvertretung durch Mag. ^A Margot Nazzal
GEMEINDEN/BEZIRKSHAUPTMANNschaften	
INQUART ERNST, PRÄSIDIAlDIREKTOR DR.	Oö. Städtebund
SILBERMAYR KLAUS, BGM.	Oö. Gemeindebund
PUMBERGER FRANZ, BH HR DR.	BH Konferenzen

NGOs/MIGRANTINNEN	
KARAKURT MÜMTAZ	Migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ
SCHWARZBAUER-HAUPT HANS, MAG.	Caritas OÖ
SCHÖRKHUBER CHRISTIAN, MAS	Volkshilfe OÖ
TISCHLER VIKTORIA, MAG. ^A DR. ^{IN}	Hilfswerk OÖ
CAKL CHRISTIAN, MAG.	SOS-Menschenrechte Österreich
MARTINCEVIC ANA, GR. ^{IN}	ÖGB-MigrantInnen
UDEANI CHIBUEZE, UNIV.-ASS. DR.	Black Community
SIERANSKI KRZYSZTOF	AusländerInnen-Integrationsbeirat Linz
INTERESSENSVERTRETERINNEN	
SCHEINECKER PETER, DR.	Wirtschaftskammer OÖ
MOLTERER FRANZ, DIR.-STV. MAS	Arbeiterkammer OÖ
EXPERTINNEN SONSTIGE BEREICHE	
KUS SEVIL	Gender - Verein „muta“
N.N.	Jugend
SCHOLTA MARGIT, DR. ^{IN}	Senioren – Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit, Abteilung Soziales
HERGÜVENC SELCUK, DR.	Bildung – Landesschulrat; VHS OÖ Institut Interkulturelle Pädagogik

Projektteam

1.2

NAME	INSTITUTION
GÜNGÖR KENAN, DIPL. SOZ. WISS.	Büro [difference:], Projektleiter
SONNLEITNER BRIGITTA, MAG. ^A	Büro LR Ackerl
MÜLLER RENATE, MAG. ^A	Projektkoordinatorin, Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit, Abteilung Soziales
GIERLINGER ELISABETH, MAG. ^A	Vertretung der Projektkoordinatorin von Februar bis Oktober 2007
ROLLER ALFRED, HR DR.	Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit, Abteilung Soziales
LEIBETSEDER BETTINA, MAG. ^A	Institut f. Gesellschafts- u. Sozialpolitik, Johannes Kepler Universität Linz
RIEPL EDITH, MAG. ^A	Projektmitarbeiterin für das Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit, Abteilung Soziales

Das Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz nahm unter der Leitung von Prof. Dr. Josef Weidenholzer und Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Irene Dyk als Kooperationspartner am Integrationsleitbildprozess OÖ teil.

90

Mitwirkende in Arbeitskreisen

1.3

NAME	INSTITUTION
Arbeitskreis 1 „Bildung, Erziehung, Schule“	
LEITUNG	
FRAGNER JOSEF, DR.	Pädagogische Akademie des Bundes
STELLVERTRETENDE LEITUNG	
ADAM BEATE	MA Linz Jugendservice, Interk. Kindergarten
MITGLIEDER	
ADEMI HASHIM, DI	Albanischer Verein
AIGENBAUER FRANZ	Hauptschule 18 Flötzerweg, Linz
AL-HASSAN DIAW MOUSSA, DIPL.-PÄD.	Plattform Islam
ALLEN-STINGEDER BEVERLY, MAG. ^A	Hrsg. Familienzeitung Kids Ok!
ASAMER KARL, FI DIPL.PÄD.	Schulamt der Diözese Linz
BATATABO BLAISE	Black Community, Afrikanische Jugend Österreich, Verein ZuMir
BLAIMSCHEIN HEIDEMARIE, DR. ^{IN}	Landesschulrat
BOGATEKIN REMZIYE	migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ
BRANDSTÄTTER PETER, MAG.	Fachhochschulen OÖ (Steyr)
BRANDSTETTER GÜNTER, MAG.	Amt Oö. Landesreg., Direktion Bildung und Gesellschaft, Abteilung Bildung und Gesellschaft, Schulen/Erwachsenenbildung
CAJIC KATA	Kroatischer Verein
DIENSTHUBER SIMONE, DSA	Kinderfreunde OÖ, Bereichsleitung Bildung
HELBERGER BEATE, DIPL. PÄD.IN	MAIZ
HENRIQUEZ-BLAUTH CHRISTINE, MAG. ^A	Volkshochschule Linz, Stadtbibliothek
HERGÜVENC SELCUK, DR.	Bezirksschulrat Linz-Stadt
KAINZ GUDRUN, DR. ^{IN}	Arbeiterkammer, Abt. Bildung und Kultur
KUS SEVIL	Integrationsbüro Wels
LETTNER MIRJAM, MAG. ^A	Kinder- u. Jugendanwaltschaft OÖ
LUJIC-KRESNIK VERA	migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ, Bereichsleitung Seminare/ Projekte
MARIC TOMISLAV	Kroatischer Verein
MÜLLER KARIN, ING. ^{IN}	Oö. Landesbibliothek
NIEDER JUDITH, MAG. ^A	Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Bildung und Gesellschaft, Abt. Bildung und Gesellschaft, Kindergarten/Hort
PEHAM-STRAUSS KARIN, MAG. ^A	Jugendzentrum Perg
PIRC GERLINDE, DIPL.PÄD. ^{IN}	Landesschulrat OÖ (Berufsschulen)
PITZER BARBARA, BSI M.ED.	LSR (Bezirk Wels Stadt)
PLÖCHL RENATE, MAG. ^A	Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Kultur
POLLI CORNELIA, GRIN DIR. ^{IN}	HS 11 Diesterwegschule, Linz
PRAMREITER MONIKA	BFI OÖ
PRINKER-DURSUN INGRID, MAG. ^A	ARGE ibis acam - Mentor
PUTZER SUSANNE, DIPL.PÄD. ^{IN}	Verein Begegnung - Arcobaleno
RIEDL MARIETA	Grüne Interkulturell
RIEMENSCHNEIDER GABRIELE	LSR (Bezirk Linz Stadt)
SALIHVIC SEMIZ	Bosnischer Verein

NAME	INSTITUTION
SHALAN MOHAMED	Verein I.S.I.; Übersetzer
STADLBAUER ULRIKE	Caritas OÖ (Kinder u. Jugendliche)
TROSCHL MONIKA M.	Muslimischer Lehrerverein
ÜNAL, MAG. TURAN	türk. Elternverein VS/HS Linz
WANSCH PETER	Muslimische Jugend Österreich
WIESMÜLLER EDDA	VHS OÖ

NAME	INSTITUTION
------	-------------

Arbeitskreis 2 „Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Ausbildung“

LEITUNG

BERNAUER-BIRNER ULRIKE, MAG. ^A	VFQ - Ges. für Frauen und Qualifikation
---	---

STELLVERTRETENDE LEITUNG

GAIER MANFRED	AMS OÖ Geschäftsstelle Linz
---------------	-----------------------------

MITGLIEDER

ANDREE DAGMAR, MAG. ^A	Arbeiterkammer, Abt. Wirtschaftspolitik
BERGHUBER THOMAS, MAG.	Schuldnerberatung OÖ
BERGSMANN DAVID, MAG.	Arbeiterkammer OÖ
BUTTINGER JOSEF	Manpower Linz
CAKL CHRISTIAN, MAG.	SOS-Menschenrechte Österreich
CARRINGTON KIM, MAG. ^A (FH)	MAIZ - Finanzkoordination
DIENSTHUBER RUDOLF	ÖGB
EINSIEDLER MONIKA, MAG. ^A	IAB - Inst. für Ausbildungs- u. Bildungsberatung
FREYNSCHLAG EMREN, MAG.	FCI3 Finanz/... VOEST Stahlhandel
FRIEDL OTHMAR, DIR. MAG.	BFI OÖ
VARAL GÜLIZAR	BFI OÖ Region Linz-Mühlviertel, ehem. Arge Ibis Acam Mentor
HARTIG MARIE EDWIGE	Black Community
HERNDLER FERDINAND, MAG. (FH)	Schuldner-Hilfe (Verein für prophylakt. Sozialarbeit)
HIRSA GERALD	Firma Büroring
KAINDL JOSEF	VABB - Verein f. Arbeit, Bildung u. Beratung
KARAKURT MÜMTAZ	migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ
LAUBER DORIS, MAG. ^A	Industriellenvereinigung OÖ
LINGUR EKATERINA	Verein "Birlikte Yasam – Miteinander leben. Offenes Integrationszentrum"
MAYRHOFER EDWIN, MAG.	Amt der Oö. Landesregierung, Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung, Abt. Wirtschaft
MOSER DANIELA, MAG. ^A	Stadtamt Freistadt, ehem. Regionalmanagement Linz /Linz-Land
POLAK VLADIMIR	migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ
PRINKER-DURSun INGRID, MAG. ^A	ARGE ibis acam - Mentor
PUNZ JOSEF, MAG.	AMS Landesgeschäftsstelle OÖ
PÜRMAJR JOSEF, MAG.	Verein SAUM
RUPRECHTSBERGER MARTIN	Arbeiterkammer, Abt. Sozialpolitik
SAMEK CHRISTOPH	ehem. Firma Manpower
SCHEINECKER PETER, DR.	Wirtschaftskammer OÖ
SCHÖRGENHUBER MARIA	AMS OÖ
SCHÖRKHUBER CHRISTIAN, MAS	Volkshilfe OÖ
SCHWARZBAUER-HAUPT HANS, MAG.	Caritas OÖ
STRASSL ROLAND	Stadtrat Wels
WEBER GALLIA	Grüne Interkulturell
WENIDOPPLER HEINRICH, DR.	Edu-Consult, Equal-Projekt
WIESINGER UDO, MAG.	Museum Arbeitswelt Steyr; EQUAL Projekt IKAP
WOLFSEGGGER REINHARD, MAG.	WIFI OÖ

NAME	INSTITUTION
------	-------------

Arbeitskreis 3 „Verwaltung, Gleichstellung, Partizipation, Sicherheit“

LEITUNG

STEINER WOLFGANG, MAG. DR.	Unabhängiger Verwaltungssenat Land OÖ
----------------------------	---------------------------------------

STELLVERTRETENDE LEITUNG

DÖNMEZ EFGANI, DIPL.SOZ.	Volkshilfe, Grüne Linz
--------------------------	------------------------

MITGLIEDER

ARAMBASIC DIJANA	Serbischer Verein "Vidovdan"
AUMÜLLER GERTRAUD	Polizei
AZIM IBRAHIMI	Albanischer Verein
BREITWIESER KATJA, MAG. ^A	Oö. Antidiskriminierungsstelle
CAKL CHRISTIAN, MAG.	SOS-Menschenrechte Österreich
DOVEČER MIRJANA	Kroatischer Kulturverein
ENGEL-SHEHU ANDREA	
FREYNSCHLAG EMREN, MAG.	FCI13 Finanz/... VOEST Stahlhandel
FUCHS ERWIN, MAG.	Bundespolizeidirektion Linz
GRUBER JOSEF, MAG.	Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung, Abt. Wirtschaft
HABERL, WALTER	ÖGB – Migration und EU-Projekte
HACKL JOSEF	Polizei
HOLTER KARL-GEORG, MAG.	ÖVP Fraktionsobmann Wels
HUBER MARION, MAG. ^A	Caritas OÖ (MigrantInnenhilfe)
JANDL GUDRUN	Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung, Abt. Wirtschaft
KOVSKA-SAGMEISTER BARBARA, DR. ^{IN}	Magistrat Linz
KOVACS GABRIELLA	migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ
LODERBAUER BRIGITTE, DR. ^{IN}	Staatsanwaltschaft Steyr
MARTINCEVIC ANA	ÖGB – Migration und EU-Projekte
OKAFOR IKECHUKWU, MAG.	Black Community, Grüne Interkulturell
PINDUR MARIANNE, DR. ^{IN}	Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Inneres und Kommunales, Abt. Inneres und Kommunales
POLYCARP A. IBE, MAG.	migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ
REMSING RAINER	ehem. ÖGB, Vertretung durch Hr. Haberl
ROIS CHRISTIAN	MA Linz, Einwohneramt Abt. Fremdenrecht
STUMMER UDO, DR.	Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Inneres und Kommunales, Abt. Inneres und Kommunales
SULEJMANI DJEVAD	Albanischer Verein
TUNCEL TÜLAY	Integrationsbeirat Stadt Linz
WIDHOLM FRIEDERIKE, MAG. ^A	Frauengesundheitszentrum Linz
ZEC BELMIR	AusländerInnen-Integrationsbüro Stadt Linz; Bosnischer Verein für Integration

NAME

INSTITUTION

Arbeitskreis 4 „Gesundheit und Soziales“

LEITUNG

SCHARINGER CHRISTIAN, DR.

Gesundheitssoziologe, Organisationsberater

STELLVERTRETENDE LEITUNG

HACKL RENATE, MAG.^AAmt der Oö. Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit,
Abt. Soziales

MITGLIEDER

ABDOURAMAN SONJA, DR.^{IN}

Praktische Ärztin Linz

ANGERBAUER GERALD

OÖ Gebietskrankenkasse, Vertretung von Hr. Olzinger

BALOGLU KONSTANTIN

Verein Exit Sozial

CEPEK-NEUHAUSER ELISABETH, MAG.^A

MAIZ - Leonardo Projektkoordination

DOBRETSBERGER DIETMAR

Verein Exit Sozial

DRDA ELGIN, DR.^{IN}

Amt der Oö. Landesregierung, Abt.. Soziales,

DUJAKOVIC MILADINKA

migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ

DUNZINGER-H. ANNELIESE

Krankenpflegeschule Elisabethinen

FIEDLER THOMAS, DR.

Frauenarzt Linz

FRÜHWIRTH ROBERT, OA DR.

Landes-Nervenklinik, Interkulturelle Ambulanz

FÜREDER RHONA, DR.^{IN}

Praktische Ärztin Leonding

FÜRTHALLER ANDREA, MSC

AKH Linz GmbH, Pflegedirektion

FÜRTHALLER ERNST, MSC

Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit,
Abt. Gesundheit

GUMPINGER MARIANNE, PROF.IN (FH) DR.IN

FH Linz Studiengang Sozialarbeit

HABLE JOHANN

Dir. Landespflegezentrum Schloss Haus

HAMMER RENATE, DR.^{IN}Oö. Patientenvertretung – Informations-austausch, keine aktive
Teilnahme

HARTIG JULIENNE

Black Community

HELAC ZARFINA, MAG.^A

ProMente - Psychosoziale Beratungsstelle Linz-Süd

JAKOBI GÜNTHER, DR.

gespag, Leiter Strategie u. Recht (Unternehmensleitung)

KICIN JASIM, DR.

Praktischer Arzt Linz

KÖNIG MARTIN

ALIS Altenheim Implantation-Stiftung

LUZENIR CAIXETA, DR.^{IN}

MAIZ

MAIR JOSEFINE

Caritas OÖ (Betreuung u. Pflege)

MANDEL DORIS, MAG.^A

Volkshilfe OÖ, ehem. Frauengesundheitszentrum Wels

MARTINCEVIC ANA

ÖGB – Migration und EU-Projekte

MAYRHUBER GERHARD

Pensionsversicherungsanstalt Landesstelle OÖ

NIEDERMOSER PETER, DR.

Präs. Oö. Ärztekammer

NOTT MARIA, MAG.^A

Rotes Kreuz Linz Gesundheits- u. Soziale Dienste

OECHSNER SILVIA, MAG.^A

gespag, (Vertretung von Dr. Jakobi)

OLZINGER KARL, MSC

Oö. Gebietskrankenkasse

PFOSER SUSANNE, DKKS

Landesfrauen- und Kinderklinik / Gespag

RAUS DANIEL

Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit,
Abt. Gesundheit (Vertretung von Mag. Söllradl)

SEELAUS ANITA

Volkshilfe OÖ

SIEGEL-KRAFT GUDRUN, MAG.^A

Volkshilfe, ehem. AusländerInnen- Integrationsbüro der Stadt Linz

STEINBACHER WILMA, DBP

Altenbetreuungsschule Land OÖ

STIEGER ULRIKE, MAG.^A

MAIZ

NAME	INSTITUTION
STOIBER MICHAELA, MAG.^A	migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ
SULZBACHER MARGARETE	BFI OÖ Produktmanagement Gesundheit, Soziales
THONHOFER-HERNDLER KARIN, DR.^{IN}	pro mente OÖ Linz-Stadt
TISCHLER VIKTORIA, DR.^{IN}	OÖ Hilfswerk
TÖKÉS ENIKŐ	Ungarischer Kulturverein
TROSCHL MONIKA	Muslim. Lehrerverein
WIDOWITSCH ROLAND	Verein PGA – Prophylaktische Gesundheitsarbeit

NAME

INSTITUTION

Arbeitskreis 5 „Wohnen, Wohnungsumfeld, Zusammenleben“

LEITUNG

LINS JOSEF, PROF. DR.

Universität Linz, Inst. für Soziologie

STELLVERTRETENDE LEITUNG

LENGAUER CHRISTINE

Telekom Austria; Aufsichtsrat div. Wohnungsgenossenschaften

MITGLIEDER

DOBORAC ELVEDINA

Bosnischer Verein

EGGER ASTRID, MAG.^A

Kinder- u. Jugendanwaltschaft OÖ

FORSTER ROLAND, DIPL.-ING.

Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung, Abt. Raumordnung

HUBER HANS-JÖRG, DIR.

GWG der Stadt Linz

KAYA AHMET

migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ

KRENNBAUER MANFRED, ING.

LAWOG

KUTZENBERGER HARALD, DIPL.-ING. DR.

TBK Büro f. Ökologie und Landschaftsplanung

LANZERITS ELISABETH, MAG.^A

GWG der Stadt Linz

MAYRHOFER EVA, MAG.^A

Verein Begegnung Arcobaleno

MITTERMAYR HUBERT

Verein Wohnplattform

NATSchLÄGER HELENE, MAG.^A

Mieterschutzverband OÖ

NEIDL CHRISTIAN, DR.

WAG, Kundenbetreuung

OKAFOR IKECHUKWU

Black Community

PFANNERER ANDREA, MAG.^A

Integrationsbüro Wels

PILARZ GEORG, DIR.

GIWOG

PÜRINGER MARTINA

"ne sola" - Interk. Begegnungszentrum Franckviertel

RABENGRUBER JOHANNES

Integrationsrat Vöcklabruck

ROIS CHRISTIAN

MA Linz, Einwohneramt Abt. Fremdenrecht

SAMS-HEITZINGER CHRISTINE

Vöcklabruck

SCHEDLBERGER ANNELIESE, MAG.^A

Mieterschutzverband OÖ

STÖBICH CHRISTIAN, MAG.

Verein "Land der Menschen" – Personenkomitee Wels

STOJAK IVICA

ehem. migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ

SÜNDERHAUF WOLFGANG, DR.

Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit, Abt. Wohnbauförderung

TOIFL-CAMPREGHER SONJA, DR.^{IN}

Mietervereinigung Landessekretariat OÖ

VOGEL WOLFGANG, MAG.

GR Seewalchen, Grüne Interkulturell

ZIEHENGASER CLAUDIA ,MAG.^A

ehem. AusländerInnen-Integrationsbüro Linz

NAME

INSTITUTION

Arbeitskreis 6 „Kultur und Religion“

LEITUNG

ÖTSCH WALTER, PROF. DR.

Universität Linz, Zentrum f. Soziale u. Interkulturelle Kompetenz

STELLVERTRETENDE LEITUNG

ASSMANN PETER, DIR. MAG. DR.

Oö. Landesmuseen

MITGLIEDER

ADEMI HASHIM, DI

Albanischer Verein

AKAMA FRANCIS

Black Community

DIAW AL-HASSAN MOUSSA

Islamische Religionsgemeinde Linz für OÖ

DÖNMEZ EFGANI, DIPL.SOZ.

Volkshilfe OÖ

EKOVA-STOYANOVA ROSITZA

Grüne Interkulturell

FORSTNER GERDA, MAG.^A

MA Linz Kultur

GIGL GÜLCAN, MAS

Volkshilfe OÖ Flüchtlingshilfe, GR Linz

GREINÖCKER BARBARA, MAG.^A

Caritas OÖ (Flüchtlingshilfe)

HARTIG JULIENNE

Black Community

HASLINGER STEFAN

KUPF

KASTENHUBER BIRGIT, MMAG.^A

Landesmusikschule Wilhering

KAYA AHMET

migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ

KOTSCHWAR SANDRA, MAG.^A

Oö. Landesmuseen, Kulturvermittlung

LJUBICA ZORICA

Kroatischer Kulturverein

LUJIC-KRESNIK VERA

migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ

MADLMAYR MARTIN, MAG.

BFI OÖ

MARTL ROSA GITTA

Verein Ketani

MAYRHOFER-DIAW BARBARA, MAG.^A

Plattform Islam

MÜLLER KARIN, ING.^{IN}

Oö. Landesbibliothek

NENADIC MLADEN, MAG.

Kroatischer Dachverband

ÖZBEK ERSIN

Islamischer Kulturverein Wels

PREE KARL, DR.

ehem. ÖVP GR u. Fraktionsobmann in Linz

SALGADO RUBIA

MAIZ

SARACEVIC DAMIR

bosnischer Verein

SEVIK NICOLE

Verein Ketani

STIEBER JULIUS, DR.

Amt der Oö. Landesregierung, Dir. Kultur

STOJAK IVICA

migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ

TÖKÉS ENIKÖ

Ungarischer Kulturverein

VENCSE LASZLO, PROF. DR.

Diözese Linz, Fremdsprachige Seelsorge

WANSCH PETER

Muslimische Jugend Österreich

WIESMAYER ALOIS

ehem. Verein Begegnung Arcobaleno

ZAHIROVIC RASIM

Hodscha (bosnischer Verein)

NAME	INSTITUTION
------	-------------

Arbeitskreis 7 „Freizeit und Sport“

LEITUNG

WAHL ERICH, BGM. ING. MBA	Verein Jugend und Freizeit
---------------------------	----------------------------

STELLVERTRETENDE LEITUNG

WAHL ANDREA, MAG. ^A	Kinderfreunde OÖ Mühlviertel
--------------------------------	------------------------------

MITGLIEDER

BALINT KRISTINA	Ungarischer Medienverein
BAXHAKU RESUL	Albanischer Verein
BRAUNER CHRISTIAN, MAG.	Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Bildung und Gesellschaft, Abt. Bildung und Gesellschaft
BURGER WALTER	Oö. Landesfeuerwehrverband
BURGSTALLER CHRISTOPH, MAG.	Katholische Jugend Oberösterreich
CZEJKA MONIKA	ASKÖ
DÖNMEZ EFGANI, DIPL.SOZ.	Volkshilfe OÖ
EKOVA-STOAYANOVA ROSITZA, MAG. ^A	Grüne Interkulturell
GRAZER HUBERT	ABZ Linz Mitte
HEIDARZEDEH ABBAS	ehem. Verein Begegnung Arcobaleno
IMAMOVIC NERMINA	migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ
JAKIC MIROSLAV	Kroatischer Verein
JELINEK RAINER, MAG.	Oberösterreich Tourismus –Tourismus-entwicklung
JOCHADE LOTHAR	Verein I.S.I. - Mobile Jugendarbeit
KESICI COSKUN	Demokrat. ArbeiterInnen- u. Kulturverein
LAKITSCH PARASKEVI	Österr.-Griechische Kulturgemeinschaft Linz
MATURA CHRISTINA	ÖGJ Jugendzentrum Kandelheim
NISTELBERGER JOHANNES	Pensionistenverband OÖ, Landesportreferent
ONAY MESUT	Demokrat. ArbeiterInnen- u. Kulturverein
PEHAM-STRAUSS KARIN, MAG. ^A	Jugendzentrum Perg
PETERMANN KLAUS	Arbeiterkammer OÖ Betriebliche Gesundheitsförderung
SEHIC EDIB, DIPL.-ING.	Oö. Familienbund
SPITZLINGER ROLAND, PROF.	Oö. Vereinsakademie
STIEGER CHRISTIANA, DIPL. PÄD.IN MSC	Kinderfreunde Ferien und Freizeit Gemeinnützige GmbH
WÖCKINGER FLORIAN	Sportunion OÖ
YETKIN SEFA	Migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ
YILMAZ ELIF	Volkshilfe Integrationsbüro Perg

Regionalveranstaltungen

2.0

BEZIRK BRAUNAU

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	17.10.2006 Bezirkshauptmannschaft Braunau
TEILNEHMER/INNENZAHL:	ca. 45 Personen (BürgermeisterInnen, VertreterInnen aus Verwaltung, NGOs, Schulen)
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Bezirkshauptmann Dr. Bernhard Wolfram; Mümtaz Karakurt (migrare); Elfriede Kronberger (Volkshilfe Integrationsbüro Braunau); Dipl.Ing. Manfred Weule (Jugendprojekt „Abenteuer Leben“ Gde Mattighofen)

BEZIRKE EFERDING UND GRIESKIRCHEN

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	9.10.2006 Bezirkshauptmannschaft Grieskirchen
TEILNEHMER/INNENZAHL:	ca. 30 Personen
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Bezirkshauptmann Dr. Paul Gruber (Grieskirchen); geschäftsführender Bezirkshauptmann Dr. Josef Holzinger (Eferding); Mümtaz Karakurt (migrare); Bürgermeister Johann Meyr (Scharten)

BEZIRK GMUNDEN

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	18.9.2006 Bezirkshauptmannschaft Gmunden
TEILNEHMER/INNENZAHL:	ca. 35 Personen
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Bezirkshauptmann Mag. Alois Lanz; Mag. ^a Ruzica Milicevic (Volkshilfe Integrationsbüro Bad Ischl); GR Markus Reitsamer (Die Grünen Bad Ischl)

BEZIRK KIRCHDORF

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	3.10.2006 Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf
TEILNEHMER/INNENZAHL:	ca. 15 Personen
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Bezirkshauptmann Dr. Knut Spelitz; Mümtaz Karakurt (migrare); Mag. Gerhard Reischl (Caritas für Menschen in Not)

BEZIRK LINZ-LAND

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	18.10.2006 Rathaus Haid
TEILNEHMER/INNENZAHL:	ca. 40 Personen
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Bezirkshauptmann Dr. Rudolf Doleschal; Vizebürgermeisterin Ilona Heupler (Ansfelden); GR Alfred Pointner (Ansfelden); Mag. Thorsten Rathner (Integrationswohnhaus Haid); Alfred Ringer (Volkshilfe Integrationsbüro Traun)

BEZIRK FREISTADT UND PERG

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	19.9.2006 Bezirkshauptmannschaft Perg
TEILNEHMER/INNENZAHL:	ca. 25 Personen
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Margarete Aschauer (Caritas Perg); Leo Hochgatterer (HS Schwertberg); Josef Karlinger (Bezirkshauptmannschaft Perg); Heinz Ladendorfer (Bezirkshauptmannschaft Freistadt); Stadträtin Erika Muhr (Perg)

BEZIRK URFahr-UMGEBUNG UND ROHRBACH

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	12.10.2006 Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung
TEILNEHMER/INNENZAHl:	ca. 35 Personen
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Bezirkshauptmann Mag. Helmut Ilk (Urfahr-Umgebung); Dr. ⁱⁿ Elgin Drda (Abt. Soziales, Land OÖ); Mag. ^a Marion Huber (Caritas MigrantInnenhilfe)

BEZIRK RIED UND SCHÄRDING

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	5.10.2006 Arbeiterkammer Ried im Innkreis
TEILNEHMER/INNENZAHl:	ca. 50 Personen
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Bezirkshauptmann Dr. Rudolf Greiner (Schärding); Bezirkshauptmann Dr. Franz Pumberger (Ried/Innkreis); Michaela Bangerl (Caritas MigrantInnenhilfe Schärding); Stadtrat Erich Rohrauer (Ried/Innkreis)

STADT STEYR UND BEZIRK STEYR-LAND

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	6.10.2006 Alten- und Pflegeheim Münichholz Steyr
TEILNEHMER/INNENZAHl:	ca. 25 Personen
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Mag. ^a (FH) Bettina Baumgartner (Integrationszentrum Paraplü Steyr); Stadtrat Wilhelm Hauser (Steyr); Mag. ^a Sanja Sovic (migrare)

BEZIRK VÖCKLABRUCK

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	19.10.2006 Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck
TEILNEHMER/INNENZAHl:	ca. 50 Personen
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Bezirkshauptmann Dr. Peter Salinger; Edis Omerovic (Integrationsrat Vöcklabruck); Cornelia Penteker (Volkshilfe Integrationsbüro Vöcklabruck); Ivica Stojak (migrare)

BEZIRK WELS

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	4.10.2006 Veranstaltungszentrum Gunskirchen
TEILNEHMER/INNENZAHl:	ca. 25 Personen
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Bürgermeister Dr. Peter Koits; Ali Haydar Atik (migrare); Mag. ^a Andrea Pfannerer (Volkshilfe Integrationsbüro Wels)

BEZIRK WELS-LAND

DATUM/VERANSTALTUNGSORT:	11.10.2006 Veranstaltungszentrum Gunskirchen
TEILNEHMER/INNENZAHl:	ca. 35 Personen
PODIUMSTEILNEHMER/INNEN:	Bezirkshauptmann Dr. Josef Gruber; Karl Friedrich Amatschek (Caritas Flüchtlings- und MigrantInnenhilfe Wels); Bürgermeister Karl Grünauer (Gunskirchen); Mag. ^a Sanja Sovic (migrare); Bezirksschulinspektor Alfred Wiesinger (BSR Wels-Land)

Literatur und im Prozess erarbeitete Wissensgrundlagen

Im Rahmen des Prozesses erarbeitete Wissensgrundlagen

3.1

1. Integrationsbericht 2006 – eine Bestandsaufnahme der IST-Situation zur Erarbeitung des Integrationsleitbildes in Oberösterreich. Erstellt von Studierenden der Sozialwissenschaften am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz. Hrsg. vom Sozialressort des Landes OÖ (Juli 2006).
2. Empirische Studie zu den integrationsrelevanten Handlungsfeldern, Aktivitäten und Perspektiven in den Gemeinden Oberösterreichs. Befragung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister inkl. Ergebnisdokumentation der Regionalveranstaltungen in den Oö. Bezirken. Durchgeführt von Dipl.Soz.wiss. Güngör (Büro [difference] Gesellschaftsanalyse. Innovation. Integration.) (Basel/Wien: September 2006).
3. Tagungsband der Tagung „Integration ist gestaltbar“, die am 30.10.2007 in Kooperation zwischen dem Sozialressort des Landes OÖ und dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz stattfand, erscheint im Sommer 2008 im Braumüller Verlag.

Abrufbar unter: www.ooe.gv.at

und erhältlich bei der Koordinationsstelle für Integration, Abteilung Soziales (Direktion Soziales und Gesundheit), Amt der Oö. Landesregierung, Bahnhofplatz 1, 4021 Linz

Email: post.so@ooe.gv.at Telefon: 0732/7720-14971

Literaturverzeichnis

3.2

1. „Hauptausschuss genehmigt Niederlassungsverordnung 2008. Bis zu 8.050 Personen dürfen nach Österreich zuwandern.“ Aussendung der Parlamentskorrespondenz (OTS0115 5 II 1695 NPA0001), 12.12.2007.
2. Bauböck, Rainer; Perchinig, Bernhard: Migrations- und Integrationspolitik in Österreich.
3. www.okay-line.at
4. Fassmann, Heinz (Hrsg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001–2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen (Wien 2007).
5. Fassmann, Heinz; Stacher, Irene: Einleitung. In: H. Fassmann, I. Stacher (Hrsg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (2003).
6. Leibetseder, Bettina: Zugewanderte und Einheimische in Oberösterreich (2008 – im Erscheinen).
7. Mansoor, Ali; Quillin, Bryce u.a. (im Auftrag der Weltbank 2007): Migration and Remittances. Eastern Europe and the Former Soviet Union. <http://web.worldbank.org>
8. Münz, Rainer: Migration in Europa – gestern, heute, morgen. Vortrag im Rahmen des Symposiums „Migration – Demographie“ in Linz am 17.12.2004.
9. Österreich – Teil einer Solidargemeinschaft. Artikel des UNHCR. <http://www.unhcr.at> – Grundlagen – UNHCR-Profil – UNHCR in Österreich.
10. Richtlinie 2003/109/EG des Europäischen Rates zur „Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen“.

11. Salentin, Kurt; Wilkening, Frank: Ausländer, Eingebürgerte und das Problem einer realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (2003), 2, S. 278–298.

Weiß, Hilde: Die zweite Generation. Erfolge im Bildungsweg? In: Barbara Herzog-Punzenberger (Hrsg.): Bildungsbe/nach/teiligung und Migration – in Österreich und im internationalen Vergleich, KMI Working Paper 10/2006. http://www.oeaw.ac.at/kmi/Bilder/kmi_WP10.pdf

Weiterführende Informationen:

1. Nähere Informationen zu Daten und Rechtsgrundlagen betreffend Deutschförderung für Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch sowie muttersprachlichen Unterricht enthalten die Informationsblätter des Referats für interkulturelles Lernen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur.
2. Nähere Informationen zum Europäischen Sprachen-Referenzrahmen unter: www.wien.gv.at/integration/pdf/europaeischer-referenzrahmen.pdf
3. Nähere Informationen zum oberösterreichischen Antidiskriminierungsgesetz unter: www.ooe.gv.at – Themen – Gesellschaft und Soziales – Beratungsstellen – Oö. Antidiskriminierungsstelle
4. Nähere Informationen zur Integrationsvereinbarung Neu unter: www.bmi.gv.at/downloadarea/niederlassung/Allgemein/Integrationsvereinbarung.pdf
5. Nähere Informationen zur Einbürgerungskampagne der Stadt Berlin „Du PASSt zu mir“ unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/presse/archiv/20060109.1535.36348.html>
6. Nähere Informationen zu den relevanten Gesetzestexten im österreichischen Online-Rechtssystem unter: www.ris.bka.gv.at
7. Wiener Integrationsfonds (Hrsg.): Wiener Handbuch der Integration. Vereine, Initiativen, Gruppen (2002).
8. Yilmaz-Huber, Nebahat: Die Rolle von MigrantInnenvereine bei der Integration. In: Manfred Oberlechner (Hrsg.): Die missglückte Integration? (Wien 2006).

Datengrundlagen

3.3

Statistik Austria

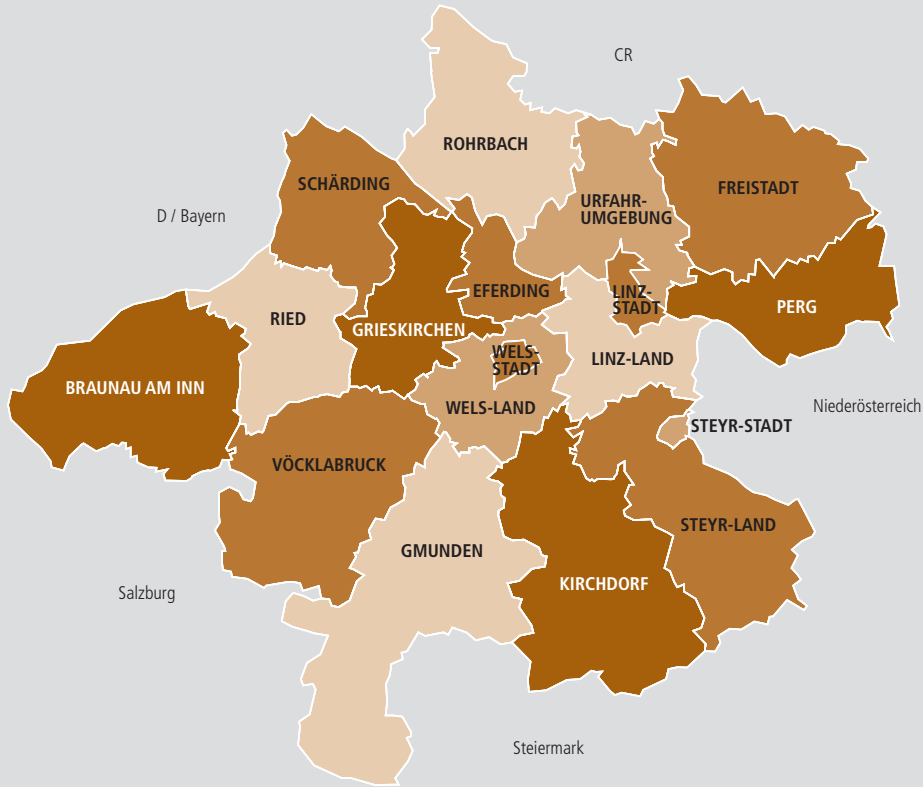
- » Volkszählung 2001 inkl. Sonderauswertungen
- » ZMR-Populationsregister – Bevölkerungsstand 2007
- » „1,353 Mio. Menschen in Österreich mit Migrationshintergrund“
Statistik Austria Pressemitteilung Nr. 8.980-229/07, 8.11.2007

OÖ Bevölkerung im Jahre 2006 – demographische Lage (Informationen der Abt. Statistik, Amt der Oö. Landesregierung)

BALI (unselbstständig Beschäftigte) Datenbank des AMS Stand 2006 (Auswertung von B. Leibetseder)

Regionale Betreuungs- und Beratungsstellen im Integrationsbereich

4.0



LINZ-STADT

VOLKSHILFE OÖ. Integrationszentrum Linz
 CARITAS MigrantInnenhilfe Linz
 MIGRARE Linz
 SOS Menschenrechte
 Familienbund Oberösterreich
 MAIZ
 Arcobaleno

LINZ-LAND

VOLKSHILFE OÖ. Integrationsbüro Traun
 Österreichischer Integrationsfonds Haid

STEYR-STADT

VOLKSHILFE OÖ. Integrationszentrum Steyr
 CARITAS MigrantInnenhilfe Steyr – Integrationszentrum Paraplü
 MIGRARE Sprechtag Steyr

WELS-STADT

VOLKSHILFE OÖ. Integrationsbüro Wels
 CARITAS MigrantInnenhilfe Wels
 MIGRARE Wels

KIRCHDORF

MIGRARE Sprechtag Kirchdorf
 CARITAS MigrantInnenhilfe Kirchdorf

GMUNDEN

VOLKSHILFE OÖ. Integrationsbüro Bad Ischl
 MIGRARE Sprechtag Gmunden

VÖCKLABRUCK

VOLKSHILFE OÖ. Integrationsbüro Vöcklabruck
 VOLKSHILFE OÖ. Integrationszentrum Vöcklabruck/ Gmunden
 CARITAS MigrantInnenhilfe St. Georgen/Attergau
 MIGRARE Sprechtag Vöcklabruck

BRAUNAU AM INN

VOLKSHILFE OÖ. Integrationsbüro Braunau
 VOLKSHILFE OÖ. Integrationszentrum Braunau/Ried
 MIGRARE Sprechtag Braunau

RIED

VOLKSHILFE OÖ. Integrationsbüro Ried

SCHÄRDING

CARITAS MigrantInnenhilfe Schärding

EFERDING

MIGRARE Sprechtag Eferding

ROHRBACH

VOLKSHILFE OÖ. Integrationsbüro Rohrbach

FREISTADT

VOLKSHILFE OÖ. Integrationsbüro Freistadt

PERG

VOLKSHILFE OÖ. Integrationsbüro Perg
 CARITAS MigrantInnenhilfe Grein



